



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 16. Sitzung
- endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 1. Dezember 2022, 12.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101
(Großer Anhörungssaal)
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Dr. Henning Plate

9

Leiter des Referates „Afghanistan/Pakistan“
im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(Beweisbeschluss Z-8)

Marcus von Essen

70

Referent im Referat „Bilaterale Beziehungen zu den Staaten
des Nahen und Mittleren Ostens, des Maghreb, Asiens, des Pazifiks
und Lateinamerikas“ des Bundeskanzleramtes
(Beweisbeschluss Z-9)



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 16. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 6. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen als Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse noch einen Hinweis geben: Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Zeugenvernehmung

Dr. Henning Plate

Leiter des Referates „Afghanistan/
Pakistan“ im Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
(Beweisbeschluss Z-8)

Marcus von Essen

Referent im Referat „Bilaterale Beziehungen zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, des Maghreb, Asiens, des Pazifiks und Lateinamerikas“ des Bundeskanzleramtes
(Beweisbeschluss Z-9)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Wir werden die Sitzung heute voraussichtlich zweimal wegen namentlicher Abstimmungen unterbrechen müssen. Diese sind für 12.50 Uhr und 19.20 Uhr vorgesehen. Eine dritte namentliche Abstimmung um Mitternacht sollte uns, wenn wir hier miteinander ordentlich arbeiten, nicht mehr in die Quere kommen.

Vernehmung des Zeugen Dr. Henning Plate

Unser erster Zeuge, Herr Dr. Plate, hat bereits Platz genommen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Plate, Sie haben den Erhalt der Ladung und der Umladung zusammen am 7. November 2022 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich dafür, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie auf den heutigen Tag umladen mussten, weil wir uns mit einem der anderen Zeugen länger haben befassen wollen und müssen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Rechtsanwalt Professor Alexander Ignor Platz genommen. - Herr Professor Ignor, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein eigenes Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen. - Haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand schütteln
den Kopf)

Herr Dr. Plate, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und auch direkt hineinsprechen, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Nun mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Es handelt sich jedoch - und darauf weise ich immer wieder hin - um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für die Beweiserhebung in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von ganz besonderem Gewicht sein, und es stellt ja auch der Ausschuss fest.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Keine Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Zu dem Ablauf auch keine Fragen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Auch keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen dienstlichen Anschrift vorzustellen. Bitte sehr.

Zeuge Dr. Henning Plate: Sehr gerne, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Henning Plate. Ich bin 49 Jahre alt, von Haus aus Diplom-Volkswirt, Ministerialrat im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Und die ladungsfähige Adresse ist die Stressemannstraße 41 in 10963 Berlin, das BMZ.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bin nicht ganz sicher, ob das alle so gut verstanden haben. Es war ein bisschen leise. Für das Protokoll hat es jetzt genügt, glaube ich. - Sie nicken. - Vielen Dank übrigens noch mal denen, die hier Protokoll schreiben. Das will ich einfach auch noch mal sagen. Die machen das ja sehr professionell. Aber meine Bitte wäre, ein bisschen lauter zu sprechen, das Mikrofon ein Stück näher an den Mund zu nehmen.

So, Herr Dr. Plate, Sie könnten, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Dr. Henning Plate: Herr Vorsitzender - ich hoffe, man hört mich jetzt besser -, ich würde die Gelegenheit vielleicht nutzen, kurz meine Verbindung zu Afghanistan vorzustellen, meine Aufgaben in den Jahren des Untersuchungszeitraums, damit die Damen und Herren Ausschussmitglieder wissen, wozu sie mich befragen können.

Ich bin seit 2001 im BMZ tätig, habe in den Jahren 2005 bis 2007 - also weit vor diesem Zeitraum - zwei Jahre im Norden Afghanistans verbracht und habe dann seit 2012 im Referat für Afghanistan/Pakistan im BMZ gearbeitet, zuerst als stellvertretender Referatsleiter, dann nach 2016 als Referatsleiter.

Zu meinen Aufgaben gehörte die Programmierung der entwicklungspolitischen Zusammen-

arbeit mit Afghanistan und mit den anderen Ländern der Region, Vorbereitung, Begleitung internationaler Konferenzen, Abstimmung mit der afghanischen Regierung, Durchführung der jährlichen Regierungsverhandlungen mit den Afghanen und Afghaninnen, strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, das Thema Sicherheit, also Anpassung unserer Arbeit an die Rahmenbedingungen. Ich war zudem Ressortbeauftragter für das Ortskräfteverfahren.

Im November 2010, also während des Untersuchungszeitraums, habe ich dann meinen Aufgabenbereich gewechselt. Da bin ich als sogenannter WZ-Referent oder Leiter der Botschaftsabteilung für Entwicklungszusammenarbeit nach Kabul gegangen und war dort dann bis Juli 2021, also nicht bis August, sondern bis Juli. Als es dann ganz spannend wurde, war ich nicht mehr da, war ich dann in Kabul stationiert. Und seitdem bin ich wieder im BMZ Leiter unseres Referats für Übergangshilfe, Krisenbewältigung, Kriseninfrastruktur. - Also relativ viele Afghanistan-Jahre auf meinem beruflichen Buckel.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Dr. Plate. - Die Mitglieder des Ausschusses, zunächst ich als Vorsitzender und dann die anderen, haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Werden Ihnen dabei Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

An dieser Stelle erinnere ich die Kolleginnen und Kollegen daran, bei den Aktenvorhalten unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen, bevor der Aktenvorhalt erfolgt. Das beschleunigt das Finden.

Ich habe zunächst keine Fragen, sondern wir eröffnen das mit den Fraktionen. - Und in der Reihenfolge ist der Erste, der das Wort hat, der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite: Grüß Gott hier im Ausschuss! - Herr Plate, Sie haben ja gerade in Ihrer Zusammenfassung geschildert, welche Funktionen Sie ausgeübt haben in Afghanistan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann waren Sie seit 2016 der Leiter des Referats. Ist das korrekt?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist korrekt.

Jörg Nürnberger (SPD): Rein akustisch habe ich dann nicht verstanden, wann der Wechsel an die Botschaft erfolgte, die Sie dann - und da bitte ich um Bestätigung - im Juli 2021 verlassen haben.

Zeuge Dr. Henning Plate: Entschuldigung. Dann muss ich noch lauter sprechen. Ich bitte um Entschuldigung. - Genau, der Wechsel an die Botschaft ist erfolgt im November 2020, und im Juli 2021 habe ich die Botschaft dann verlassen. Das ist richtig.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wir haben uns natürlich auch den Geschäftsverteilungsplan - und ich nehme den Hinweis des Vorsitzenden gern auf: MAT A BMZ 1.02 VS-NfD, Blatt 121 - angesehen. Und daraus ist lediglich ersichtlich, dass Ihr Referat für die Länder Afghanistan und Pakistan zuständig war. Dazu haben Sie etwas ausgeführt. Aber gleichzeitig gibt es dort auch noch einen Hinweis auf die Stiftung „Afghan Credit Guarantee Foundation“. Können Sie uns deshalb die Zuständigkeiten auch im Blick auf diese Stiftung noch einmal etwas näher beschreiben, bitte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das kann ich gerne tun. Also, die Zuständigkeiten der Länderreferate im BMZ betrifft vor allen Dingen die Programmierung, Steuerung und Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit, also der Projekte und Programme, die man in den Partnerländern mit den Partnerregierungen durchführt. Da gab es in Afghanistan eine jährliche Mittelzusage aus unserem Titel von 250 Millionen Euro, die wir in unterschiedlichsten Projekten umgesetzt haben in Afghanistan über die Jahre. Eines dieser Projekte ist diese „Afghan Credit Guarantee Foundation“. Das ist eine Stiftung, die wir da gegründet haben, im Eigentum des Bundes, die vor allen Dingen Mikrokredite für Unternehmen, für Unternehmerinnen, also kleine und mittelständische Unternehmen, in Afghanistan bereitgestellt hat. Das ist

ein Projekt von vielen. Das steht deshalb so prominent in unserem Geschäftsverteilungsplan, weil diese Zuständigkeit für eine Stiftung im Eigentum des Bundes bestimmte Aufsichtsratsfunktionen mit sich bringt. Also, da muss man bestimmte Dinge wahrnehmen und tun, und deshalb steht das da im Geschäftsverteilungsplan drin.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Stiftungsrecht ist nicht ganz einfach. Ich kann mir vorstellen, dass das eben in den Zuständigkeiten besonders hervorgehoben wird. - Wie viele Mitarbeiter hatte denn das Referat 312, und wie viele dieser Mitarbeiter waren wiederum mit dem Themenkomplex Afghanistan beschäftigt?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, zu meiner damaligen Zeit hatte das Referat - lassen Sie mich das kurz überschlagen - in der Regel sechs Referentinnen und Referenten, zwei Sachbearbeiter, eine Bürosachbearbeitung. Und neben der Referatsleitung waren in der Regel vier Referentinnen und Referenten und die Sachbearbeitung mit dem Thema Afghanistan beschäftigt. Es waren auch früher mal fünf, und dann waren es auch mal drei; aber das ist so die Größenordnung, in der wir uns da bewegt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Waren Sie das einzige Referat im BMZ, das sich mit der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan beschäftigt hat, oder welche anderen Referate waren in diese Arbeit auch noch mit einbezogen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, wir waren schon das Referat, in dem die Fäden zusammengelaufen sind. Es gab auch andere Referate, die punktuell einzelne Programme und Projekte in Afghanistan durchgeführt haben; aber, na, sagen wir so, das waren dann nur kleine Anteile an den dortigen Arbeitskräften. Es gab auch noch ein Referat oder es gibt auch noch ein Referat im BMZ, was sich intensiv mit dem Thema Personalsicherheit beschäftigt. Die haben etwas intensiver Afghanistan begleitet. Aber im Großen und Ganzen war alles, was Afghanistan war, eigentlich unser Referat und die darübersitzende Hierarchie.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Der Begriff „Personalsicherheit“ bedeutet dann den Schutz der eingesetzten Personen, oder wie darf ich das verstehen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das ist so ein bisschen tricky, wenn Sie so wollen. Also, wir führen ja unsere entwicklungspolitischen Projekte in der Regel mit Partnerorganisationen durch, also mit NGOs oder mit der GIZ oder auch mit den Vereinten Nationen. Diese Organisationen haben natürlich die Personalverantwortung und auch die Verantwortung für die Sicherheit der entsandten Mitarbeiter. Die Kollegen an der Botschaft unterstehen der Sicherheitsverantwortung des Auswärtigen Amtes. Aber wir beobachten natürlich die Sicherheitslage auch mit Blick auf die personelle Sicherheit, wenn wir uns überlegen, welche Art von Projekten und Programmen wir in Auftrag geben. Das heißt, die Beobachtung der Sicherheit auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war ein entscheidender Faktor für uns, zu überlegen, wofür wir unsere entwicklungspolitischen Mittel in Afghanistan investiert haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Auf dieses Thema komme ich vielleicht zum späteren Zeitpunkt noch mal zurück. - Ich möchte mich jetzt darauf konzentrieren, wie weit die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan zum Zeitpunkt Frühjahr 2020 gediehen war. Können Sie uns das mal im allgemeinen Zusammenhang schildern, wie sich die Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Zeitpunkt darstellte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist ein weites Feld, Herr Abgeordneter.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann es gern auch dann noch konkretisieren. Vielleicht macht es Ihnen das leichter.

Zeuge Dr. Henning Plate: Nee. Ich fange mal an, und dann können Sie ja - - Also, wir haben in Afghanistan über die Jahre hinweg ein sehr großes entwicklungspolitisches Portfolio gehabt und gesteuert. Also, das ging eigentlich seit den frühen Zehnerjahren in der Größenordnung, die ich gerade genannt habe, ungefähr von 250 Millionen

Euro im Jahr, die wir da auf Projekte programmiert und umgesetzt haben.

So wie sich auch die Sicherheitslage verändert hat, hat sich auch natürlich das Portfolio verändert. Und Anfang 2020 waren wir in einer schwierigen Sicherheitssituation in Afghanistan. Wir haben viele Projekte, die wir über die Jahre aufgebaut haben - im Energiebereich, im Wasserbereich, im Bereich der ländlichen Entwicklung, Berufsschulen, Bildung, aber auch die Unterstützung der afghanischen Verwaltung -, nach wie vor durchgeführt, aber es war zunehmend schwieriger, in Afghanistan mit internationalen Fachkräften vor Ort tätig zu sein. Das heißt, viele Projekte und Programme, die wir hatten, sind im sogenannten Fernsteuerungsmodus betreut worden und wurden dann regelmäßig von Fachkräften der GIZ oder unserer NGOs dann auch besucht, die aber in Doha oder in Frankfurt oder in anderen Standorten der Region stationiert waren. Das heißt, die Entwicklungszusammenarbeit war schwierig.

Wir hatten gleichzeitig aber - wenn Sie jetzt die Projekte ansprechen - eine große Gruppe an gut qualifizierten afghanischen Ortskräften, die für uns Projekte gemacht haben, die also über Jahre hinweg ausgebildet wurden und auch die Projekte vor Ort weiterführen konnten, wenn man selber nicht mehr dahin konnte. - Das ist vielleicht der operative Teil.

Ein Satz möglicherweise: Wir haben gleichzeitig natürlich einen - - Was heißt „natürlich“? Wir haben gleichzeitig einen Teil unseres Portfolios über afghanische Kanäle umgesetzt. Es gab einen Afghanistan Reconstruction Trust Fund, hieß der. Das war ein Trust Fund der Weltbank, in den verschiedene Geber eingezahlt haben, über den die afghanische Verwaltung, Lehrergehälter, Krankenschwestern und so was finanziert wurden. Diese Projekte liefen auch noch, aber es war natürlich zunehmend schwieriger, da auch die Mittelverwendung nachzuverfolgen. - Vielleicht das als ersten Überblick.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Die Schwierigkeiten, die Sie jetzt beschrieben haben, waren worin begründet Ihrer Meinung nach?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Henning Plate: Die Schwierigkeiten bei der Mittelumsetzung?

Jörg Nürnberger (SPD): Die Schwierigkeiten, tatsächlich die Projekte vor Ort mit dem Personal vor Ort, vor allen Dingen mit ausländischem Personal, wenn ich Sie richtig verstanden habe, vor Ort zu betreuen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, okay. - Es gab einfach Sicherheitsprobleme in weiten Teilen des Landes. Anfang 2020 zeichnete sich ja schon ab, dass in der Peripherie des Landes die Taliban immer stärker wurden. Es gab also eine Reihe von Provinzen, die für uns auch nicht mehr zugänglich waren, wo wir als Internationale nicht willkommen waren, wo wir nicht mehr hinkonnten. Und es gab regelmäßig auch Bombendrohungen, Entführungsdrohungen. Wir haben ja über die Jahre hinweg auch eine Reihe von Anschlägen erlebt, allgemeine Anschläge, auch Anschläge auf unsere Entwicklungspartner, sodass wir eine Obergrenze für vor Ort anwesende Mitarbeiter einführen mussten, um dann auch im Falle des Falles schnell evakuieren zu können. Und das hat die Bewegungsfreiheit halt eingeschränkt. Und wenn man Schulen bauen möchte oder Wasserversorgung bauen möchte und kann da nicht mehr hin, ist das natürlich deutlich schwieriger.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es die Möglichkeit nicht mehr, dass deutsche Sicherheitskräfte Sie bei diesen Unterfangen unterstützt haben? Das heißt: Konnten die Bundeswehr oder auch zivile polizeiliche Kräfte Sie bei Ihren Tätigkeiten nicht mehr wirklich unterstützen vor Ort?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die Bundeswehr oder, sagen wir mal, die NATO-Kräfte in Afghanistan, die haben ja insgesamt für die Rahmenbedingungen irgendwie gesorgt, in denen wir uns bewegen konnten. Also, die haben für die Stabilität des Landes sich eingesetzt und damit für den sicheren Rahmen. Aber für die konkrete Umsetzung unserer Projekte, unserer Maßnahmen haben wir uns auf ein eigenes Sicherheitssystem - das hieß Risikomanagementsystem, Risk Management Office; das hat die GIZ für uns umgesetzt -

verlassen, die uns beraten haben, die auch Kontakte hergestellt haben zu lokalen Kräften und uns gesagt haben: Da können wir jetzt hin oder können wir nicht hin. - Da hatte die Bundeswehr in dem Sinne keine Rolle, weil wir uns, wie gesagt, auf unsere eigenen Systeme verlassen haben und auch das Gefühl hatten, dass das für die Sicherheit unserer Projekte sinnvoller war, als unter dem direkten Schirm der Soldaten und des Militärs zu arbeiten. Und das haben die meisten NGOs - oder was heißt „die meisten“? -, haben eigentlich alle NGOs auch so gemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Von diesem doch eher operativen Blick auf die Situation in Afghanistan will ich gern die Frage stellen: Was waren denn aus der Sicht der Bundesregierung bzw. Ihres Hauses die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan? Was wollten Sie da am Ende erreichen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, wir wollten, dass der afghanische Staat weiter seinen Grundaufgaben gerecht werden kann, also dass er soziale Basisdienstleistungen für seine Bevölkerung bereitstellt. Wir wollten, dass das Thema Sicherheit für die lokale Bevölkerung besser wird, also dass die Menschen eigene gefühlte Sicherheit erleben in Afghanistan, auch Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit. Wir wollten die Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit, der afghanischen Bevölkerung stärken. Das heißt, dass beispielsweise nicht gleich eine Hungersnot ausbricht, wenn mal die Ernte ausbleibt oder der Regen ausbleibt. Also, wir haben sehr viel Dorfentwicklung gemacht, mit dem Ziel, da so was wie einen selbsttragenden Entwicklungsprozess in Gang zu bringen, der irgendwann dazu führen sollte, dass es uns nicht mehr braucht. Aber davon waren wir dann auch am Ende noch ein gutes Stück entfernt.

Jörg Nürnberger (SPD): Daran schließt sich gleich meine nächste Frage an: Wenn Sie den Zeitraum bis zum Beginn des Jahres 2020 mit dem Zustand zu Beginn Ihrer ersten Tätigkeit in Afghanistan im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit betrachten, welche tatsächlichen Fortschritte konnten Sie in Afghanistan feststellen? Was haben Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

in den ersten Jahren Ihrer Tätigkeit dort tatsächlich erreicht? Nicht Sie persönlich selbstverständlich, sondern das BMZ als Organisation.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die Fortschritte waren erheblich und sichtbar. Das war ja ein Zeitraum von ungefähr 20 Jahren, wo wir in Afghanistan tätig waren. Und wenn Sie sich die Zahlen beispielsweise anschauen von Kindern, Jugendlichen, die Schulbildung genossen haben, die Kindersterblichkeit, die Lebenserwartung, das Pro-Kopf-Einkommen: Es hat sich vieles in Afghanistan verbessert. Es sind staatliche Strukturen entstanden, Grundzüge einer Verwaltung. Wir haben sehr viel Infrastruktur, auch Wasserversorgung, Straßen und so was gebaut. Also, das hört sich jetzt immer nur nach Bauen, nach Hardware an. Für mich ist - also auch für mich persönlich - sehr viel beeindruckender, was wir in den Köpfen der Menschen auch verändert haben. Wir haben da jetzt eine Generation herangezogen, die jungen Leute, die Zugang zum Internet hatten, die lesen und schreiben können, junge Mädchen, junge Frauen, die wissen, was in der Welt passiert, und die auch ihre eigenen Rechte einfordern wollten und somit ein Stück weit auch hätten verhindern sollen, dass die Taliban in dieser Form wiederkommen. Das waren unsere Erwartungen, und das waren auch die Eindrücke, die wir haben. Es war nur anscheinend kein breiter gesellschaftlicher Prozess, der das ganze Land erfasst hat, sondern es gab da sehr, sehr große Divergenzen. Aber Kabul ist eine moderne, wirtschaftlich florierende Stadt auch gewesen. Das war sie 2001 mit Sicherheit nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben das danach zu Papier gebracht, und zwar darf ich Ihnen vorhalten MAT A BMZ 4.09 VS-NfD, Blatt 10 bis 13. Da haben Sie nämlich am 29. September 2020 - Sie werden sich sicherlich erinnern - eine Ministervorlage erstellt und zwei Papiere über die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt. Im ersten Papier geht es um die internationalen Erfolge seit 2001. Die haben Sie jetzt auch im Vorgriff dargestellt. Im zweiten Papier geht es um die Erfolge in dem zweiten Zeitraum von 2015 bis 2020. Wenn man sich die Papiere anschaut, klingen die auf den ersten Blick nach einer wirklich sehr positiven, schönen

Bilanz. Aber sagen Sie uns doch noch, wo Sie, an welchen Stellen Sie auch nach 20 Jahren noch Misserfolge feststellen mussten.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, ich habe die Vorlage jetzt nicht genau vor Augen, aber, ich glaube, das ist in dem Moment auch okay.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir können sie auch vorlegen, kein Problem.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, genau, weiß ich; aber ich glaube, ich kann mir vorstellen, was ungefähr drin stand. - Also, die Zusammenfassung der Situation in Afghanistan im internationalen Kreis war immer: „Progress has been made, but challenges remain.“ - Ich habe ja über die Fortschritte gerade gesprochen, die wir erzielt haben. Diese Fortschritte waren fragil. Das wussten wir auch, weil die afghanische Demokratie nicht stabil war, weil die afghanischen Streitkräfte nicht stabil waren, weil wir beispielsweise gerade im Themenfeld der Rechtssicherheit große Defizite hatten und es nicht geschafft haben als internationale Gemeinschaft, den afghanischen Bürgern sozusagen zivile Sicherheit zu geben.

Und wir wussten auch - das, was man jetzt sieht -, dass natürlich die traditionellen Kräfte in der afghanischen Gesellschaft nicht verschwunden waren. Das Pendel ist sehr stark ausgeschlagen in Richtung - das, was wir unter Fortschritt verstehen - Entwicklung in den letzten 20 Jahren. Es wurde viel Geld ins Land gepumpt, aber Afghanistan war trotzdem oder ist trotzdem ein hoch traditionelles Land. Beispielsweise die Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen war natürlich vielen Männern ein Dorn im Auge. Also, da gab es viele Herausforderungen und viele Probleme, die wir auch noch nicht gelöst haben und für die man sicherlich viel mehr Zeit gebraucht hätte als die 20 Jahre, die uns zur Verfügung stehen, um so eine Gesellschaft zu verändern. Das sind ja gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die es da gebraucht hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich sehe, ich habe noch einige Minuten Zeit. - Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, dass Sie ja als BMZ da - Sie haben es auch selber bereits erwähnt - nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

allein tätig waren in Afghanistan, sondern dass es viele Player gab, mit denen Sie zusammengearbeitet haben. Die erste Organisation, die ich gern ansprechen möchte, ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Können Sie uns beschreiben, wie die Aufgabenteilung zwischen dem BMZ und der GIZ war?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das kann ich gerne tun. Das BMZ oder nicht nur das BMZ, die Bundesregierung, auch das Auswärtige Amt sind Auftraggeber für die GIZ. Das heißt, die Projekte, die wir mit der GIZ durchgeführt haben, über die GIZ durchgeführt haben, wurden aus dem BMZ finanziert, beauftragt, gestaltet und dann von der GIZ durchgeführt in unserem Auftrag. Das heißt, wir haben quasi die politische Gestaltung und Einordnung dieser Projekte gemacht, die GIZ hat sie durchgeführt. - Beantwortet das Ihre Frage?

Jörg Nürnberger (SPD): Das beantwortet die Frage. Es schließt sich daran die Frage an - Sie haben das auch vorhin selber erwähnt -: Das Auswärtige Amt hat entsprechende Projekte ebenfalls in Afghanistan durchgeführt. Auch dort gab es eine Zusammenarbeit, vielleicht sogar trilateral, mit GIZ und Ihnen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, wir haben uns natürlich immer sehr, sehr eng abgestimmt mit dem Auswärtigen Amt. Der Beitrag der Bundesregierung zum Wiederaufbau Afghanistans ist über Jahre hinweg bei 430 Millionen Euro im Jahr gewesen. Das ist das, was wir bilateral umgesetzt haben. Davon waren immer 250 vom BMZ, 180 vom Auswärtigen Amt, also ein 60 : 40-Verhältnis. Die haben stabilisierende Projekte gemacht, die haben humanitäre Hilfe gemacht. Und selbstverständlich gab es da viele Schnittstellen in der operativen Projektumsetzung. Und beide Ministerien haben die GIZ beauftragt, Projekte durchzuführen. Da gab es sowohl vor Ort in Kabul als auch hier in Berlin zwischen den Ministerien regelmäßige Abstimmungsrunden und Gespräche, um sich synergetisch zu ergänzen und Doppelarbeit oder sogar widersprüchliche Arbeit zu vermeiden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zum Kollegen Zippelius von der Unionsfraktion.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Plate, ich möchte zu Beginn gerne auf Ihre Gesprächspartner eingehen bzw. von Ihnen wissen in Ihrer Funktion, wer Ihre regelmäßigen Gesprächspartner waren. Also, Konsulat, Botschaft, mit wem haben Sie sich da regelmäßig ausgetauscht?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich beziehe die Frage jetzt auf die Zeit, als ich Referatsleiter war, nehme ich an, ne?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja. Gut.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, genau. - Ja, unterschiedliche Zielgruppen oder unterschiedliche Schnittstellen hatten wir. Zum einen gab es ja für Afghanistan eine sehr, sehr intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit. Das heißt, mit den vier Afghanistan-Kernressorts, dem BMI, dem BMVg und dem AA und uns, gab es in Berlin sehr, sehr regelmäßige Abstimmungsrunden, monatlich mindestens, in kritischen Phasen öfter. Und da hatte ich vor allen Dingen natürlich die dortigen Referatsleitungen als Ansprechpartner.

Dann war eine weitere Schnittstellenebene die afghanische Regierung. Ich hatte vorhin kurz schon erwähnt: Wir haben jährlich mit der afghanischen Regierung Regierungsverhandlungen durchgeführt, die wir auch vorbereitet haben durch Konsultationsrunden mit afghanischen Partnern. Da waren in der Regel die Minister oder Vizeminister derjenigen Ministerien, mit denen wir zusammengearbeitet haben, meine Gesprächspartner. Beispielsweise gab es da ein Wasserministerium und ein Energieministerium, mit denen haben wir dann gesprochen, und vor allen Dingen den Finanzminister. Der afghanische Finanzminister hat in Afghanistan die internationalen Geberbeiträge koordiniert, und das Finanzministerium war unser Ansprechpartner für unsere Arbeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann hatte ich natürlich Schnittstellen mit den Partnern, die für uns Projekte durchgeführt haben, also Vereinte Nationen, GIZ wurde schon genannt, KfW, Nichtregierungsorganisationen, selbstverständlich auch mit der Botschaft. Vielleicht belasse ich es dabei so als Überblick. Also, es war ein breites Spektrum.

Vielleicht eine Sache noch: die internationalen anderen Geber. Es gab regelmäßig alle zwei Jahre große Geberkonferenzen zu Afghanistan, wo neue Entwicklungsstrategien beschlossen wurden und die Regierung auch Rechenschaft ablegen musste gegenüber der Gebergemeinschaft, welche Fortschritte sie gemacht hat, beispielsweise bei der Korruptionsbekämpfung. Und diese Konferenzen wurden regelmäßig vor- und nachbereitet durch die internationalen Entwicklungspartner. Da sind dann vor allen Dingen die Weltbank und die Vereinten Nationen zu nennen, aber sicherlich auch andere internationale Geber: die Amerikaner, die EU, die Briten, die Skandinavier. Also, es wurde nicht langweilig, was die Schnittstellen angeht, die man bespielen musste. Es war viel.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Und Sie haben ja Lagebewertungen erarbeitet. Wer waren für diese Lagebewertungen Ihre wichtigsten Ansprechpartner?

Zeuge Dr. Henning Plate: Für die Lagebewertungen hatten wir natürlich unterschiedliche Quellen, die wir nutzen konnten. Das war einmal natürlich der Bundesnachrichtendienst sicherlich. Dann habe ich eben schon erwähnt das Risikomanagementsystem der GIZ, das Risk Management Office. Da haben wir regelmäßig auch sehr operative Lagebewertungen aus den Provinzen bekommen, wie die Sicherheitslage ist, wie auch die politische Lage ist. Dann hat die Botschaft regelmäßig Berichte geschrieben: DKORs, Drahtberichte, Mailberichte, die wir auch bekommen haben. Und man hat auch im Kreis der internationalen Geber, also der internationalen Entwicklungspartner Afghanistans, immer mal was ausgetauscht, also mit den Engländern zum Beispiel, mit den Amerikanern, um zu sehen, ob man die Lage ähnlich einschätzt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Konkret: Wer waren dann die Ansprechpartner bei ausländischen Partnern? Welche Bereiche waren das dann?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das waren für mich natürlich die dort auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Kolleginnen und Kollegen. Bei vielen anderen Ländern sind die Entscheidungsfindungsprozesse stärker dezentralisiert als bei uns. Da saßen die Leute dann in Kabul an den Botschaften. Da gab es Webex-Sitzungen, E-Mail-Verteiler, so was natürlich mit denen. Also, es waren dann auch die Heads of Cooperation, hießen die dann in der Regel, von den anderen Botschaften oder auch aus den Hauptstädten. Es gab zum Beispiel auch regelmäßig so einen Telefoncall der großen Geber. Es gab in Afghanistan eine Gebergruppe, die hieß „5 plus 4 plus 3“. Das klingt jetzt irgendwie ein bisschen lustig. Die waren die fünf großen Geber, das waren die EU, die Amerikaner, die Briten, wir und die Japaner. Dann wollten die Holländer und die Skandinavier - - Und wer war das zweite drei? Also, irgendjemand noch wollte auch mitmachen: die Italiener. Und die anderen drei waren dann die Weltbank, die Vereinten Nationen und die Asiatische Entwicklungsbank. Und dieser Kreis der internationalen Geber hat sich regelmäßig vernetzt, regelmäßig miteinander gesprochen, regelmäßig Lagebewertungen ausgetauscht und sich natürlich auch abgestimmt, in welcher Form wir die afghanische Regierung oder den afghanischen Staat, das afghanische Volk am besten unterstützen können. - Das waren so meine Ansprechpartner, meine Schnittstellen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Im Untersuchungszeitraum gab es von der Bundesregierung auch einen Staatssekretärsausschuss „Afghanistan/Mali“. Sie haben für den auch Lagebewertungen geliefert. Können Sie noch mal die Funktion des Ausschusses kurz erläutern?

Zeuge Dr. Henning Plate: Gerne. Also, das ist ein Ausschuss, den es über die ganzen Jahre gab. Es war eigentlich ein Staatssekretärsausschuss „Afghanistan“. Er hat sich zunächst monatlich getroffen, irgendwann hat er sich zweimonatlich getroffen, und dann haben wir irgendwann Mali mit dazugenommen. Das waren die Afghanistan-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kernressorts, die vier genannten, plus das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium - ich glaube, die sechs waren es - und das Kanzleramt natürlich, die da am Tisch saßen.

Und die Funktion dieses Ausschusses war, politisch pointiert in einer Stunde die Hausleitung, die Staatssekretäre, über die Lage in Afghanistan zu informieren. Die Sitzung begann immer mit einem Lagevortrag von verschiedenen Akteuren, auch vom BND, und dann wurden Entscheidungen von politischer Grundsätzlichkeit in diesem Ausschuss getroffen. Der Ausschuss wurde vorbereitet von einer Arbeitsebenenressortbesprechung auf Referatsleiterebene, an der ich dann immer teilgenommen habe. Die war immer vier Wochen vorher oder drei Wochen vorher, und dann hat man Entscheidungsvorlagen produziert, Lagebewertungen abgeglichen. Und in der Staatssekretärsrunde hat dann jedes Ressort zu seinen eigenen Themen, zu seiner eigenen Lagebewertung vorgetragen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und waren es nur Lagebewertungen oder auch, daraus hervorgehend, Handlungsentscheidungen, Veränderungen, die getroffen werden müssten etc.? Wer hatte da die Federführung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, sowohl als auch; es gab beides. Ich sage mal so: Es gab Runden, wo die Lagebewertung ausgetauscht wurde, die dann manchmal auch etwas Ratlosigkeit zurückließ. Aber es gab auch Runden, wo operative Entscheidungen getroffen wurden, beispielsweise zur Weiterentwicklung des Ortskräfteverfahrens - ich überlege gerade -, beispielsweise auch zu deutschen Beiträgen zu den internationalen Konferenzen. Da haben dann die Ressorts vorgestellt, mit welcher politischen Position wir da reingehen. Das Auswärtige Amt hat dann oft vorgebracht beispielsweise, wie der Friedensprozess steht, wie die diplomatischen Bemühungen zu mehr Frieden sind. Also, es war eine Vergemeinschaftung von Informationen. Und wenn es Handlungspunkte gab, dann wurden die dort auch beschlossen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und wer hatte die Federführung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Die Federführung rotierte. Es waren die vier Afghan- - Nee, es waren sogar alle Ressorts; sogar BMF und BMWi waren mal dran. Also, die Runde hat immer im Bundeskanzleramt stattgefunden; aber die Federführung für die Vorbereitung wechselte. Es hat auch immer eines der Ressorts zur Ressortrunde eingeladen, hat die Tagesordnung abgestimmt und die Gespräche vorbereitet. Also, man war dann als BMZ einmal im Jahr quasi dran mit der Federführung.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. Ich danke Ihnen. - Gehen wir weiter zum Doha-Abkommen. Sie schreiben - das ist MAT A BMZ 3.42, Blatt 4 bis 6 - - geben Sie eine Einschätzung. Und zwar schreiben Sie - also, ich zitiere -:

Ein vollständiger Abzug der Amerikaner ohne Friedensschluss würde das Ende des internationalen Militäreinsatzes bedeuten, voraussichtlich zu einem Auseinanderfallen der afghanischen Armee führen und die militärische Lage schlagartig zugunsten der Taliban verschieben. Es könnte dann sehr schnell zu einer weiteren Intensivierung des Konfliktes kommen.

Zitat Ende an der Stelle. - Es ist ja doch eine sehr realistische Einschätzung, die Sie zu dem Zeitpunkt treffen und die auch sehr genau die folgende Entwicklung zur Kenntnis nimmt bzw. beschreibt. Wir haben jetzt gehört, was es für Runden gab zum damaligen Zeitpunkt. Wie kamen Sie zu diesen Erkenntnissen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich nehme an, Sie zitieren aus einer Leitungsvorlage aus dem BMZ, ne?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, okay. - Ja, wie kamen wir zu den Erkenntnissen? Aus den Quellen, die ich eben genannt hatte. Wir hatten natürlich Zugang zu eingestufteten Informationen, in denen das dargestellt wurde. Wir haben unsere eigenen entwicklungspolitischen Akteure vor Ort, die häufig sehr, sehr gut auch vernetzt waren mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

lokalen Akteuren, lokalen Machthabern, regelmäßig abgefragt, auch über das Risikomanagement-Office, um so herauszufinden, was in den Provinzen los ist.

Und dann war natürlich ja ein wesentlicher Teil unserer Rolle bei der Lagebewertung auch die regelmäßige Entwicklung von Szenarien. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, dann ist das ja als ein mögliches Szenario skizziert worden. Das war auch - - Wenn die Amerikaner gehen, dass dann der internationale Militäreinsatz endet, das war ein offenes Geheimnis. Also, das ist kein besonders origineller Gedanke, den ich da zu Papier gebracht habe, sage ich jetzt mal. Dass dann daraus Konsequenzen folgen, damit haben wir uns natürlich regelmäßig beschäftigt auf der Basis der Informationen, weil unsere Rolle halt auch war, unsere Aufgabe war, dafür vorbereitet zu sein und in meinem Fall dann jetzt oder in unserem Fall eben auch die entwicklungspolitischen Programme anzupassen an der Stelle.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Die genannte Vorlage: Diesbezüglich hat der damalige Bundesminister Müller handschriftlich darum gebeten, dass ihm weitere Informationen zur Lage in Afghanistan und eine Darstellung der Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit und Szenarien zur Lageentwicklung und zu den Konsequenzen für die Zusammenarbeit vorgelegt werden sollen. Eine ähnliche Bitte verfügte er auch in dem Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 4. März 2020. Das ist MAT A BMZ 3.42, Blatt 7. - Hatten Sie den Eindruck, dass der Minister, auch die Hausleitung dem Thema zum damaligen Zeitpunkt die entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt haben oder hatten?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, den Eindruck hatte ich durchaus. Vor allen Dingen unser damaliger Staatssekretär hat sich sehr intensiv mit Afghanistan beschäftigt. Und unser Minister Herr Müller hat darauf Wert gelegt, dass er regelmäßig informiert ist, was dort passiert ist. Deshalb haben wir ihm halt auch regelmäßig solche Lagebewertungen vorgelegt. Ohne dass ich jetzt die Daten noch genau im Kopf habe, gab es auch immer wieder Rücksprachen dann zum Thema.

Aber derjenige, der sich am intensivsten mit Afghanistan beschäftigt hat aus der BMZ-Leitung - das ist halt die Arbeitsteilung damals gewesen -, war der Staatssekretär Herr Jäger.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Sie haben ja schon beschrieben, Sie haben sich auch mit der Hausleitung ausgetauscht, Sie hatten unterschiedliche Abstimmungsrunden. Also wurde einiges, die Lage, regelmäßig kommuniziert. Warum war das Doha-Abkommen für Sie keine geeignete Grundlage für einen soliden Friedensprozess, und war das auch der allgemeine Gedanke in diesen Abstimmungsrunden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, das Doha-Abkommen war für mich persönlich und auch für die Wahrnehmung bei uns im BMZ ein Schock, weil wir den Eindruck hatten, dass es ein Abkommen zulasten Afghanistans, zulasten der afghanischen Regierung war, ein Abkommen zwischen der amerikanischen Seite und den Taliban. Die Beiträge, die die Taliban leisten mussten, also die Anreize, die die Taliban hatten in Richtung eines nachhaltigen Friedens, die waren sehr gering. Die haben im Prinzip vieles von dem bekommen, was sie wollten. Die mussten von da ab nur noch abwarten und aufhören, die Amerikaner anzugreifen. Das heißt: Wir konnten natürlich nicht wissen, wie genau, wie konkret sich die Lage monatsweise entwickelt in den Monaten darauf; dazu hätte man eine Kristallkugel gebraucht. Aber dass das Doha-Abkommen das Ende der internationalen Militärpräsenz war und es keine Anreize für die Taliban mehr gab, sich für Frieden zu engagieren, das ist vielen Leuten sehr klar gewesen in dem Moment. Und das haben wir auch intern durchaus kommuniziert.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gab es Ihrer Kenntnis nach irgendwelche Möglichkeiten für die afghanische Regierung, auf das Doha-Abkommen einzuwirken?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, ich war natürlich nicht in Doha und saß da nicht am Tisch, sondern habe das nur aus der zweiten Reihe beobachtet; aber die Möglichkeiten der afghanischen Regierung, auf das Doha-Abkommen einzuwirken, waren sehr gering. Die Taliban wollten nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit den Amerikanern reden. Die Amerikaner haben sich darauf eingelassen. Die Delegation der Republik in Doha ist zwar zusammengewachsen, war aber letzten Endes nicht schlagkräftig genug. Sie fragen ja auch andere Zeugen hier. Die haben da vielleicht noch eine detailliertere Einschätzung zu, weil sie vor Ort waren in Doha. Aber das war im Prinzip ein Verhandlungsprozess, zu dem weder die afghanische Regierung und übrigens auch nicht wir als internationale Partner Zugang hatten. Das haben die unter sich verhandelt, und wir wurden dann am Ende informiert, was beschlossen wurde.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich möchte gern darauf eingehen: die Szenarien, die ausgearbeitet wurden für die Entwicklung in Afghanistan im zweiten Quartal 2020. Mit Datum vom 30. März 2020 - das ist MAT A BMZ 3.42, Blatt 4 bis 6 - haben Sie Bundesminister Müller einen Vermerk vorgelegt. Da beschreiben Sie drei Szenarien. Szenario eins: Am wahrscheinlichsten seien die fortdauernden Kämpfe ohne Friedensschluss. Szenario zwei: Kurzfristig unwahrscheinlich sei ein Friedensschluss mit Regierungsbeteiligung der Taliban. Und Szenario drei: Schon eher sei mit einer Machtübernahme der Taliban und gegebenenfalls einem Bürgerkrieg zu rechnen. - Wissen Sie noch, wie die Rückmeldungen damals zu dieser Einschätzung waren, die Sie erhalten haben?

Zeuge Dr. Henning Plate: War das auch eine Leitungsvorlage? Sonst würde ich die vielleicht gern mal sehen. Das hilft mir vielleicht.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Kommt.

Zeuge Dr. Henning Plate: Okay.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Okay. An der Vorlage sind ja ein paar Bemerkungen auch des Ministers dran. Also, er hat sie aufmerksam gelesen. Ich kann mich nicht erinnern, dass es darüber hinaus eine Rückmeldung gab. Die bestand wahrscheinlich vor allen Dingen aus Kenntnisnahme. Und es ist ja auch, sagen wir

mal, schwierig, wenn man Szenarien aufblättert. Die Vorlage hat vor allen Dingen dazu gedient, auch den Eindruck zu vermitteln, dass wir auf unterschiedliche Szenarien vorbereitet sind. So. Ich meine, er wusste natürlich auch nicht, welches Szenario jetzt eintritt, genauso wenig wie wir, und da hat er das vermutlich zur Kenntnis genommen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Werden denn aufgrund derartiger Vorlagen oder wurden da Handlungsoptionen ausgearbeitet? Also, ist es dann aufgrund dessen - - jetzt vielleicht nicht vom Minister direkt, wenn Sie schreiben, dass er Kenntnis nahm, aber erarbeiten Sie dann etwaige Optionen bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit oder das Haus? Also, wie ist dann die Fortfolge dessen, was Sie erarbeiten?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das machen wir. Das ist dann unsere tägliche Arbeit sozusagen, dass wir diese Szenarien zur Grundlage nehmen für die Anpassung unserer Präsenz vor Ort und auch die Anpassung unserer Programme.

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel vielleicht, das das illustrieren könnte. Wenn wir zur Erkenntnis gelangen, dass die afghanische Regierung in bestimmten Bereichen den Zugriff verliert und nicht mehr entwicklungsorientiert handelt - es gab ja immer wieder zum Beispiel Regierungsumbesetzungen, wo auch, sagen wir mal, nicht wirklich reformorientierte Minister Teil der Regierung Ghani wurden, als er zum Beispiel den Hekmatjar mit an Bord genommen hat und so was -, dann haben wir unsere Zusammenarbeit mit diesen Ministerien runtergefahren und stattdessen stärker mit den Provinzen oder den Gemeinden vor Ort gearbeitet. Das wäre so ein operatives Beispiel, wo wir sehen: Aus einer Lagebewertung folgt eine operative Handlung für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Gleiche gilt, wenn wir informiert wurden oder wahrgenommen haben, dass bestimmte Provinzen in die Hände der Taliban kamen. So. Dann haben wir uns natürlich zurückgezogen, ne? Standortpolitik, solche Geschichten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt - das können wir noch machen; die namentliche Abstimmung hat sich ein bisschen verzögert - an Bündnis 90/Die Grünen. Frau Bayram, bitte schön.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. - Sie haben ja aus dieser Staatssekretärsarbeitsrunde ein Stück weit berichtet, und mich interessiert insbesondere der Zeitraum Anfang März 2020. Ich selbst war zuletzt im Dezember 2019 vor Ort. Das heißt, das eine oder andere, was dort diskutiert wurde, habe ich auch vor Ort selber wahrgenommen. Jetzt habe ich das so verstanden, dass diese Staatssekretärsarbeitsrunde rotierend stattgefunden hat und Sie ja auf Referatsleiterebene diese vorbereitet haben. Und mich interessiert insbesondere im Zusammenhang mit einer Mail an den Staatssekretär Jäger eine Ausführung von Ihnen; MAT A BMZ 3.137 VS-NfD, Blatt 41. Und da will ich Ihnen mal kurz sagen, was Sie da ausgeführt haben:

Kommunikation: Derzeit Ruhe bewahren (gerade ggü. Bundestag, ...Mandat ist gerade in den Ausschüssen), Hoffnung auf Frieden und IAN

- Intra Afghan Negotiations -

Ausdruck verleihen, AFG Eliten zu Geschlossenheit aufrufen, Unterstützung für IAN

- Intra Afghan Negotiations -

anbieten. Macht AA auch so.

Können Sie uns das mal erläutern, wen Sie da wie informieren, oder vielleicht auch, von wem Sie Informationen fernhalten wollten?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das kann ich gerne tun. Also, das war eine Information unseres Staatssekretärs, ne? Und diese Information war Ergebnis einer engen Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt zu Gesprächen. Ich vermute, dass ich mit dem damaligen Sonderbeauftragten der

Bundesregierung, Botschafter Potzel, darüber gesprochen hatte, der auch die Einschätzung dazu beigetragen hat.

Wir waren in folgender Situation, als das Doha-Abkommen geschlossen wurde: Ich hatte ja eben gesagt, wie die Einschätzung zu diesem Abkommen war. Aber wir wollten natürlich verhindern, dass wir in so einen Teufelskreis der Eskalation reinkommen. Also, die Wahrnehmung des Doha-Abkommens im internationalen Bereich hat unmittelbare Folgen auf die Stabilität Afghanistans gehabt. Wenn jetzt alle internationalen Partner gesagt hätten: „Das Doha-Abkommen ist Mist, alles geht den Bach runter“, dann wäre alles den Bach runtergegangen. Also, wir hatten sozusagen uns damals auch die Devise aufgelegt, Ruhe zu bewahren, auch unseren operativen Kräften vor Ort gegenüber, auch der Republik gegenüber zu zeigen: Wir bleiben an eurer Seite. Es ist nichts verloren, sondern bleibt jetzt geschlossen! Wir wollen die Rahmenbedingungen auch erhalten. - Das war ja gerade die Zeit der Mandatsdebatte. Wir haben gehofft, dass der Bundestag sich entscheidet, das Mandat zu verlängern. Und deshalb war uns halt auch wichtig, das Signal, dass wir Afghanistan nicht im Stich lassen, auch in die Öffentlichkeit zu geben. Verstehen Sie, was ich meine?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich will noch mal einen weiteren Auszug aus einer E-Mail von Ihnen an J. S. - - Da will ich Ihnen noch mal draus zitieren. - Das ist MAT A BMZ 3.137 VS-NfD, Blatt 44. - Da schreiben Sie - das ist dann an die Büroleiterin von dem Staatssekretär Jäger -:

Es gibt viele gute Gründe, das USA-TLB-Doha-Abkommen und die mit ihm verbundenen Hoffnungen skeptisch zu sehen. Ich persönlich finde weite und wesentliche Teile des Prozesses und des Textes verheerend, und mein Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate hält sich in sehr engen Grenzen. Die Mandatsdiskussionen in den Ausschüssen



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind gleichwohl nicht die Momente, um diese Zweifel im Detail zu erörtern.

Und insoweit wäre meine Frage mit Blick auf die von Ihnen geschilderte Rotation und die Staatssekretärssebene: Was war das Ziel dieser Information? Und hat sich das dann ausgewirkt? Ich frage halt ganz geradeaus: War das in dem Rotationsprinzip ein Zeitraum, in dem das BMZ federführend war und die anderen insoweit informiert hat? Und wie sollte sozusagen mit dieser Information umgegangen werden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, erst mal: Die Federführung ist im Prinzip nur dahin gehend rotiert, dass jemand die Sitzung organisiert hat und die Teilnehmer drangenommen hat. Natürlich war jedes Ressort federführend zuständig für den eigenen Politikbereich. Also, „BMZ federführend“ hat nicht bedeutet, dass wir plötzlich eine Rolle bei der Bewertung der Mandatsdiskussion oder so was hatten.

Das ist eine interne Information gewesen für unseren Staatssekretär. Also, die dort genannte Kollegin ist die Büroleitung unseres Staatssekretärs, zu dem ich ein Vertrauensverhältnis hatte. Natürlich, wie gesagt, waren wir der Ansicht als Kenner Afghanistans, dass wir den Wunsch des Auswärtigen Amtes und des BMVg, das Mandat zu verlängern, unterstützen wollen, weil wir der Ansicht waren, dass es sinnvoll ist. Also, das BMZ hat ja das Mandat, hat ja den Bundeswehreinsatz stets unterstützt. So auch in diesem Fall. Und das war in dem Fall als Hinweis auch - der Staatssekretär konnte das natürlich alles einordnen - an den Staatssekretär gedacht, dass wir jetzt keine - - dass wir unseren Teil dazu beitragen sollten, die Mandatsdiskussion zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist der Satz „Macht AA auch so“ in dieser Mail so zu verstehen, dass es zwischen Ihnen und dem Auswärtigen Amt die Absprache gab, gegenüber den Abgeordneten in den Ausschüssen diese Einschätzung zurückzuhalten, also zu unterdrücken, um eben herbeizuführen, dass das

Mandat so vom Deutschen Bundestag beschlossen wird. Habe ich das richtig verstanden, oder überinterpretiere ich jetzt was?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, also, ich glaube, das ist ein bisschen zu stark interpretiert, weil wir als BMZ ja auch gar keine wirklich intensive Rolle bei den Mandatsdiskussionen in den relevanten Ausschüssen hatten. Das Mandat war zwar auch immer im AwZ; aber das ist in der Regel da nicht kontrovers diskutiert worden. Die entscheidenden Ausschüsse waren natürlich der Auswärtige Ausschuss, der Verteidigungsausschuss. Da hatten wir keine Rolle.

Ich interpretiere den Satz jetzt im Nachhinein so, dass auch das AA damals versucht hat, die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass eine Mandatsverlängerung sachlich richtig und geboten ist, um die Stabilität Afghanistans noch zu erhalten. So. Das ist der Gedanke dahinter gewesen. Ich kann nicht sagen, dass wir da Informationen vorenthalten haben, bewusst. Es waren ja auch eher so Einschätzungen. Und die wurden auch diskutiert. Die Bewertung des Doha-Abkommens war jetzt nichts, was nur uns oblag.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde dennoch mal kurz nachfragen: Also, die Referatsleiterrunde hat ja diese Staatssekretärsrunde vorbereitet. Und als Referatsleiter auch mit dieser langjährigen Erfahrung, könnte man jetzt vermuten, dass Ihr Wort und Ihre Einschätzung in dieser Runde nicht so völlig irrelevant bewusst. Deswegen würde mich einfach auch noch mal interessieren: Was war denn Ihre Zielrichtung? Ging es darum, letztlich die Entwicklungszusammenarbeit in den Blick zu nehmen, oder war das eine darüber hinausgehende Betrachtung? Weil Sie sagen ja, das Verteidigungsministerium war für das Mandat zuständig, da wollten Sie jetzt nicht - - Also, was war denn die Zielrichtung dann dieser möglichst Desinformation des Deutschen Bundestages?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die Zielrichtung unseres Beitrags, auch beispielsweise in der Referatsleiterrunde, in den Staatssekretärsrunden auch. - Ich nehme an, dass Sie Zugang



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch zu den Protokollen haben. - Selbstverständlich gab es da Diskussionen, und selbstverständlich hat man da auch zum Teil Einschätzungen diskutiert. Das ist ja Teil der Meinungsbildung an der Stelle.

Unsere Zielsetzung auf der Arbeitsebene innerhalb des Ressortkreises war selbstverständlich, dass wir wollten, dass Afghanistan nicht zurückfällt in die Talibanzeit. In dem Moment, wo klar war, dass der Bundeswehreininsatz endlich ist - und das war es mit dem Doha-Abkommen; da ging es ja eigentlich nur noch um den genauen Zeitpunkt -, war klar, dass das zivile Engagement, also das entwicklungspolitische Engagement und auch das Engagement des Auswärtigen Amtes, weitergehen sollte. Das heißt, wir haben natürlich versucht, auf die afghanische Regierung einzuwirken und auch auf unsere Entscheidungsträger einzuwirken, dass wir Afghanistan nicht im Stich lassen. Die politische Losung war: Wir bleiben an der Seite der Afghanen und lassen sie nicht im Stich, und die Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise geht auch nach Abzug der Bundeswehr weiter. So. Das war quasi der Rahmen, in dem wir uns bewegten an der Stelle. Und davon waren wir eigentlich auch alle - ich kann natürlich nicht für alle anderen sprechen - überzeugt, dass das der richtige Rahmen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht endet hier. - Ich würde schon darauf aufmerksam machen, dass die Formulierung der Frage ein wenig suggestiv war. Die „Zielrichtung der Desinformation“ haben Sie gesagt. Darauf will ich nur aufmerksam machen, dass die Fragen auch etwas offener formuliert werden können. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch willkommen von mir, Herr Dr. Plate! - Bemerkenswerte afghanische Karriere, muss ich sagen: 2005 in Faizabad haben Sie begonnen, wenn ich das richtig gesehen habe, und dann bis, ich sage mal, 2020/21. Kann man Sie guten Gewissens als einen der Afghanistan-Experten in Deutschland zumindest auf der Amtseite sehen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, ich glaube schon, dass ich relativ viel mitgemacht hatte in Afghanistan. Und durch diese Kombination, mal vor Ort gewesen zu sein, als man sich in dem Land noch bewegen konnte - - da habe ich bis zum Ende von gezehrt, ja. Aber es gibt auch viele andere Leute, die sich gut in Afghanistan auskennen. So ist das nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Ich meine das durchaus positiv. Wir haben uns 2005 in Faizabad gesehen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Stimmt, ja. Ich erinnere mich.

Joachim Wundrak (AfD): Stimmt. - Und ich kann mir gut vorstellen, dass diese lange Zeit der Auseinandersetzung oder Arbeit mit Afghanistan einen natürlich auch emotional prägt und man eine sehr tiefe Verbindung dann zu Land und Leuten hat und auch zu der Aufgabe. Das ist natürlich in der Anfangsphase, in der Aufbauphase, auch sehr viel einfacher oder sehr viel schöner, angenehmer als die Phase, über die wir uns jetzt unterhalten müssen, nach Doha, und wie diese viele, viele Arbeit von Ihnen und auch vielen anderen Leuten dann letztendlich infrage gestellt wird.

Ich greife das Thema auf, was hier von den Kollegen schon aufgegriffen worden ist: diese Diskrepanz zu sehen zwischen der Bewertung in der einen Phase und dann, was verschriftlicht wird und was in die ministerielle Arbeit dann rein geht. Ich habe hier einen Sprechzettel vom AwZ, also Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vom 11. März - MAT A BMZ 3.137, Blatt 52 -, von dem ich denke, dass Sie da mitgewirkt haben. Da fanden sich folgende Sätze - ich zitiere -:

Die Unterzeichnung des **Abkommens zwischen den USA und den Taliban** am 29.2. in Doha schürt Hoffnung auf ein Ende der Gewalt in Afghanistan.

Sowie - ich zitiere -:

Die Bundesregierung wertet das Abkommen zwischen den USA



Nur zur dienstlichen Verwendung

und den Taliban als eine **Chance auf einen Friedensprozess** in Afghanistan.

Das ist auf Seite 2. - Konträr dazu in einer internen E-Mail an die Kollegin Dr. S██████ schreiben Sie den Text - und der ist ja schon genannt worden -:

Es gibt viele gute Gründe, das USA-TLB-Doha-Abkommen und die mit ihm verbundenen Hoffnungen skeptisch zu sehen. Ich persönlich finde weite und wesentliche Teile des Prozesses und des Textes verheerend, und mein Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate hält sich in sehr engen Grenzen. Die Mandatsdiskussionen in den Ausschüssen sind gleichwohl nicht die Momente, um diese Zweifel im Detail zu erörtern.

Das wurde schon erwähnt.

Hier geht es darum, politische Unterstützung für die Bundeswehr und für unsere Arbeit doch zu mobilisieren.

Kam Ihrer Meinung nach die Skepsis, die der Grundtenor Ihrer Einlassung ist dann in den Papieren nach oben, nicht zur Geltung, und warum nicht?

Zeuge Dr. Henning Plate: Tja, ich sehe, worauf Sie hinauswollen. Aber für mich ist das kein klarer Widerspruch. Man kann ja Hoffnung sehen in einem Abkommen. Und natürlich gab es auch Tendenzen, die, als das Doha-Abkommen unterzeichnet wurde, sagten: Jetzt gibt es ein Abkommen, jetzt wissen wir, woran wir sind. - Und man hat ja auch irgendwie vielleicht ein bisschen gehofft, dass sich die Taliban jetzt wirklich für den Frieden engagieren und für Gewaltreduktion engagieren. Also, die Hoffnung war sicherlich da.

Meine persönliche Bewertung, dass es da etwas skeptisch ist, widerspricht dem - - Ich hatte jetzt auch keine - - Ich wusste es ja auch nicht, wie es weitergeht. Also, das heißt: Die Hoffnung auf

Frieden, glaube ich, ist eine Formulierung, die man wählen kann, auch wenn diese Hoffnung nicht wahnsinnig groß ist.

Joachim Wundrak (AfD): Aber Sie verstehen schon die Richtung, in der wir nachfragen - die Kollegen vorher haben das auch gemacht -, -

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja, sicherlich.

Joachim Wundrak (AfD): - dass wir hier diese Tendenz, die uns ja oftmals begegnet, dass auf der Arbeitsebene die Fachleute, die täglich sich mit der Problematik auseinandersetzen, weniger optimistisch sind, realistischer sind, klarer sind, als es dann nach oben hin bis auf die Entscheidungsebene in den einzelnen Ressorts kommt - - Ist das etwas, was Sie auch so sehen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Sicherlich verstehe ich, worauf Sie hinauswollen an der Stelle. Tja, was kann ich dazu sagen? Sicherlich ist es so, dass die Arbeitsebene im Ministerium, wenn man ein enges Vertrauensverhältnis hat zu einer jeweiligen Person im Leitungsbereich, auch mal Einschätzungen auf den Punkt bringt, die etwas pointiert sind, die aber nicht in gleicher Form geeignet sind, gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert zu werden. Das heißt, da muss man sich natürlich überlegen, was die eigene Kommunikation für Konsequenzen hat, in dem Fall auch für Afghanistan. Wenn der Deutsche Bundestag in der Mandatsdebatte kommuniziert als zweitwichtigster Truppensteller nach den Amerikanern: „Da geht jetzt alles den Bach runter, weil ein Ministerialrat im BMZ der Ansicht ist, dass das Abkommen nicht so doll ist“, dann hat das natürlich massive Auswirkungen auf die Stabilität vor Ort. Die haben natürlich ganz genau geguckt, was im Bundestag diskutiert wird. Die Taliban haben genau geguckt, was im Bundestag diskutiert wird, die afghanische Regierung auch. Da ist dann das Messaging gerade in öffentlichen Sitzungen nach außen auch wichtig, in so einer AwZ-Debatte.

Und, wie gesagt, wir sind ja auch immer der Ansicht gewesen, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Afghanistan weitergehen sollte an der Stelle, um vielleicht auch ohne die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundeswehr für den Frieden zu arbeiten. - Ich weiß nicht, ob das Ihre Frage war. Das ist so ein bisschen - - Sie haben ja schon einen Punkt da. Also, was soll ich sagen?

Joachim Wundrak (AfD): Ich meine, wir sind ja nun beide nicht aus der Welt, ne? Wir wissen, über was wir reden hier. - Ein weiteres Beispiel möchte ich mit Ihnen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aus der Welt nicht, aber aus der Zeit.

(Heiterkeit)

Joachim Wundrak (AfD): Ach so.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und insofern: Ende des Fragerechts.

Joachim Wundrak (AfD): Das tut mir leid. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 13.45 Uhr, weil jetzt gleich eine namentliche Abstimmung ist und wir heute vom Plenarsaal weiter entfernt sind, sodass Sie ausreichend Gelegenheit haben, zur Abstimmung zu gehen. Wir setzen nachher mit der FDP fort.

(Unterbrechung von
13.09 bis 13.49 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung wieder fort. - Das Fragerecht geht an die FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch, Sie haben das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Herr Plate, ich möchte gern noch mal zurückkommen zu dem Thema der Staatssekretärsrunden, die Sie genannt haben, und da noch mal nachfragen. Ist das aus Ihrer Sicht das Gremium gewesen zu einer Lageerstellung und zu einer Besprechung innerhalb der Ressorts, wie es mit Blick auf Afghanistan weitergehen soll, oder gab es Ihrer Ansicht nach noch andere Koordinationsgremien innerhalb der Bundesregierung? - Das wäre mal die erste Frage.

Die Frage, die sich dann noch anschließt: Wie handlungsfähig haben Sie dieses Gremium wahrgenommen, und wie wurden dort Konflikte aufgelöst?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, vielen Dank. - Das war schon das entscheidende Gremium in der Bundesregierung, und da nehme ich jetzt mal die davor gelagerten Arbeitsebenen und Besprechungen dazu, die wir ja vorbereitet haben. Das war der Kristallisationspunkt, wo Entscheidungen drin gemündet sind, wo auch die Lagebewertung stattfand. Es gab da ja regelmäßige Lagevorträge von den verschiedenen Ressorts und vom Dienst in dieser Staatssekretärsrunde. Also schon, ja. Erste Frage: Ja, das war das entscheidende Gremium.

Es gab auch keine vergleichbar hochrangigen alternativen Runden. Ich meine, alle Jubeljahre war Afghanistan dann vielleicht auch mal im Kabinett. Da bin ich jetzt nicht im Detail informiert; aber das war die entscheidende hochrangige Runde.

Und wie funktionsfähig war dieses Gremium? Also, ich glaube, dass es eine Rolle bei der Lagebewertung und bei der Vergemeinschaftung der Lagebewertung gespielt hat. Da war die Runde sehr funktional. Es wurde ja auch immer alles hinterher zusammengefasst. Also, es war schon sehr, sehr komprimiert und auch gut. Entscheidungsfindungen operativ haben nicht immer in dieser Runde stattgefunden, sondern die haben dann natürlich die einzelnen Häuser, zum Teil auch in enger Abstimmung und im Rahmen ihrer politischen Zuständigkeit, selber getroffen und haben dann da informiert. - Ja, dabei belasse ich es.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Dann MAT A BMZ-3.118 VS-NfD, Blatt 19 bis 21. In einem E-Mail-Verkehr um den 20. Januar 2021 zwischen Ihnen, Gisela Hammerschmidt und Helmut Fischer bezüglich der Doha-Gespräche und einer geplanten Doha-Reise, die Sie gemacht haben, geht es darum, dass Sie sagen, dass das AA - zumindest einzelne AAler - dem Friedensprozess alles andere unterzuordnen bereit ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder sei. Wie könnte diese unterschiedliche Einschätzung zwischen Ihrem Haus und dem AA zustande gekommen sein? Gibt es auch noch andere Beispiele für unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich Doha?

Zeuge Dr. Henning Plate: Da müssen Sie mir jetzt, glaube ich, tatsächlich mal das Schriftstück zeigen. Da weiß ich nicht genau, was da die unterschiedlichen Wahrnehmungen sind. Oder vielleicht können Sie es noch mal kurz erläutern. Also, diese Doha-Reise hat übrigens nicht stattgefunden - nur weil Sie sich darauf bezogen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir legen Ihnen das Dokument vor. Einen Moment, bitte. Ich kann Ihnen das Zitat vielleicht schon mal vorlesen, wenn ich darf:

Ich könnte mir vorstellen, dass dann auch die Kollegen des AA Einfluss auf dich ausüben wollen - wir haben ja schon gelernt, dass das AA (zumindest einzelne AAler) dem Friedensprozess alles andere unterzuordnen bereit sind und z.B. Vorhaben in Taliban-gebieten den Taliban als Zuckerbrot für Wohlverhalten in Doha vor die Nase halten möchten.

...

Auch glaube ich, es wäre gut in Doha nicht nur mit den Taliban zu sprechen, sondern auch mit der Delegation der afghanischen Regierung - schon um den Eindruck zu vermeiden, die deutsche EZ würde sich von der Regierung abwenden und nun mit der Gegenseite (den Taliban) kungeln.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, habe ich vermutlich so geschrieben. Ich nehme an, Ihre Frage zielt darauf ab, ob es da zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den - - also, ob es da Meinungsverschiedenheiten zwischen dem BMZ und dem AA gab an der Stelle.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Henning Plate: Würde ich so nicht sehen, sondern das ist eine ganz normale Bewertung, wie es - - Also, sagen wir mal, wir haben darüber diskutiert, wie es gelingen kann, die Taliban davon zu überzeugen, sich stärker in einem innerafghanischen Friedensprozess zu engagieren nach dem Doha-Abkommen. Und da kann man natürlich unterschiedliche Instrumente dafür nutzen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Danke schön.

Also, das ist auch gar nicht - - Die Mail habe ich gar nicht geschrieben. Ich sehe gerade, die hat mein Kollege Helmut Fischer geschrieben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): An Sie.

Zeuge Dr. Henning Plate: An mich, genau. Also müssen Sie wahrscheinlich ihn fragen, was er damit genau gemeint hat.

Aber ich interpretiere tatsächlich die Diskussion so, ob in - - Also, es gab Diskussionen, ob die Entwicklungszusammenarbeit, die Projekte, die Maßnahmen, die wir da durchführen, stärker in Wert gesetzt werden können als Zuckerbrot - wie sagt man so? -, als Köder, als Möhrchen für die afghanischen Taliban, damit die sozusagen - - „Wenn ihr am Friedensprozess mitmacht, bekommt ihr mehr Entwicklungsprojekte.“ Das war der Versuch damals. Oder wir hatten die Hoffnung, dass das ein Anreiz ist für die Taliban, um sich auf Friedensgespräche einzulassen.

Das hat sich in dieser Form nicht eins zu eins bewahrt. Und in diesem Spannungsfeld haben wir natürlich auch diskutiert, ob wir entwicklungspolitische Projekte umsteuern, damit sie einen stärkeren Friedensanreiz setzen und den Friedensprozess unterstützen als Seed Money. Das haben wir als BMZ nicht immer in gleichem Maße gesehen wie das AA. Aber das ist irgendwie eine normale Abstimmung auf strategisch-operativer Ebene gewesen zwischen den Ressorts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gibt es denn noch andere Beispiele, die Sie nennen können, wo das AA die Dinge anders gesehen hat wie das BMZ? Ich meine, das ist ja so dieser Dauerstreit zwischen BMZ und AA. Ich kann mir vorstellen, dass der sich auch am Beispiel Afghanistan zeigen könnte.

Zeuge Dr. Henning Plate: Dauerstreit? Wir sind befreundete, partnerschaftlich miteinander agierende Ressorts. Also, einen Dauerstreit gibt es da nicht. Aber sicherlich haben wir über die Jahre hinweg auch immer diskutiert und unterschiedliche Lagebewertungen vorgenommen, gerade was die operative Ausrichtung unserer Arbeit angeht. Dafür gibt es ja auch unterschiedliche Haushaltstitel mit unterschiedlichen Ansätzen: humanitäre Hilfe, Stabilisierung, Entwicklungszusammenarbeit. Diese Ansätze haben unterschiedliche Zielsysteme und wurden deshalb von den Ressorts auch zum Teil mit unterschiedlichen Zielen eingesetzt.

Aber ein Streit mit dem AA jetzt über eine normale Diskussionskultur hinaus habe ich eigentlich jetzt an der Stelle nicht wahrgenommen. Im Gegenteil: Gerade im Untersuchungszeitraum, aber auch davor empfand ich die Zusammenarbeit mit dem AA aus meiner Sicht immer sehr eng und vertrauensvoll.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben vorher gesagt, dass im BMZ der Wunsch vorgeherrscht hätte, dass die EZ weitergehen sollte. Sie haben aber auch gleichzeitig vorher gesagt, es sei Ihnen klar gewesen, dass mit dem Abzug der US-Truppen auch die internationalen Truppen abziehen würden. Wie haben Sie sich das sicherheitstechnisch vorgestellt, wie die EZ dann weitergehen sollte? Wie sollte die geschützt werden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Da gab es konzeptionelle Überlegungen oder Überlegungen, die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung vor allen Dingen fortzusetzen über multilaterale Organisationen, zum Beispiel die Vereinten Nationen, über Nichtregierungsorganisationen und auch zum Teil über die GIZ, die ja nicht unter dem direkten Schutz der internationalen Truppen vor Ort tätig war, also in Fernsteuerung.

Das hatte ich ja vorhin, glaube ich, schon kurz genannt.

Das heißt, wir haben über die Jahre Modalitäten entwickelt, die auch in extrem fragilen Umfeldern gestatten, entwicklungspolitische Projekte durchzuführen. Da war Afghanistan noch häufig so eine Art Pilotfall, und die hatten wir auch in der Schublade für die Zeit nach dem Abzug der Bundeswehr. Und zum Teil haben wir die auch über die Jahre hin schon - - haben wir unsere Projekte auch schon so durchgeführt; denn die Bundeswehr hatte sich ja schon nach dem Ende des ISAF-Einsatzes aus der Breite, also - wie sagt man? - aus der Tiefe des Raums, aus dem - - ja, also aus dem Feld zurückgezogen sozusagen und war wesentlich weniger präsent als vorher. Und trotzdem konnte man arbeiten, und wir sind davon ausgegangen, dass man das technisch auch nach Abzug der Bundeswehr tun könnte, was übrigens auch stimmt; denn die Entwicklungszusammenarbeit - ich meine jetzt auch gar nicht nur die deutsche, auch die internationale humanitäre Hilfe - geht derzeit ja weiter in Afghanistan. Also, man kann auch ohne Bundeswehr Projekte durchführen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Rederecht wechselt und geht zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Büniger, bitte schön.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Jetzt geht es hier links weiter, Herr Plate. Schön, dass Sie heute da sind.

Ich möchte noch mal auf das zu sprechen kommen, was mein Kollege Herr Nürnberger schon angefragt hat. Es geht um die Erfolgsbilanzen. Da gab es im September 2020 den Auftrag für die Erstellung eines solchen Bilanzpapiers; das ist bei uns zu finden unter MAT A-BMZ 3.006, Blatt 2 ff. Da hatten Sie ja vorhin auch schon angesprochen, es geht um die jährlich 250 Millionen Euro, und da steht auch, dass die finanziellen Zusagen gebunden seien an Reformen, unter anderem bei der Korruptionsbekämpfung und der Gleichberechtigung und auch Menschenrechten. Das haben Sie jetzt hier auch schon einmal erläutert für uns.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine Frage dazu ist: Welchen tatsächlichen Stellenwert hatten die Fortschritte, also die ganz konkreten Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung, aber auch bei Menschenrechten und der Gleichberechtigung von Frauen für das BMZ insbesondere bei der Entscheidung über die weiteren Zahlungen von Geldern? Was wurde im Zweifel höher gewichtet? Es wäre für mich wichtig, zu wissen: bei der Fortsetzung der Projekte die erreichten Fortschritte in Bezug auf die Umsetzung. Was waren bei Ihnen intern die angelegten Bewertungsmaßstäbe - das hatten Sie auch so ein bisschen angedeutet -, wie wurden im Zweifelsfall dann Abwägungsentscheidungen getroffen, und was war die Grundlage dafür, auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2020 die USA ja veröffentlicht haben, dass 19 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe aufgrund von Korruption in Afghanistan verschwunden sind? Und deshalb meine Frage auch: Was sind da Kontrollmechanismen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Tja, ein breites Thema. Also: Wir haben einen Teil unserer Unterstützung für Afghanistan, einen Teil der 250 Millionen in einen Weltbank-Trust-Fund eingezahlt, den Afghanistan Reconstruction Trust Fund, ARTF; den hatte ich vorhin schon kurz erwähnt. Das ist ein sogenannter Basket Fund, also ein bergemeinsamer Fund, wo verschiedene Geber einzahlen. - Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass es immer im Zweijahresabstand Konferenzen gab mit Afghanistan, mit der afghanischen Regierung und der Gebergemeinschaft, wo sich die afghanische Regierung zur Umsetzung konkreter Reformfortschritte verpflichtet hat. Die wurden gemeinsam erarbeitet mit der Weltbank. Da geht es zum Beispiel um die Erhöhung von Steuerquoten, um Korruptionsbekämpfung, um konkrete Reformen und Maßnahmen bei der Einstellung von gut qualifizierten Leuten in den Ministerien statt Vetternwirtschaft und so was. Also, da gab es umfangreiche technische Vereinbarungen und Matrizen, was die Regierung erzielen muss, erreichen muss, um als Fortschritt gewertet zu werden. Wir haben unse-

Clara Bünger (DIE LINKE): Entschuldigung, ich habe nicht ganz so viel Fragezeit. Deshalb wäre meine Frage an Sie, ob Sie das so ein bisschen schildern können, diese Kontrollmechanismen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, ja, ich bin gerade dabei.

Clara Bünger (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Henning Plate: Dazu muss ich Ihnen aber leider - sorry - ein bisschen im Grundsatz erläutern, was wir haben. - Wir haben also ein international vereinbartes Zielsystem, und wir haben unsere jährliche Zusage, und die ist einfach daran geknüpft. Da gab es 10 Millionen für Indikator 1, 10 Millionen für Indikator 2, 10 Millionen für Indikator 3 als Einzahlung in diesen Topf. Das heißt, wenn die die Reformen, die wir vorher mit denen vereinbart haben, nicht umgesetzt haben, dann haben die weniger Geld gekriegt. So einfach lief das.

Da gab es internationale Arbeitsgruppen und so, die das bewertet haben, ob die da auch wirklich an der Stelle sind. Das ist zum Beispiel eine Sache, wo wir ganz konkret unsere Gelder an Bedingungen geknüpft haben - Konditionalisierung.

Und ich hatte vorhin das Beispiel genannt, dass es natürlich auch immer die Bewertung gab, dass einzelne Partnerministerien, Institutionen auf afghanischer Seite mal mehr, mal weniger entwicklungsorientiert waren. Und da tauchte auch mal - gab es dann auch Hinweise, dass die - keine Ahnung - Vetternwirtschaft und so was gemacht haben. Dann haben wir uns aus diesen Ministerien dann auch zurückgezogen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Können Sie da ein ganz konkretes Beispiel nennen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ein ganz konkretes Beispiel, wo wir das gemacht haben? Wir haben zum Beispiel jahrelang versucht, das afghanische Bergbauministerium zu beraten mit einem Projekt, dass sie die Einnahmen aus dem Bergbau - die haben da irgendwie Kohle und Kupfer und so was in Afghanistan - zum Wohle der Bevölkerung einsetzen. Sie können sich vorstellen, dass in so



Nur zur dienstlichen Verwendung

einem bitterarmen Staat natürlich so ein Ministerium Gegenstand umfangreicher Korruptionsbedarfe ist. Die haben also jahrelang auch nicht die Politiken verabschiedet, die wir wollten. Und dann haben wir zum Beispiel da mit diesem Ministerium die Zusammenarbeit auch beendet, weil das keinen Sinn machte. - Das ist ein Beispiel.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Die Zeit ist zu Ende. - Wenn ich mir den kleinen kollegialen Hinweis erlauben darf, gerade weil Ihre Zeit so kurz ist: Wenn Sie ein bisschen kürzer fragen - Sie haben die Hälfte Ihrer Zeit durch die Frage verbraucht -, dann geht manchmal auch noch ein bisschen mehr. Aber das ist Ihre Entscheidung.

Das Fragerecht wechselt zur SPD Fraktion. Der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr Dr. Plate, ich habe einen Themenkomplex, zu dem ich Sie jetzt befragen möchte. Da geht es um den Zeitraum im August 2020, also schon einige Zeit nach dem Doha-Abkommen. Und da ist das erste Mal etwas aufgetaucht, was vielleicht in der Folge öfter der Fall war. Und zwar geht es darum, dass es einen Mailwechsel gibt, dessen Gegenstand ein Projekt in dem von Taliban kontrollierten Gebiet betrifft; MAT A AA-2.29, Blatt 6 bis 12.

In diesem Mailwechsel wird berichtet, dass sich dieses Projekt bei den Taliban registrieren soll. Die erste Frage: Was bedeutet das?

Über die deutsche Botschaft in Kabul landet dann der Vorgang bei Ihnen, und Sie schreiben davon - ich darf zitieren -, dass Sie darüber „ratlos und besorgt“ sind. Ich würde Sie bitten, uns daher näher zu erläutern, worin diese Problematik bestand und wie Sie damit umgegangen sind.

Zeuge Dr. Henning Plate: Gerne. - Könnte ich das Dokument sehen, damit ich nichts - - Ich schau gleich mal drüber.

Also, grundsätzlich war es so, dass die Taliban ihre Gebietskontrolle natürlich ausgeweitet haben und einige Provinzen - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Herzlichen Dank.

Okay. Ja, also: dass die Taliban ihre Gebietskontrolle ausgeweitet haben in einigen Provinzen und Distrikten und von den Hilfsorganisationen verlangt haben, sich bei den Taliban zu registrieren. Die haben gesagt: Wenn ihr hier bei uns arbeiten wollt, dann müsst ihr euch mit uns ins Benehmen setzen. - Und da gab es unterschiedliche Stufen der Talibannähe. Es gab also Taliban, die auch durchaus Steuern erheben wollten von den Projekten. Andere wollten mitbestimmen, was die Projekte machen. Das waren für uns immer rote Linien, und wir haben immer gesagt, wenn das mit den Taliban in diese Richtung läuft, dann ziehen wir uns aus diesen Provinzen und Distrikten zurück.

Das hier scheint mir ein Fall zu sein, wie ich das hier einordnen kann, wo wir so was haben, dass im Wurduj-Distrikt - das ist ein Distrikt in der Provinz Badachschan im Nordosten des Landes; das war immer schon ein Stronghold der Rebellen, der Taliban sozusagen - - dass die offensichtlich eine Registrierung verlangt haben.

Und wir haben uns, wenn ich das richtig sehe, dagegen gestellt und haben hier einfach - - Also, dieser Mailwechsel ist ein Beispiel, ein praktisches Einzelbeispiel dafür, wie wir uns ausgetauscht haben über Gebietsgewinne der Taliban in einzelnen Distrikten und Provinzen. Auf Deutsch steht da irgendwie drin, da ist schon wieder ein Distrikt gefallen. - Das zur Einordnung. Ich hoffe, das hat Ihnen geholfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke sehr. - In diesem E-Mailwechsel gibt es auch Zitate, die, glaube ich, wert sind, auch hier vorgebracht zu werden. Sie schreiben dann:

Pragmatisch wäre vermutlich, wenn man das einfach informell auf Projektebene macht, aber nichts an die große Glocke hängt. Ich vermute, so handhaben es bereits heute diverse Projekte vor Ort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist ein bisschen weiter vorne im gleichen Dokument, und unten steht dann eine Nachricht noch als Nachsatz in der Antwort von einer Kollegin von Ihnen:

Evtl. Herrn Potzel losschicken, er redet ja

- dann ist da wahrscheinlich ein sprachlicher Fehler -

mitdenken Taliban ? Herr Krüger ist anscheinend bereits ab Freitag in Doha...

Das heißt, dass tatsächlich in der Folge über solche Projekte auch direkt verhandelt worden ist. Oder wie darf ich diese Bemerkung verstehen? Oder wie haben Sie sie damals verstanden? Weil es war ja an Sie gerichtet.

Zeuge Dr. Henning Plate: Genau so war es gedacht. Also, es geht ja konkret darum, dass ein Projekt, was wir in einem Distrikt durchführen, mit den Taliban in Kontakt kommt, weil die Taliban diesen Distrikt übernommen haben.

Wie gehen wir damit um? Da wäre eine Option sicherlich gewesen, über Doha, wo es Gesprächskanäle mit den Taliban ja gab, die das Auswärtige Amt bespielt hat - nicht wir -, den Taliban zu sagen: Lasst mal unser Projekt in Ruhe da an der Stelle! - Das ist aber - ich kann mich nicht genau erinnern -, glaube ich, in diesem konkreten Fall und auch in sonstigen Fällen in der Regel nicht weiterverfolgt worden, weil wir, wenn der Talibanandruck in den Distrikten zu groß wurde, uns da lieber zurückgezogen haben. Das sind auch sehr operative Fragen natürlich, die in der einzelnen Projektumsetzung eine Rolle spielten, wo die Auftragsverantwortlichen der GIZ - hier handelt es sich um ein GIZ-Projekt - natürlich auch besser informiert sind als ich.

Aber das ist sozusagen der Kontext, in dem wir uns da bewegen. Also, wir hätten die Möglichkeit gehabt, über Doha den Taliban Signale zu senden.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - In diesem Mailwechsel kommt auch - und das wird durch Ihre Kollegin, die ich bereits erwähnt habe, zitiert - der Begriff „Taxation“ vor. Meint der Taxation, oder meint der Besteuerung? Können Sie diesen Begriff da erläutern? Sie haben ja vorhin bereits erwähnt, dass die Taliban versucht hätten, bei Projekten auch „Steuern“ - in Führungszeichen - zu erheben.

Zeuge Dr. Henning Plate: Genau. Das meint Besteuerung, also irgendwie 10 Prozent, eine Besteuerung der Projektsumme, Besteuerung der Projektmitarbeiter. 10 Prozent haben die oft gerne mal gefordert, ja. Dem haben wir uns aber, wie gesagt - - Das war für uns eine rote Linie. Da haben wir uns dann - - Das haben wir nicht mitgemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Noch später im Jahr 2020 fand in Genf die internationale Geberkonferenz statt. Das war der 23. bis 24. November. Sie haben auch in dieser Konferenz Vorbereitungsarbeiten geleistet und unter anderem mit dem Referat AP 05 und dem Sonderbotschafter Potzel im Auswärtigen Amt sich zu einem finnischen Non-Paper in intensivem Mailaustausch befunden; MAT A BMZ-3.137, Blatt 94 bis 102.

Dabei geht es im Kern darum, für welchen Zeitraum die Gebergemeinschaft Finanzierungszusagen für Afghanistan machen soll und wie hart die Bedingungen für die Unterstützung sein sollen. Aus dem Mailwechsel klingt hervor, dass es Botschafter Potzel wichtig war, einen Hebel gegenüber der afghanischen Regierung in der Hand zu haben. Zudem schreibt er auch Folgendes - ich zitiere -:

Klar ist auch, dass wir uns lieber nicht ausmalen wollen, wo AFG stünde, wenn wir nicht so viel Geld reingesteckt hätten. Vielleicht stünde es ja sogar besser da?

Sie dagegen schreiben in Ihrer Antwort, dass die Regierung sonst sehr stark unter Druck stehen würde - ich zitiere -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Regierung braucht gerade jetzt ein positives Signal der Gebergemeinschaft. Druck bis zur Oberkante Unterlippe haben die eh schon, ganz im Gegensatz zu den Taliban. Wenn letztere erstmal das Sagen haben, können wir übrigens unsere schönen Ideen von Konditionalitäten und Incentives einrahmen und an die Wand hängen, es wird die nur nicht groß beeindrucken, auch wenn wir uns alle sehr wünschen, dass es so wäre.

Können Sie die Hintergründe dieser Einschätzung und dieser Korrespondenz für uns noch einmal erläutern, bitte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, ich meine, die E-Mail spricht ja eigentlich für sich. Sie haben es ja schon gesagt: Das war Ende 2020. Wir haben wieder eine dieser Geberkonferenzen, also quasi die letzte große Geberkonferenz mit der Regierung von Ashraf Ghani, und Gegenstand dieser Konferenz, wie immer, war, welche Bedingungen wir für unsere finanzielle Unterstützung mit den Afghanen aushandeln.

Da gab es natürlich unterschiedliche Ansätze, wie streng diese Bedingungen sind und auch an welcher Stelle diese Bedingungen eingesetzt werden sollen, also ob man zum Beispiel jetzt Zahlungen für den Sicherheitssektor Konditionalitäten unterwirft oder Zahlungen für Lehrer/-innengehälter, Bildung - - Wir haben darüber diskutiert. Herr Potzel wollte tendenziell an der Stelle - - hat er sich eher für eine strengere Konditionalisierung der Regierung eingesetzt, und ich hatte, wenn ich die E-Mail, die Sie da vorgelesen haben, richtig verstehe, gesagt, dass sie ohnehin schon unter Druck stünde als Folge des Doha-Abkommens.

Also, das war ein normaler fachlicher Austausch zur Vorbereitung dieser Genfer Konferenz, die dann am Ende wieder in ein gemeinsames Schlussdokument gemündet hat, in dem Bedingungen formuliert wurden, die dann allerdings im Laufe des Jahres 2021 irgendwann hinfällig wurden, wie Sie wissen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es daher richtig, festzustellen, dass das Auswärtige Amt vorrangig die Auswirkungen von Finanzierungszusagen auf die Friedensverhandlungen im Blick hatte und Ihr Ansatz eher von den Erfolgen einer weiteren Entwicklungszusammenarbeit getrieben war?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist jetzt ein bisschen holzschnittartig; aber im Großen und Ganzen stimmt das natürlich schon. Für das Auswärtige Amt war der Friedensprozess in dem Moment sehr zentral, und das BMZ fand den natürlich auch zentral, aber hat sich gleichzeitig auch für die konkreten Lebensbedingungen der Menschen stärker eingesetzt. Aber es ist halt nicht so: die einen hier, die anderen da. Also, es gab da natürlich Abstimmungen und im Prinzip ein gemeinsames Liedblatt, von dem man gesungen hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist in der Adventszeit eine schöne Beschreibung. - Sie sehen hier keinen Dissens inhaltlicher Natur zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Ministerium, dem Sie zugeordnet waren?

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja, doch. Es ist ja ein Dissens. Wir haben darüber diskutiert, wie man diese Konditionalisierung technisch konkret umsetzt und anwendet da bei der Genfer Konferenz. Es ist ja klar, dass man darüber diskutiert, und wenn man diskutiert, hat man auch mal eine unterschiedliche Meinung. Aber dann bildet man eine gemeinsame Position und vertritt die, und so war es auch hier. Also, es ist kein Dissens grundsätzlicher Natur, sondern man hat halt überlegt: Wie machen wir es denn am wirksamsten, und was wollen wir erreichen?

Also, für mich ist das eher ein Beispiel dafür, dass man sich ressortübergreifend auch inhaltlich eng ausgetauscht hat, um zu gemeinsamen Einschätzungen zu kommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie in der Folge darstellen, zu welchem gemeinsamen Ergebnis Sie dann im Rahmen der Bundesregierung gekommen sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, also, es gab dann in Genf - wie gesagt, das war diese Konferenz da - wieder so ein Schlussdokument, was von allen Gebern gemeinsam unterzeichnet wurde, mit politischen Forderungen und Bedingungen. Die hießen immer „Mutual Accountability Framework“. Und dieses Dokument wurde gemeinsam von den Gebern indossiert und von der Bundesregierung mitgetragen. Also, ich kann das Ding jetzt nicht auswendig, aber da steht drin, was die Bundesregierung gemeinsam als Position dann mit den internationalen Gebern mitgetragen und verabschiedet hat. Und da ist sicherlich auch das Thema Konditionalisierung Teil davon gewesen. - Ja, ich glaube, viel mehr kann ich da nicht zu sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann würde mich da in diesem Zusammenhang nur noch Ihre persönliche Einschätzung interessieren. Waren Sie persönlich mit den Ergebnissen, wie sie dann in Genf erzielt wurden, aus Ihrem eigenen Blickwinkel zufrieden? Wurde das, was Sie sich vorgenommen haben, zu wesentlichen Teilen erreicht?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich glaube, ich war in dem Moment zufrieden mit dem Konferenzergebnis, muss allerdings auch, wenn Sie persönlich fragen - - Das war nicht meine erste Afghanistan-Konferenz, sondern wahrscheinlich so ungefähr die achte oder so. Da entwickelt man eine gewisse Routine, auch was die Wirksamkeit dieser Schlussdokumente angeht. Also, vermutlich war ich zufrieden und habe das zur Kenntnis genommen. Aber es ist wahrscheinlich auch keine Flasche Sekt aufgemacht worden an dem Abend, sondern es war halt okay.

Jörg Nürnberger (SPD): Darf ich Ihrer Antwort eine grundsätzliche Skepsis über die Erfolgsaussichten von solchen Konferenzen im Zusammenhang mit Afghanistan entnehmen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Weiß ich jetzt nicht. Man braucht diese Konferenzen. Die Konferenzen sind das Forum, wo sich die internationalen Partner miteinander abstimmen und wo wir mit den Afghanen drüber verhandeln. Da gibt es umfangreiche vorbereitende Prozesse. Über Monate hinweg verhandelt man irgendwas aus, und dann

gibt es diese Konferenz, und dann macht man einen Haken drunter.

Ich glaube, wenn es die nicht gäbe, müsste man die erfinden. Das sind genau so Mechanismen, die man da braucht. Trotzdem ist so eine - - Ich meine, das ist auch nicht anders als bei den Klimaverhandlungen oder so. Dann gibt es irgendein Schlussdokument, und das fasst zusammen, was man vorher verhandelt hat. Das ist irgendwo ein Kompromiss, meistens ein ganz guter. Aber Konferenzen alleine verändern natürlich ein Land wie Afghanistan nicht, sondern das war immer die größte Herausforderung, wie man das dann umsetzt und in die Praxis bringt. Insofern: Skepsis.

Die Konferenzen sind sinnvoll. Insofern bin ich nicht skeptisch, dass es sie gab und anderswo auch gibt. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass Konferenzen alleine nicht ausreichen. Insofern: eine gewisse Skepsis dann vielleicht schon auch, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben vorhin - auch die Kolleginnen und Kollegen - über den Zeitraum ein paar Monate vorher, also im Frühjahr 2020, gesprochen, unmittelbar nach Doha. Jetzt sind wir gerade eben bei meinen letzten Fragen im Spätsommer/Hochsommer/August des Jahres 2020. Können Sie noch einmal kurz darstellen, wie sich aus Ihrer persönlichen fachlichen Einschätzung heraus die Lage aus dem Gesichtspunkt der Entwicklungszusammenarbeit während dieses, sagen wir, grob halben Jahres verändert hat?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, es war eine stetige, langsame Lageverschlechterung in der Zeit, also erst mal eine Lageverschlechterung, was die Sicherheitslage angeht. Die Taliban haben Gebiete dazugewonnen in der Kontrolle, unsere Bewegungsfreiheiten wurden geringer, was uns natürlich entwicklungspolitisch in der Handlungsfähigkeit eingeschränkt hat. Das vor dem Hintergrund, dass dann auch so - -

Ja, dann wurde so langsam - - Ich sage jetzt nicht, es wurde gepackt; aber dann machten die Außen-



Nur zur dienstlichen Verwendung

posten der NATO so schrittweise zu, aus den einzelnen Provinzen. Einige reduzierten ihre Präsenz. Also, es war - - Ich möchte es jetzt nicht „Endzeitstimmung“ nennen; das ist überdramatisiert. Wir sind ja davon ausgegangen, dass es weitergeht, auch mit dem zivilen Engagement. Aber es wurde schrittweise schlechter und schwieriger. Und der Optimismus, dass es einen Frieden gibt, löste sich dann irgendwann in Luft auf, weil einfach auch deutlich wurde, dass die Taliban daran kein Interesse haben.

Ja, das war so ein bisschen die Stimmung in Kabul. Da war ich nämlich, glaube ich - - Sie sagten, August 2020, ne? Da war ich dann - - Obwohl, nee, da war ich noch gar nicht in Kabul, da war ich in Berlin. Aber was ich gesagt habe, gilt trotzdem, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Welche Konsequenzen hat man aus dieser veränderten Lageeinschätzung auch in Ihrer Funktion und in Ihrem Umfeld gezogen? Gab es bereits Überlegungen, dass man sich dann trotzdem möglichst bald auf eine Abzugssituation, auf eine Rückzugssituation vorbereiten müsste? Wie hat man auf diese veränderte Lage reagiert?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, wir haben das für die Entwicklungszusammenarbeit ja bereits ein Stück weit vorweggenommen in unseren Planungen. Also, wir hatten die Präsenz internationaler Fachkräfte bereits ausgedünnt. Die meisten Projekte waren im Modus der Fernsteuerung. Es waren Projekte, die eine gewisse Robustheit mit sich brachten. Wir haben am Ende nur noch Projekte beauftragt, von denen wir dachten, dass sie auch nach einem Regimewechsel weiter funktionieren würden.

Ich sage Ihnen - - Vielleicht veranschaulicht es das: Wir haben also eher - - Wir hatten ein Projekt, da ging es darum, Bäume zu pflanzen, irgendwo in den Bergen. Da haben wir gedacht, das ist ein Projekt, das ist so simpel, das finden auch die Taliban toll. Da haben wir halt so ein Projekt gemacht. Und das Projekt, was ich vorhin nannte, das mit Governance-Beratung im Bergbauministerium und so was, haben wir dann

irgendwie gelassen. Das Portfolio wurde so ein bisschen simpler und robuster.

Das waren die Sachen, die wir dann quasi auch schon vorweggenommen haben mit Blick auf die möglichen Szenarien. Wir wussten ja nicht, ob es einen Regimewechsel gibt oder nicht, weil wir dachten, mit solchen Projekten sind wir auf verschiedene Situationen vorbereitet.

Jörg Nürnberger (SPD): Und genau in diese Zeit fällt auch der Wechsel aus dem BMZ an die Botschaft in Kabul. Da waren Sie seit Herbst. Können Sie uns darstellen, ob es einen bestimmten Grund gab, warum Sie nach Kabul versetzt worden sind? Und wenn Sie vielleicht zum Abschluss, wenn meine Redezeit noch ausreicht, etwas zu Ihren Geschäftsaufgaben in Afghanistan sagen können. Sie haben ja dort - MAT AA-1.01, Blatt 159/160 - mit einer Frau K■■■■ W■■■■ sehr eng zusammengearbeitet. Können Sie uns zu diesen Aufgabenteilungen noch kurz antworten, bevor die Zeit dann um ist?

Zeuge Dr. Henning Plate: Sehr gerne. Also erst mal: Ich bin auf eigenen Wunsch nach Kabul gegangen, und das war - - Einfach, nach all den Jahren in der Zentrale wollte ich noch mal näher dran sein an Afghanistan, an der Botschaft. Das ist eine andere Stellenbeschreibung, ein anderer Job mit mehr Partnerkontakten. Man ist vor Ort und näher dran an dem, was man eigentlich tut, als am Schreibtisch in Berlin. Deshalb war mein eigener Wunsch, nach Kabul zu gehen.

Dort gibt es zwei vom BMZ besetzte WZ-Referentenstellen; nämlich die besagte Kollegin K■■■■ W■■■■ und ich haben diese Stellen bekleidet. Und durch die Präsenz und Urlaubsregelung in Kabul war immer einer von uns vor Ort. Also, wir haben uns immer am Flughafen durch die Scheibe gewunken und haben uns abgewechselt. Das heißt, wir haben im Prinzip beide die gleichen Aufgaben gemacht, vor allen Dingen Koordinierung mit der afghanischen Regierung und mit dem Kreisel der anderen präsenten Geber. Genau. Das war unsere Aufgabe und natürlich die Berichterstattung über die Lage und über entwicklungspolitische Dinge da in Kabul unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war Covid-Hochzeit. Wir hatten kaum die Möglichkeit, die Liegenschaft der Botschaft zu verlassen. Die Kontakte, die wir hatten, haben größtenteils über WebEx stattgefunden mit den anderen Botschaften, auch mit den afghanischen Partnern, sodass man auch - - Keine Ahnung. Also, es war nicht jeden Tag wirklich wichtig, dass man auch vor Ort war in Kabul. Das hätte man auch vom Mond machen können teilweise. - Das war dann unsere Aufgabe dort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wir wechseln uns jetzt auch ab, und das Rede-recht geht zur Union, und Herr Zippelius fragt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Plate, Bezug nehmend auf MAT AA BMZ-3.42, Blatt 4 bis 6: Sie verwenden in Ihren Texten gelegentlich den Begriff der Friedensdividende. Was verstehen Sie darunter? Was wird allgemein darunter verstanden? Können Sie da noch mal genauer darauf eingehen, was das auch für Afghanistan konkret bedeutet hatte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die Friedensdividende ist das zusätzliche Wohlstandsniveau, das zusätzliche Wirtschaftswachstum, was entsteht, wenn der Krieg endet, weil ja viele Ressourcen in den Konflikt gesteckt werden, für Waffen. Es gibt rechtsfreie Räume, die Wirtschaft wird blockiert. Und man hat gehofft, dass, wenn es Frieden gibt, es einen Schub für die wirtschaftliche Entwicklung gibt. Das wurde und wird darunter verstanden, und es ist in Afghanistan ja nicht so richtig zum Tragen gekommen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Waren dann auch ländliche Regionen, in denen die Taliban besonderen Einfluss hatten, gesondert im Fokus solcher Überlegungen, wenn Sie davon gesprochen haben?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, also, es war natürlich - - Eigentlich überall dort, wo Kämpfe, wo Konflikte aufhören, war die Hoffnung, dass dann ein wirtschaftlicher Aufschwung stattfindet. Aber, sagen wir mal, im Kreise der Geber wurde das natürlich nicht verwendet für die Friedensdividende, wenn die Taliban irgendwas befreit

haben - da ist ja dann auch eine gewisse Fried-hofsruhe zum Teil gewesen -, sondern die Hoff-nung, dass ein Friedensschluss zwischen der Regierung und den Taliban zu so einer Friedens-dividende führen würde.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Jetzt hat das BMZ damals die Entwicklungszusammenarbeit auch als Instrument zur Unterstützung der afghani-schen Regierung in Verhandlungen und Gesprä-chen mit den Taliban gesehen. Könnten Sie das noch mal genauer erläutern, welche konkreten Vorstellungen Sie dabei hatten, dass die Entwick-lungszusammenarbeit die Verhandlungen unter-stützt, also die afghanische Regierung in den Ge-sprächen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja, die afghanische Regierung war nur deshalb handlungsfähig, weil sie die Gebergemeinschaft hinter sich hatte. Also, ein großer Teil des Budgets der afghanischen Regierung wurde durch Transferleistungen er-bracht, also bei den Lehrergehältern, bei den Krankenschwestergehältern, bei den öffentlichen Investitionen der öffentlichen Verwaltung. Das konnten die sich nur leisten, weil sie Geldtrans-fers von der internationalen Gemeinschaft be-kamen. Insofern war die Ausrichtung der Ent-wicklungszusammenarbeit natürlich ein direktes Mittel, diese Regierung, solange sie reformorien-tiert in unserem Sinne war, zu unterstützen und zu fördern und damit auch ihre Position in den Friedensverhandlungen gegenüber den Taliban zu stärken.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Hat die afghani-sche Regierung dann auch Forderungen geäußert?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, selbstverständlich haben die auch Forderungen geäußert. Also, viele Forderungen - - Man hat ja zum Teil über ein-zelne Themenfelder auch tage-, wochenlang ver-handelt mit denen, was sie irgendwie - keine Ahnung - im Finanzministerium - - wie sie ihr - - sollten sie zum Beispiel auch mal eine Mehrwert-steuer einführen und so was, ob sie das jetzt kön-nen und so. Da hat man ewig drüber verhandelt - als ein Beispiel für ein technisches Thema. Und da, an solchen Stellen, haben die natürlich häufig Forderungen angegeben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auf der globalen Ebene, sagen wir mal, waren die jetzt auch nicht unbedingt am längeren Hebel in so Verhandlungen. Ja, die wollten immer grundsätzlich mehr Mittel in ihren Etat haben und Budget. Und die Geber haben immer gesagt: Wenn ihr irgendwann mal effizienter werdet, dann kriegt ihr das auch. - Also, solche Diskussionen gab es dann immer. Das war manchmal auch so eine Art Hornberger Schießen; denn im Endeffekt waren die natürlich nicht in der besten Verhandlungsposition uns gegenüber.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Vielleicht von mir noch die eine Sache: Wenn Sie in der Entwicklungsarbeit von robusten Programmen sprechen, könnten Sie vielleicht noch mal erläutern, was Sie unter robusten Programmen verstehen und welche Funktionen Sie auch gerade für eine Lage in Afghanistan hatten.

Zeuge Dr. Henning Plate: Gerne. Also, ein robustes Programm - das war das, was ich vorhin mit den Bäumen sagte - in unserem Verständnis war ein Programm, was wir ohne internationale Fachkräfte durchführen können, wo es also vor Ort qualifizierte Leute gibt, die das machen können, was politisch relativ unumstritten ist, was also sozusagen sowohl von einer Talibanopposition als auch von der Regierung grundsätzlich nicht abgelehnt wird - das heißt, eine Gesundheitsstation finden beide Seiten gut - und was darüber hinaus auch technisch nicht allzu komplex ist, dass es auch unter schwierigeren Sicherheitsbedingungen Ergebnisse liefern kann. Das kann jetzt ein ländlicher Weg - -

Also, ein komplexes Kraftwerk mit einer Siemens-Turbine ist kein robustes Projekt, weil das geht nur, wenn Sie da einen Ingenieur hinschicken aus Deutschland. Aber ein ländlicher Weg, den die mit einer Schaufel und einem Haufen Kies selber bauen können, ist ein robustes Projekt in dem Sinne. Also, es hat nichts mit Militärpräsenz oder Wehrhaftigkeit zu tun, sondern es geht nur um die Ausrichtung dieser Projekte.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen. - Ich gebe weiter an meinen Kollegen Thomas Röwekamp.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Dr. Plate, vielen herzlichen Dank. - Wir haben schon ein bisschen über die Frage der Quellen Ihrer Einschätzung in Afghanistan geredet, und Sie haben auf Ihre Vernetzung hingewiesen. Wir entnehmen den Akten - das ist MAT AA-8.533, Blatt 10 bis 11 -, dass auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine eigene Quelle für die Lageeinschätzung existierte, nämlich das Country Risk Management der GIZ.

Die Protokolle dieser Besprechungen oder dieser Erörterungen liegen uns vor. Die Teilnehmer sind geschwärzt, aber Sie tauchen im Verteiler auf. Deswegen meine Frage: Waren Sie Teilnehmer dieser Runden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Und können Sie uns ein bisschen was erzählen - also natürlich nicht namentlich; das wird einen Grund haben, dass die Teilnehmer geschwärzt sind -, welche Institutionen daran beteiligt gewesen sind, also welche Erkenntnisse eingeflossen sind und ob die Protokolle dann so was wie eine gemeinsame Lageeinschätzung widerspiegeln?

Zeuge Dr. Henning Plate: Gerne. - Also, dieses Risk Management Office oder RMO, wie wir das genannt haben, ist vom BMZ beauftragt worden als Sicherheitsschirm für unsere staatlichen Durchführungsorganisationen, also für unsere Partner, auch für die NGOs. Das heißt, die stellen Informationen bereit, die unsere Projekte brauchen, um sich im Raum bewegen zu können. Die bahnen zum Beispiel Kontakte an in irgendeiner Provinz. Wenn man dahin will und mit den Dorfältesten sprechen will, dann fährt vorher einer von RMO mit dem Mofa hin und sagt: „Die kommen da, seid mal nett zu denen“, ganz praktisch gesagt. Und sie erstellen umfangreiche Analysen von sicherheitskritischen Vorfällen und von der Lage insgesamt, die immer sehr lesenswert waren, die auch dem BMZ und der Botschaft natürlich zur Kenntnis gelangten und den anderen Ressorts auch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dieses Country Risk Management Team, worauf Sie abzielen, war dann quasi das Treffen der in Afghanistan für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit tätigen Durchführungsorganisationen - GIZ, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, ausgewählte NGOs, Botschaft -, um sich über diese Lageberichte auszutauschen, die zu vergemeinschaften und gemeinsam Entscheidungen zu treffen ganz praktischer Natur, beispielsweise ob man zum Standort Taloqan irgendwo im Norden im Moment Dienstreisen durchführen sollte oder nicht, ob man Dienstfahrten durch Kabul momentan durchführen kann oder nicht, ob gleichzeitig zehn internationale Fachkräfte im Land sein dürfen oder nur fünf. Solche Themen wurden da diskutiert, und das war quasi ein regelmäßiges Format, was sehr sinnvoll war und geschätzt wurde. Und für die Botschaft hatte ich da vor Ort teilgenommen, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Protokolle, die uns vorliegen, also beispielsweise MAT A AA-8.533, Blatt 10, enthalten aber nicht nur solche, sagen wir mal, zweckmäßigen Hinweise zum Verhalten im Land, sondern eben auch umfangreiche Ausführungen zur Sicherheitslage und zur politischen Situation im Land. Können Sie noch mal kurz erklären, woher diese Einschätzungen stammen - also, nicht namentlich - und was damit eigentlich passiert ist? Also, wurde dieses Protokoll nur verteilt, oder diente es auch zur Beratung anderer Institutionen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, erst mal kann man die Sicherheitslage in Afghanistan natürlich nicht unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen bewerten. Also, das heißt auch, das RMO, das Risk Management Office der GIZ, hat regelmäßig die politische Lage beobachtet, nicht im gleichen Detaillierungsgrad, wie es die Botschaft getan hat oder die Dienste, sondern eher mit Blick auf die konkreten praktischen Auswirkungen für die Arbeit der Durchführungsorganisationen. Das heißt, es gab auch immer bei diesen Meetings - ich weiß nicht, ob immer, aber normalerweise - eine Präsentation der Kollegen des RMO zur aktuellen politischen Lage und die Konsequenzen für uns als Entwicklungszusammenarbeit. Diese Protokolle und auch diese Lageanalysen des RMO wurden sowohl im

Ressortkreis in Berlin als auch vor Ort in Kabul selbstverständlich mit der Botschaft, auch mit den Diensten, mit dem Auswärtigen Amt und so geteilt, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen herzlichen Dank. - Ich frage das deswegen am Einstieg, weil ich wollte jetzt mit Ihnen zu sprechen kommen sozusagen auf die Betroffenheit der Entwicklungszusammenarbeit, der Institution der Entwicklungszusammenarbeit von den Veränderungen nach Doha.

Da liegt uns vor ein Sprechzettel Ihres Referats für die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Flachsbarth für die Beratungen des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 11. März 2020. Das ist MAT A BMZ-3.45, Blatt 5 bis 9 und 31 bis 39, in der betont wird, dass - Zitat - die Sicherheit der Mitarbeiter in der Entwicklungshilfe „oberste Priorität“ hat und dass deshalb aufgrund der Sicherheitslage vieles langsamer gehe.

Können Sie uns zum Hintergrund dieser Einschätzung vielleicht ein bisschen mehr sagen? Und haben Sie zu diesem Zeitpunkt kurz nach Doha, muss man ja sagen, eine zunehmende Gefährdung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Entwicklungshilfe in Afghanistan gesehen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Tja, also, wie gesagt, die Sicherheitslage der Mitarbeitenden hat sich immer in Wellenbewegungen, aber so kontinuierlich abwärts entwickelt über die Jahre hinweg und sicherlich auch in den Monaten nach Doha - keine großen dramatischen Sprünge, sondern es wurde einfach immer ein bisschen ungemütlicher.

Sicherheit hat oberste Priorität; das ist natürlich klar. Wir haben immer dafür gesorgt, dass das Risk Management Office gut ausgestattet war finanziell und Sicherheitsinfrastruktur bereitstellen konnte, Informationen bereitstellen konnte, mit dem Ansatz, dass wir nie so - - eigentlich im Idealfall halt nicht nach dem Anschlag, sondern eine Woche vor dem Anschlag das Land verlassen haben, weil wir schon wussten, dass einer kommt, also sozusagen so ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorausseilendes Sicherheitsmanagement, um sich aus den kritischen Situationen herauszuhalten. Deshalb brauchten wir auch viele Informationen aus der Bevölkerung.

Das hat natürlich dazu geführt, dass es bei der Projektumsetzung auch immer mal wieder Verzögerungen gab. Wenn Sie irgendwas machen wollen, eine - keine Ahnung - Fortbildung oder eine Baumaßnahme oder einen Workshop, und dann heißt es plötzlich: „Alle Mann raus! Ab nach Doha!“, dann verzögert sich das um Wochen und Monate.

Also, wenn man nicht mit Internationalen vor Ort sein kann, dauern Projekte länger und werden auch - - Ja, es wäre halt besser und schneller, wenn man da ist; das ist völlig klar. Und das meinte, glaube ich, Frau Flachsbarth, oder das stand in dem Sprechzettel drin, dass das Sicherheitsregime, was wir haben, natürlich auch zu höheren Kosten führt, weil man nicht die gleichen Projektwirkungen erzielen kann, als wenn wir da - - Keine Ahnung, 2014 waren wir, glaube ich, mit 400 internationalen Mitarbeitern der GIZ noch in Afghanistan tätig. Am Ende waren es irgendwie so zeitgleich zwischen fünf und zwölf, die da sein konnten, und das merken Sie natürlich im Portfolio und in der Qualität der Dinge, die man da machen kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses vorausschauende Sicherheitsmanagement, wie Sie es beschrieben haben in Ihrer - - möchte ich noch mal zum Anlass nehmen, nachzufragen. Sind Ihnen in Ihrer Zeit als Referatsleiter bzw. dann auch vor Ort in Kabul da Fälle bekannt, wo es konkrete Gefährdungssituationen für Mitarbeiter der Entwicklungshilfe gegeben hat, also so eine Art Gefährdungsanzeige oder Gefährdungsmanagement vor Ort?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, also erst mal natürlich das ganze Ortskräfteverfahren. Das lief ja bei mir über den Schreibtisch in der Zeit, wo ich Referatsleiter war. Aber es gab auch immer wieder gerade an den dezentralen Standorten im Norden des Landes beispielsweise Hinweise, dass sich Demonstrationen zusammenbrauen, dass nach dem Freitagsgebet die Leute von der Moschee

durch die Straßen ziehen, dass man besser nicht rausfährt.

Es waren weniger direkte Gefährdungen unserer Mitarbeiter, weil sie unsere Mitarbeiter sind, sondern eher so Kollateralschäden, genau wie die Bombenanschläge, die es gab. Auch da gab es vorher schon immer versteckte Hinweise, dass etwas passieren könnte. Und wenn wir solche Hinweise bekommen haben, wenn die Kollegen der GIZ solche Hinweise bekommen haben, haben sie in der Regel dann auch Konsequenzen ergriffen und beispielsweise ihre Präsenz vor Ort ausgedünnt. Also ja, solche Situationen gab es.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt haben Sie selbst das Stichwort „Ortskräfteverfahren“ noch mal benannt. Wir wissen aus den bisherigen Vernehmungen und den Unterlagen, die wir haben, dass im Auswärtigen Amt die Einschätzung vorherrschte, dass das Abkommen von Doha und die sich daraus ergebenden Konsequenzen auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Ausreisen nach dem Ortskräfteverfahren geben würden. Teilen Sie diese Einschätzung? Und ganz konkret: Hat sich in der Zeit, wo Sie zuständig waren, die Anzahl der Ortskräfteverfahren erhöht?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, sie hat sich natürlich kontinuierlich erhöht; aber es gab keinen Trend, dass es statistisch mehr wurden in der Zeit, wo ich zuständig war. Denn wir haben auch ganz klar unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der GIZ und anderswo gesagt, dass unsere Arbeit weitergeht vor Ort, dass wir die Fachkräfte brauchen. Das heißt, sie wollten erst mal auch vor Ort bleiben und weiterarbeiten. Und es gab zu dem Zeitpunkt auch, von Einzelfällen abgesehen - wir haben ja immer Einzelfallprüfungen gemacht bei den Ortskräften -, keinen signifikanten Anstieg an Gefährdungsanzeigen der Mitarbeiter, die auf das Doha-Abkommen zurückzuführen sein könnten, es sei denn, ich irre mich jetzt statistisch komplett; aber es war an der Stelle kein Game Changer.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie vielleicht aus der Erinnerung noch mal kurz eine Größenordnung sagen in diesem Zeitraum, sage



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich mal, von 2020, soweit Sie es beurteilen können, wie viele Ortskräfte insgesamt sozusagen bei Ihnen als Koordinator - so heißt es, glaube ich - verortet waren?

Zeuge Dr. Henning Plate: „Ressortbeauftragter“ hieß ich da.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Als Ressortbeauftragter.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich müsste jetzt auch nachschauen. Ich kann mich nicht genau erinnern, wie viele das waren. Um Ihnen eine Größenordnung zu geben: Also, ich sage jetzt mal, fünf im Monat möglicherweise, so als Größenordnung in dem Zeitraum, wo ich zuständig war. Der massive Anstieg passierte dann ja, als ich nicht mehr im BMZ war, in den letzten Monaten. Das habe ich dann nur noch aus Kabul mitgeschnitten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das war jetzt die Anzahl der Gefährdungsanzeigen? Habe ich richtig verstanden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, aber das ist - nehmen Sie das bitte nicht wörtlich - nur, dass Sie eine Größenordnung haben. Ich müsste tatsächlich auch nachschauen in den - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ging eher dahin: Wie viele Ortskräfte waren denn überhaupt - jetzt nicht Gefährdungsanzeigen - sozusagen - -

Zeuge Dr. Henning Plate: Wie viele es gab?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ach so, wie viele Ortskräfte es gab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Henning Plate: Das war eine Größenordnung von ungefähr 1 500 Leuten an Ortskräften, die es gab für die GIZ und für andere Projekte, die für uns gearbeitet haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auch in diesem Zeitraum, über den wir reden, also Jahr 2020?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das waren die, die zeitgleich beschäftigt waren für unsere Durchführungsorganisation. Auch da bitte ich um Verständnis. Ich kann die Zahlen nicht auswendig; da müsste ich nachschauen. Aber da haben Sie ungefähr eine Größenordnung, wie viele das waren. Die GIZ weiß es ganz genau. Die KfW weiß es auch ganz genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann eine letzte Frage - da sind wir uns einig - hätte ich noch in dem Zusammenhang, Herr Dr. Plate. Der Sachverständige Hans-Hermann Dube, früher Regionaldirektor bei der GIZ und Ihnen, vermute ich mal, bekannt, hat in der Anhörung vor dem Untersuchungsausschuss am 22. September dargelegt, dass er für Ortskräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit auch in den Jahren 2020 und auch 2021 keine außerordentliche Gefährdung gesehen hat. Umgekehrt seien nach seiner Einschätzung Ortskräfte in der Entwicklungszusammenarbeit sogar geschätzt, weil Afghanistan auch unter Talibanherrschaft auf die Entwicklungsprojekte angewiesen gewesen sei. Würden Sie diese Einschätzung teilen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Im Grundsatz ja. Also, dass es da keine besondere herausgehobene Gefährdung nach dem Doha-Abkommen gab, die sich von der grundsätzlichen Gefährdung der Jahre zuvor unterscheidet: ja.

Wir haben allerdings auch wahrgenommen - während das, was Herr Dube da dargelegt hat, gerade in den Anfangsjahren ganz stark der Fall war; die waren alle wahnsinnig stolz, für die Deutschen zu arbeiten -, in den letzten Jahren leider mehr und mehr wahrgenommen, dass die Leute ihre Beschäftigung für deutsche Organisationen nicht mehr bekannt gegeben haben. Also, die sind eher auf verschlungenen Wegen ins Büro gekommen und haben in der Nachbarschaft nicht mehr erzählt, dass sie für die Deutschen arbeiten, weil sie möglicherweise befürchteten, dadurch Nachteile zu haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann nicht genau - - Das ist jetzt auch sicherlich ein Einzelfall; die einen so, die anderen so. Das muss nicht zwingend politisch sein, sondern sicherlich auch wirtschaftlich. Denn es waren ja durchaus attraktive Stellen, die wir hatten, und auch nicht jeder wollte gerne, dass alle Nachbarn wissen, dass er einen internationalen Job hat und dabei relativ gut bezahlt ist. Also, dieses „Die Deutschen, wir gehen mit der Fahne auf dem Privatauto spazieren fahren in Kabul“ hatten wir am Ende nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Rederecht wechselt zu den Kollegen von den Grünen. Frau Bayram hat das Wort.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Dr. Plate, ich wollte mal so einen gewissen Widerspruch, der sich sowohl aus den Akten als auch aus dem Vortrag hier ergibt, versuchen aufzuklären. Welche Möglichkeiten der weiteren Entwicklungszusammenarbeit haben Sie eigentlich gesehen? Also, haben Sie gedacht: „Die Kriterien ändern sich“ oder: „Es kann so wie bisher weitergemacht werden“? Zum einen der Zeitpunkt kurz nach dem Doha-Abkommen, aber zum anderen eben auch der Zeitpunkt, als schon in der Staatssekretärsarbeitsrunde die Machtübernahme durch die Taliban als eher wahrscheinlich eingestuft wurde.

Zeuge Dr. Henning Plate: Tja, also, wie gesagt, wir haben zum einen die Aufgabe gehabt, auf der Arbeitsebene, auf der ich war, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Projekte weitergehen können, auch nach einer möglichen Machtübernahme. Und da hatte ich die Stichworte ja vorhin schon genannt: Fernsteuerung, erhöhte Resilienz, Robustheit, zivilgesellschaftliche Partner, Vereinte Nationen. Das haben wir geschaffen. Technisch könnten viele Projekte - nicht alle, aber viele Projekte - auch unter der Talibanregierung weiterlaufen. Ob das politisch opportun ist, ist natürlich ein ganz anderes Thema. Und das ist natürlich dann auch eine politische Entscheidung jederzeit gewesen. Das war uns auch klar, dass das nichts ist, was wir als Arbeitsebene - - Aber wir haben den Raum der Möglichkeiten aufgeblättert, um der Bundesregierung die Entscheidungsgewalt zu geben, ob und

wie man sich in Afghanistan nach dem Regimewechsel weiter engagiert.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Dann habe ich noch so ein paar Fragen zu dem Ortskräftethema. Sie waren ja selbst in der Zeit Ressortbeauftragter für das Ortskräfteverfahren. Haben Sie in dieser Funktion über Gefährdungsanzeigen entschieden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das habe ich. Das war meine Aufgabe.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vielleicht in welchem Umfang?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, also, die Gefährdungsanzeigen - - Das BMZ war im Ressortkreis zuständig für die Ortskräfte der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit; das war die Regelung, also - quasi auf Deutsch - für die Mitarbeiter der GIZ und der KfW, die in den - das war damals die Regelung - zwei Jahren vor dem jeweiligen Datum dort einen festen Arbeitsvertrag hatten. Die konnten ihre - - Wenn sie sich gefährdet gefühlt haben, haben sie diese Gefährdung gegenüber dem Arbeitgeber angezeigt, haben das gemeldet. Wir haben sie dann interviewt. Und aufgrund der Informationen, die wir aus der Gefährdungsanzeige bekommen haben, die wir über die Interviews bekommen haben, auch Einschätzungen, die wir von anderen Quellen bekommen haben, war es dann meine Aufgabe, da die Entscheidung zu treffen und die Ortskräfte in die verschiedenen Gefährdungskategorien einzuordnen, also entweder quasi einen Umzug innerhalb Afghanistans anzuregen, oder sie waren halt nicht gefährdet, oder sie haben eine Aufnahmezusage für Deutschland bekommen mit ihren Kernfamilien. Das war meine Aufgabe. Und das Kriterium war da - das wissen Sie ja natürlich sicherlich auch -, dass sie gefährdet waren wegen ihrer Arbeit für die deutschen Durchführungsorganisationen. Also, da war eine Kausalität. Das war das Kriterium, nach dem wir geprüft haben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte darauf zurückkommen, was Sie vorhin gesagt haben, dass die Ortskräfte ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr offen gesagt haben,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass sie für die Deutschen gearbeitet haben. Wie haben Sie das denn bewertet, warum das so gewesen war? Ist das nicht ein Ausdruck steigender Gefährdung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist zumindest ein Ausdruck steigender Gefährdungswahrnehmung auf der subjektiven Ebene. Und das haben wir natürlich bei unseren Überlegungen, bei unseren Prüfungen einfließen lassen und haben das mitberücksichtigt. Wie gesagt, das ist eine Mischung. Aber es ist nicht in allen Fällen so, dass es eine politische Gefährdung ist, sondern es hat zu den Zeiten auch ein starker wirtschaftlicher Abschwung in Afghanistan stattgefunden. Kriminalität wurde erhöht, es gab sehr viele Entführungen unter Afghanen - von denen haben wir gar nicht viel mitbekommen -, also auch aus wirtschaftlichen Gründen Lösegeldentführungen. Und schon deshalb war es auch für einige Ortskräfte sicherlich nicht attraktiv, mitzuteilen, dass man für die Deutschen arbeitet.

Aber auch das kann man nicht verallgemeinern. Deshalb haben wir bei den Ortskräften natürlich nach bestem Wissen und Gewissen Einzelfallprüfungen gemacht und genau geguckt, wie sich der individuelle Fall verhält. Da finden Sie eine große Bandbreite an zum Teil auch sehr erschütternden Schicksalen, aber natürlich auch Leute, die, sagen wir, mal versucht haben, einen deutschen Pass zu bekommen. Also, es gab alles.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, damit haben Sie auch meine nächste Frage in Teilen schon beantwortet: Welches waren die Gefährdungskriterien oder -kategorien? Gibt es da vielleicht auch was, wo man es nachverfolgen kann? Sie haben ja jetzt schon ein paar Beispiele genannt, von denen ich vermute, dass sie eher nicht unter die Kategorie fielen. Aber vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen. Danke schön.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das kann ich. Ich bin nicht sicher, ob ich hier jetzt alle Details unseres Prüfrasters offenlegen sollte; dafür bitte ich um Verständnis. Aber es waren natürlich Kriterien, die zu tun haben mit der Sichtbarkeit der jeweiligen Person in ihrer Rolle, in der sie für

uns gearbeitet hat, also der Exponiertheit, dem politischen Grad, den so eine Rolle - - Ich sage jetzt mal, jemand, der einen Richter berät, ist anders gefährdet als jemand, der ein Auto fährt. Natürlich gab es auch standortspezifische Fragen, Hinweise, ob Bedrohungen vorlagen.

Also, ich glaube, es ist mir lieber, wenn ich es dabei belasse, weil vieles von dem natürlich auch vertraulich ist. Aber das gibt Ihnen einen Eindruck von den Kriterien, die wir zugrunde gelegt haben bei der Prüfung der Gefährdungsanzeigen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mir scheint, Herr Zeuge, wenn ich das sagen darf, dass die Frage nach den Kriterien schon beantwortet werden kann, weil die sich ja nicht auf einzelne Prüffälle bezieht. Aber nach welchen Kriterien da verfahren wird, das können Sie, glaube ich, schon beantworten, das sollten Sie beantworten. - Bitte.

Zeuge Dr. Henning Plate: Okay. Aber ich glaube, ich habe es auch beantwortet. Wenn Sie eine Nachfrage haben, sehr gerne. Aber ein paar von den Kriterien habe ich ja durchaus genannt. Und, wie gesagt, das ist auch eine Einzelfallprüfung. Man muss das immer individuell betrachten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es meldet sich eine Vertreterin der Bundesregierung. Wir unterbrechen mal kurz für die Vertreterin der Bundesregierung. - Bitte schön.

Henrike Herz (BMZ): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass ja noch nach wie vor nach denselben Kriterien Anträge zurzeit bearbeitet werden. Von daher würde ich wirklich darum bitten, dass wir die Kriterien nicht in der öffentlichen Sitzung besprechen. Sonst gefährden wir die Leute, die da aktuell noch ihre Anträge stellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das liegt uns komplett fern. Deswegen bleiben wir bei den abstrakten Fällen. Das war ja auch eine abstrakte Frage. Ich wollte nur sagen, man kann nicht grundsätzlich nichts zu den Kriterien sagen. Aber das kann, glaube ich, respektiert werden, was Sie gesagt haben. - Fahren Sie fort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, wir klären das an anderer Stelle vertiefend.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Plate, Sie erwähnten vorhin, dass in den Staatssekretärsrunden teilweise unterschiedliche Ansichten zum Ortskräfteverfahren vertreten wurden. Können Sie das ein bisschen erläutern bitte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Zum Teil unterschiedliche Ansichten vertreten - - Es wurde halt praktisch darüber diskutiert, wie sich das Ortskräfteverfahren weiterentwickeln sollte und wer aufnahmeberechtigt ist und wer nicht. Also, da haben wir zum Beispiel die Frage der - - Eine ganz praktische Frage, an die ich mich erinnere, war der Umgang mit den erwachsenen Töchtern, den über 18-jährigen Töchtern bei den Familien von Gefährdeten: Dürfen die nun mit ausreisen oder nicht? Da haben wir lange drüber diskutiert im Ressortkreis. Das ist ein Beispiel.

Es gab auch Entscheidungen - da müssten Sie allerdings tatsächlich meinen Nachfolger fragen -, was die Ausweitung der Berechtigtengruppe angeht. Wir sind ja dann nachher im August zum Listenverfahren übergegangen, haben zwischendurch auch NGOs und Consultingfirmen mit an Bord geholt. Aber das war nach meiner Amtszeit. Solche Dinge wurden natürlich nicht auf Arbeitsebene allein entschieden, sondern unter Einbeziehung der Staatssekretäre. Ob das in der schon oft zitierten Staatssekretärsrunde der Fall war oder ob es dafür im Einzelfall auch einzelne eigene Formate gab, da müsste ich auch sicherlich in die Akten schauen. Aber da sind sicher - - Natürlich sind die Leitungsebenen der jeweiligen Häuser damit befasst worden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden denn in dem Zeitraum, in dem Sie Ressortbeauftragter waren, von Ihnen oder Ihrem Referat Gefährdungsanzeigen positiv beschieden, sodass eine Aufnahmezusage vom BMI erfolgen konnte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, absolut. Ja, wir hatten immer wieder auch positive Gefährdungsanzeigen, die dann zu einer Aufnahmezusage führten. Ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie da den Rahmen vielleicht - - also nicht die genaue Zahl, aber so einstellig, fünfstellig?

Zeuge Dr. Henning Plate: Zweistellig. Aber auch da müsste ich nachschauen in den Akten, wie da die Statistik genau ist. Aber es war eine mittlere bis hohe zweistellige Zahl über die Jahre hinweg. Was im Untersuchungszeitraum genau an Einzelfällen da auf meinem Schreibtisch war, das weiß ich nicht mehr genau, ehrlich gesagt. Aber das wird dann eine Teilmenge dessen sicherlich gewesen sein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde mich noch mal interessieren, inwieweit der Austausch sozusagen von Ihnen vor Ort mit Ihrem Nachfolger - - wie das ablief. Weil das ist ja das Spannende, dass Sie das aus beiden Perspektiven beurteilen können. Können Sie uns da vielleicht noch ein bisschen informieren, also ob Sie da Infos weitergegeben haben oder es da vielleicht regelmäßige Runden gab?

Zeuge Dr. Henning Plate: Genau. Gab es. Also, Sie meinen Nachfolger im BMZ als Referatsleiter? - Das ist erst mal ein Kollege gewesen, der selber Afghanistan-Erfahrung hatte. Also, es war hilfreich, dass er den Kontext bereits kannte, und wir haben uns, glaube ich, überlappt bei der Übergabe. Aber dann haben wir natürlich regelmäßig miteinander telefoniert, WebExe gehabt, auch E-Mails hin- und hergeschrieben. Also, der Austausch war sehr eng, aber gar nicht so sehr über das, was er jetzt da von mir übernommen hatte in Berlin, als vielmehr über die Situation vor Ort. Also, das war, ja, sehr eng und intensiv. Ist auch ein sehr guter Kollege - „gut“: falsches Wort -, also ein Kollege, mit dem ich mich sehr gut verstehe. So. Also, es war der Sache dienlich in dem Fall.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bevor ich es weitergebe, erlauben Sie mir eine Zwischenbemerkung. Uns ist das mit den schutzwürdigen Belangen ganz besonders wichtig. Deswegen bedanke ich mich, dass darauf noch einmal hingewiesen worden ist. Unseres Wissens ist der Kriterienkatalog des BMI nicht mehr eingestuft, und darauf hat sich, glaube ich, Herr Dr. Plate auch bezogen. Sollte es sozusagen darüber hinaus konkretere Ausführungsbestimmungen oder Ähnliches geben, zu denen der Zeuge aussagen könnte, müssten wir das in nichtöffentlicher Sitzung tun. Das müssten wir dann entscheiden, das zu machen. Wenn es also weitergehende Punkte gibt als die, die Sie vorgetragen haben, dann könnte das nicht in öffentlicher Sitzung erfolgen; denn wir wollen niemanden gefährden. Das war uns besonders wichtig, und deswegen will ich das hier ausdrücklich festhalten. Vielleicht können wir das ja nachher klären in einer Pause, ob es im Zweifelsfall dann noch weitere Informationen gibt. Und wenn ja, dann müssten wir eine kurze Entscheidung nachher fällen zu einer nichtöffentlichen Sitzung.

Dann geht das Fragerecht zur AfD.

Gerold Otten (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Plate, ich möchte gerne mal den Zeitraum so Mai/Juni beleuchten und dazu Ihre Lageeinschätzung, die Sie dort hatten. Sie haben in einer Mail vom 30. Mai 2021 das Risiko, dass eine akute Lageverschlechterung eintritt, als „derzeit gering“ eingestuft - das ist MAT A AA-2.27, Blatt 32 - und haben in einer Mail vom 21. Juni, also drei Wochen später, den Gedanken geäußert - ich zitiere -:

... denke nicht, dass ein Angriff auf Kabul bevorsteht, die Stadt wird sich vorr ggf auch noch Monate halten können ...

Das ist Referenz MAT A AA-2.27, Blatt 36.

Ich war selbst 2019 in Kabul. Bei den Gesprächen mit dem General Miller, dem amerikanischen Oberkommandierenden, wurde uns die Lage schon damals etwas anders dargestellt, dass also regelmäßig afghanische Posten überrollt werden

von den Taliban und dass die Kampfkraft der afghanischen Armee als sehr gering eingeschätzt würde. Wie sind Sie selbst zu dieser eher gegenteiligen Einschätzung gekommen, vor allen Dingen, dass kein Angriff auf Kabul bevorsteht bzw. die Stadt sich halten könnte? Haben Sie da einen militärischen Hintergrund, oder ist das aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung dort basiert?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, auch diese Lageeinschätzung beruhte auf unterschiedlichen Quellen; ich habe ja vorhin die Quellen genannt. Ja, ich sage mal, das war keine besonders ungewöhnliche Bewertung der Lage im Juni/Juli, also vor allem im Juni in Kabul. Wir gingen - - Also, Sie werden sicherlich immer jemanden finden, der gesagt hat: „Ja, ein Angriff steht bevor“; aber die überwiegende Anzahl der internationalen Partner ist davon ausgegangen, dass sich Kabul noch monatelang halten würde, dass die afghanische Armee ihre Verteidigung auf Kabul konzentrieren würde, unabhängig davon, dass natürlich - da haben Sie völlig recht - in der Provinz bereits seit Jahren Posten überrollt wurden und die Provinzen auch fielen.

Auch ich hatte diese Lageeinschätzung. Als ich in den Flieger gestiegen bin und Afghanistan verlassen habe, bin ich davon ausgegangen, dass das noch ein paar Monate stabil bleibt, obwohl ich ja irgendwie schon ein bisschen länger da war. Da haben wir uns wohl geirrt. So. Aber es gab viele, die sich da geirrt haben, glaube ich. Das ist - - Ja.

Gerold Otten (AfD): Dann haben Sie aber zwei Tage, nachdem Sie die Einschätzung hatten, dass Kabul nicht gefährdet ist bzw. sich lange halten könnte, in einer Mail vom 23. Juni die Auffassung vertreten, dass es im Falle eines Talibanangriffs Abstimmungen mit den Taliban geben müsse, um Assets zu sichern, insbesondere Fahrzeuge vor einer Zerstörung zu retten. Die Referenz ist hier MAT A BMZ-3.127, Blatt 31.

Ihre Kollegin Frau Dr. R. [REDACTED], die Krisenansprechpartnerin im BMZ, antwortete auf Ihren Vorschlag wie folgt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nutzung der Fahrzeuge durch TLB ist unbedingt zu vermeiden; Wertverlust ist vorzuziehen.

Referenz: MAT A BMZ-3.127, Blatt 30.

Wie passt das zu Ihrer Einschätzung, die Sie zwei Tage vorher noch geäußert haben, dass Sie sich jetzt auf einmal Gedanken darüber machen, wie Assets gesichert werden können bzw. dass sie nicht in die Hände der Taliban fallen sollten?

Zeuge Dr. Henning Plate: Wir mussten uns ja oder wollten uns - und das ist wahrscheinlich ein Zeichen professionellen Handelns - natürlich auf alle Eventualitäten vorbereiten an der Stelle. Also, man muss - - Auch wenn wir es nicht wahrscheinlich fanden, dass ein Angriff auf Kabul unmittelbar bevorsteht, war es natürlich wichtig, dass wir für den Fall, dass es dazu kommt, einen Plan in der Schublade haben. Und da ist sicherlich die Sicherung der sondergeschützten Fahrzeuge - ich meine, das sind Rüstungsgüter; das wissen Sie selber -, dass die nicht in die Hände der Taliban geraten. Dass wir uns da rechtzeitig drum kümmern, ist eigentlich ein Zeichen, um auf die unterschiedlichen Szenarien vorbereitet zu sein, ja. Dass das so schnell gezogen werden muss, dieses Szenario, damit haben wir damals nicht gerechnet.

Gerold Otten (AfD): Wie hat dann die Umsetzung ausgesehen? Also, Sie haben ja diese Continuity Plans dann entsprechend gemacht, die Vermögenswerte zu sichern. Wie wird da verfahren? Oder wie ist da verfahren worden? Und haben Sie Erkenntnisse, dass dann trotzdem Assets zerstört werden mussten oder dass Assets in die Hände der Taliban gefallen sind?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, da war ich nicht in allen Details natürlich dran beteiligt. Das war die operative Verantwortung der GIZ in dem Fall.

Assets in die Hände der Taliban sind mir nicht bekannt. Assets, die zerstört wurden, sind mir bekannt, unter anderem auch Fahrzeuge, Steuerungsmodule von Fahrzeugen. Aber da bin ich nicht in den Details drin. Das müssten Sie wahrscheinlich dann beizeiten mal Kollegen von der

GIZ fragen. Aber da hat es, als es dann zum Abzug kam, auch vor allen Dingen - und das wurde auch umfangreich vorbereitet - die Sicherung bzw. Zerstörung von Datenträgern und Akten, Personalakten - - Das war ja auch ein ganz wichtiges Thema. Die Autos sind das eine; aber dass die Personalakten oder die Festplatten mit Daten von den Mitarbeitenden in die Hände der Taliban geraten, das wollten wir also um jeden Preis verhindern. Und da hat sich die GIZ auch, soweit ich das weiß - ich war ja schon weg -, vorbildlich drum gekümmert.

Gerold Otten (AfD): Also, dieser Zeitraum war ja dann auch davon geprägt, dass Sie viele Entscheidungen treffen mussten, weil eben auch entsprechend Gefahr im Verzug war. Da gibt es auch einen Schriftverkehr mit dem BMZ, und in einer E-Mail vom 23. Juni 21 schrieb ein Helmut Fischer vom BMZ an Sie:

Wenn Entscheidungen anstehen, die längerfristige/dauerhafte Auswirkungen auf die EZ haben (z.B. Aufgabe der EZ in der Provinz xyz), dann sollte dies m.E. nach Möglichkeit zuvor mit dem BMZ erörtert werden.

Und:

Bei Gefahr im Verzug gerne auch erst im Nachgang.

Referenz hier: MAT A BMZ-3.127, Blatt 57.

Wie war das in diesem Zeitraum? Konnten Sie sich da regelmäßig mit dem BMZ abstimmen, oder mussten Sie dort auch, wie gesagt, situationsbedingt unter dem Eindruck „Gefahr im Verzug“ diese Entscheidungen treffen? Wie war das Abstimmungsverhalten da zu der Zeit?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, das war in erster Linie nicht eine Entscheidung, die ich dann getroffen habe, sondern da ging es, glaube ich, bei dieser Mail, die Sie zitiert haben, vor allen Dingen um die Verantwortung der Projektdurchführer - in dem Fall der GIZ -, ob zum Beispiel Standorte aufgegeben, geschlossen werden müs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sen. Und das haben wir immer als politische Entscheidung auch betrachtet über die Jahre und haben immer natürlich eingefordert, dass die GIZ das nicht autonom entscheidet, wenn sie irgendwo einen Standort dichtmacht und sich aus Faizabad oder so zurückzieht.

Und die Regelung war immer: Das bedarf enger Abstimmung, es sei denn, es ist unmittelbar Gefahr im Verzug. Dann galt natürlich irgendwie Sicherheit zuerst, und dann gab es auch manchmal sozusagen die nachholende Abstimmung, gerade in den Monaten, wo schrittweise die verschiedenen Außenstandorte der GIZ in Afghanistan außerhalb von Kabul geschlossen wurden. Die gab es im Norden in Masar-i-Scharif, in Jalalabad, in Herat, und die wurden schrittweise aufgegeben, auch nach meiner Zeit dann, einfach weil die Sicherheitslage es nicht mehr hergab und die Provinzen dann fielen. Und das waren Dinge, die natürlich eng mit dem BMZ und auch mit der Botschaft, wo ich dann saß, abgestimmt wurden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das war Fragerecht wechselt zur FDP. - Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank. - Ich würde gerne dort weitermachen, wo die Kollegin Bayram eben war, beim Ortskräfteverfahren. Sie hatten schon gesprochen über die Gefährdungsanzeige und Aufnahmezusagen. Waren Ihrer Kenntnis nach denn dem BMZ Fälle bekannt von Ortskräften, die keine Aufnahmezusage bekommen haben und die hinterher Schaden genommen haben, zum Beispiel entführt wurden, verhaftet wurden, bedroht oder auch körperlich geschädigt wurden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nein, mir nicht bekannt. Mir nicht bekannt.

Alexander Müller (FDP): Okay.

Zeuge Dr. Henning Plate: Will ich aber auch nicht ausschließen, dass so was mal passiert ist, aber wahrscheinlich dann nicht im Zusammenhang mit der Tätigkeit für uns. Aber mir ist kein solcher Fall bekannt.

Alexander Müller (FDP): Ich war letzten Sommer schon im Verteidigungsausschuss, wo wir uns sehr stark mit der Evakuierung der Ortskräfte beschäftigt hatten, und da wurde uns widergespiegelt, dass jedes Ministerium seine eigenen Ortskräftelisten geführt hat. Können Sie das für das BMZ bestätigen, dass das Haus BMZ eine eigene Ortskräfteliste geführt hat, unabhängig von den anderen Ministerien?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist korrekt. Jedes Haus war für die eigenen Ortskräfte im Bereich seiner Zuständigkeit verantwortlich. Im BMZ waren das die lokalen Mitarbeiter der KfW und der GIZ. Und diese beiden Organisationen haben auch Ortskräftelisten geführt, die dem BMZ auch auf Nachfrage zur Kenntnis gelangt sind.

Alexander Müller (FDP): Habe ich das richtig verstanden, dass es auch verschiedene Listen gab, also eine KfW-Liste und eine GIZ-Liste? Oder wurde das hausintern als eine Liste geführt? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das weiß ich nicht. Kam wahrscheinlich konsolidiert, ist vielleicht konsolidiert worden als Liste. Das war - - Ich weiß es tatsächlich nicht mehr. Es war auch keine Namensliste, sondern es war eine Liste der Anzahl der Mitarbeiter. Die Namenslisten wurden bei den Arbeitgebern geführt, die die Personalverantwortung haben bei den Durchführungsorganisationen. Die Namen sind uns erst dann zur Kenntnis gelangt, wenn eine Gefährdungsanzeige eingereicht wurde.

Alexander Müller (FDP): Nun ist es ja so, dass wir alle wissen, dass die Evakuierung der Ortskräfte damals relativ schwierig war, schon aus logistischen Gründen. Sind Ihnen Bestrebungen bekannt aus der Zeit, dass die Bundesregierung versucht hat, die Rettung von Ortskräften irgendwie zu harmonisieren, zu vereinheitlichen, dass man die Listen zusammenführt und koordiniert Ortskräfte rettet? Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nein, ist mir nicht bekannt. Aber ich weise darauf hin, dass das zum einen natürlich dann richtig akut wurde, als ich nicht mehr in Kabul war, und zum anderen viele



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Koordinationsbemühungen sicherlich nicht in Kabul, sondern in Berlin stattgefunden haben, also zwischen den Ressorts. Und da bin ich nicht auf allen Verteilern gewesen und weiß nicht, was da alles besprochen wurde. Also, es kann durchaus sein, dass es diese Bemühungen gab. Aber mir sind sie nicht bekannt geworden.

Alexander Müller (FDP): Sie hatten eben gesagt, es liefen über Ihren Schreibtisch die Fälle des Ortskräfteverfahrens, als Sie Referatsleiter waren. Waren Sie nicht Referatsleiter im Referat 222 nach dem Juli 21, oder habe ich da was falsch verstanden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Da haben Sie was falsch verstanden. Das Referat war zwar auch 222, aber das Referat, was ich übernommen habe, als ich aus Afghanistan zurückgekommen bin im August 2021, war nicht mehr das Afghanistan-Referat, sondern das war ein Referat, was zufällig damals auch die Nummer 222 hatte. Man macht ja immer mal so Re-Orgas in Ministerien, und dann heißt man wieder anders. Inzwischen heißt es 502 und ist das Referat für die Übergangshilfe im BMZ, für das ich zuständig bin. Das heißt, mit dem Ortskräfteverfahren hatte ich nach meiner Rückkehr aus Kabul nichts mehr zu tun.

Alexander Müller (FDP): Nun haben Sie eben gesagt, es war eine mittlere bis hohe zweistellige Anzahl, die zu Ihrer Zeit eine Aufnahmezusage bekommen hatten. Wissen Sie ungefähr noch, wie viele Ortskräfte im August 21 zu evakuieren waren oder zu retten waren, um welche Zahl es sich da handelte aus dem BMZ?

Zeuge Dr. Henning Plate: Auch da war ich ja nicht mehr im BMZ - - Da gibt es unterschiedliche Zahlen, die kursierten, weil ja kurz vorher auch die Anzahl der Antragsberechtigten ausgeweitet wurde. Man hat sich dann ja entschieden, auch Leute, die bereits 2013 für die deutsche EZ gearbeitet haben, mit aufzunehmen und auch Nichtregierungsorganisationen und Consultants.

Ich kann mich nur an Schätzungen erinnern. Also, die Zahl war sehr, sehr hoch, deutlich höher als vorher, weil der Kreis der Antragsberechtigten durch diese Entscheidung sehr stark

angestiegen ist. Aber eine genaue Zahl? Da bin ich der falsche Ansprechpartner. Das werden Ihnen sicherlich die Kollegen aus dem BMZ, die damals für das Thema zuständig waren, beizeiten sagen können. Aber ich glaube, es waren mehrere Tausend dann plötzlich.

Alexander Müller (FDP): Wissen Sie noch, wie die Koordinierung der Rettung der Ortskräfte damals lief? Die Bundeswehr hat ja extra Flugzeuge runtergeschickt. Gab es da einen Krisenstab im BMZ in irgendeiner Form? Man hätte ja der Bundeswehr die Listen übergeben müssen, damit die richtigen Leute rausgefiltert werden am Flughafen, damit die richtigen Leute mitdürfen im Flieger. Können Sie sich noch erinnern? Waren Sie damit befasst, mit dieser Evakuierung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nein. Da war ich nicht mit befasst. Da war meine Zeit in Kabul zu Ende, und ich war da gerade tatsächlich im Urlaub, als das passierte, und bereitete mich auf meinen neuen Posten vor. Also, es gab einen Krisenstab, und die Kollegen im BMZ haben 24 Stunden pro Tag gearbeitet. Aber da müssten Sie die selber fragen, die damals in charge waren, wie das genau gelaufen ist. Das ist mir im Detail nicht bekannt. Deshalb möchte ich da auch nichts zu sagen - oder kann ich nichts zu sagen.

Alexander Müller (FDP): Sind Ihnen denn von Kolleginnen und Kollegen im BMZ Bemerkungen, Hinweise bekannt aus dieser Zeit, was hätte besser laufen können, was schiefgelaufen ist bei der Ostkräfteevakuierung? Haben Sie da noch eine Erinnerung dran?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die Kolleginnen und Kollegen im BMZ, die sich zu der Zeit mit dem Ortskräfteverfahren befasst haben, haben keine Zeit gehabt, mit mir über ihre Erfahrung zu sprechen in dem Moment und was besser gelaufen ist. Also, da bin ich wirklich der falsche Ansprechpartner. Aber es ist ja klar, zu einem Ortskräfteverfahren gehören zwei Dinge: zum einen eine genehmigte Gefährdungsanzeige, sei es durchs Listenverfahren, sei es durch eine individuelle Gefährdung, und dann als Zweites der praktische Move, die Leute auch mit einem Visum auszustatten und außer Landes zu kriegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und der zweite Teil war eine sehr, sehr große Herausforderung.

Aber fragen Sie die Kollegen, die damals in charge waren. Die können da sicherlich einiges zu sagen, bitte. Ich kann es nicht. Ich war dann tatsächlich - „leider“ sage ich fast - - Ich hätte das gerne mitgemacht. Da fühlt man sich ja auch in gewisser Weise verantwortlich, wenn Sie mir die persönliche Bemerkung jetzt gestatten an der Stelle. Aber da war ich nicht mehr befasst.

Alexander Müller (FDP): Habe ich noch eine Minute? Weil die nächste Frage dauert ein bisschen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Minute haben Sie.

Alexander Müller (FDP): Okay. - Uns liegt mit MAT A GIZ-3.07 VS-NfD, Blatt 154 ein Schreiben vor, das innerhalb der GIZ als Vorlage für eine am 17. August 21 stattfindende Vorstandssitzung erstellt wurde. In diesem Dokument findet sich unter anderem folgende Textstelle:

Trotz langer und intensiver Diskussionen - sowohl zwischen der GIZ und dem BMZ als auch zwischen Bundeskanzleramt, BMI, AA und BMZ - stehen weiterhin grundlegende politische Entscheidungen der Bundesregierung zur Ausgestaltung eines auf den Ernstfall angepassten OKV aus.

Das war, wie gesagt, am 17. August 21, also schon unmittelbar in der Zeit, in der es wirklich heiß wurde mit der Evakuierung. Ist Ihnen dieses Schreiben bekannt?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nein, das ist mir nicht bekannt. Als BMZ-Mitarbeiter in Kabul an der Botschaft war ich nicht bei der Vorbereitung des GIZ-Vorstands eingebunden. Das wird auch den Kollegen aus dem BMZ Berlin bekannt sein; aber mir ist das nicht bekannt. Diese Vorstandssitzungen oder die Vorbereitungen unterliegen auch einer gewissen Geheimhaltung. Insofern kann ich da tatsächlich nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt sind wir am Ende des Fragerechts der FDP, und es wechselt zur Kollegin Büniger von den Linken.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Plate, ich wollte noch mal darauf zurückkommen. Sie hatten gesagt, 1 500 Internationals haben bei Ihnen gearbeitet. Waren das alles Ortskräfte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Das war die Zahl der Ortskräfte, ja. Und nageln Sie mich nicht auf die Zahl fest, aber so - -

Clara Büniger (DIE LINKE): Ja, ich wollte nur - - was das bedeutet. Okay.

Sie haben gesagt, dass die Anzahl der Gefährdungsanzeigen gar nicht so erheblich gestiegen ist. Könnten Sie das vielleicht noch mal wiederholen? Also, ist es zu keinem Zeitpunkt gestiegen, oder können Sie einen Zeitpunkt festmachen, bei dem die Gefährdungsanzeigen gestiegen sind?

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja, die Gefährdungsanzeigen waren immer mal höher, mal weniger. Ich habe keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Doha-Abkommen und der Anzahl der Gefährdungsanzeigen feststellen können. Die Gefährdungsanzeigen sind massiv gestiegen am Ende, als - -

Clara Büniger (DIE LINKE): Können Sie da so sagen, wann die gestiegen sind?

Zeuge Dr. Henning Plate: Kann ich tatsächlich nicht, weil ich da nicht mehr zuständig war. Ich habe in dem Moment, wo ich nach Kabul gegangen bin, im November 2020, die Zuständigkeit für das Ortskräfteverfahren meinem Nachfolger übergeben.

Clara Büniger (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Henning Plate: Zu dem Zeitpunkt gab es keine mir bekannte, statistisch aussagekräftige - - also keinen Anstieg der Zahlen, an den ich mich erinnere. Für den Zeitraum danach - da war



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich tatsächlich nicht mehr befasst -, da kann ich keine Aussage machen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Und Sie haben ja gesagt, es gab eine mittlere bis höhere zweistellige Zahl, die Aufnahmezusagen bekommen hat. Können Sie ungefähr auch die Ablehnungsquote einschätzen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Müsste ich in die Vermerke gucken mit den Zahlen.

Clara Bünger (DIE LINKE): So Pi mal Daumen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also bitte - - Sie bitten jetzt um eine Einschätzung. In meiner Wahrnehmung - und ich schließe nicht aus, dass das nicht der Statistik entspricht - ist vielleicht ein Drittel angenommen worden in der Zeit damals. Aber auch da müsste ich in die Statistiken genau schauen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Es war ja so, dass wir hier auch schon eine Ortskraft hatten. Das war jetzt in einem anderen Kontext, also Bundeswehrkontext; aber die Ortskraft hat schon berichtet, dass mit zunehmendem Zeitfortschritt auch die Bedrohungslage sich erhöht hat und dass sie auch Angst hatte, sich zu bewegen usw. Und weil Sie auch gesagt hatten, dass die Ortskräfte vor Ort bleiben wollen: Das widerspricht sich ja so ein bisschen. Jetzt ist es aber auch so, dass natürlich auf ministerieller Ebene immer gesagt wurde: Wenn jetzt alle Ortskräfte ausreisen wollen, gibt es einen Exodus, und die EZ ist nicht mehr umsetzbar. - Teilen Sie die Einschätzung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das ist vor allen Dingen auch eine Wahrnehmung der GIZ gewesen. Also, zum einen glaube ich, viele Ortskräfte, gerade die besser qualifizierten Ortskräfte, waren ja durchaus auch zufrieden mit ihrem Leben in Kabul und hatten da tolle Jobs, relativ tolle Jobs, die relativ gut bezahlt waren, die relativ interessant waren, internationale Jobs und haben ja auch gerne in Kabul gelebt und dazu beigetragen, ihr Land aufzubauen. Das heißt, denen die Perspektive zu geben, zu sagen: „Wir machen hier weiter; wir brauchen auch dich, den wir jetzt

zehn Jahre ausgebildet haben, in unserem System, damit du die Projekte für uns weitermachst“, das war für viele Afghanen auch attraktiv. Das heißt, die wollten dann dort auch bleiben und haben deshalb vielleicht die möglicherweise gestiegene Gefährdungslage auch in Kauf genommen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Wissen Sie oder haben Sie Kenntnis davon, dass den Menschen auch Gehälter angeboten wurden, also erhöhte Zahlungen, dass sie in Afghanistan bleiben? Das war dann schon zu einem späteren Zeitpunkt, wo Sie eventuell nicht mehr zuständig waren. Aber haben Sie davon gehört, dass es solche Angebote gegeben hat? Und würden Sie nicht auch sagen, dass es, wenn man verantwortlich ist für Personal, eine schwierige Situation ist, dass Menschen sich in einer doch ja objektiv lebensbedrohlichen Gefährdungslage befinden - - dass man dann sich dafür entscheidet, den Menschen eventuell auch noch erhöhte Entgeltzahlungen anzubieten?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, mir sind diese Fälle nicht bekannt. Ich weiß nicht; ich meine, vielleicht haben die mal eine Gehaltserhöhung oder so was dann zum Teil bekommen. Aber es ist natürlich ein Dilemma. Natürlich ist es ein Dilemma: Wenn Sie den Auftrag haben, Entwicklungspolitik vor Ort zu betreiben, Entwicklungszusammenarbeit zu betreiben und den Menschen zu helfen, dann brauchen Sie natürlich gut qualifizierte Fachkräfte; sonst funktioniert das nicht. Und sicherlich hat man bei der GIZ auch versucht, gute Leute vor Ort zu halten und vielleicht auch andere Maßnahmen zur Mitigation von Gefährdungen durchzuführen. Insofern: Es ist - - Wenn alle - -

Clara Bünger (DIE LINKE): Man hat ja auch eine Verantwortung, weil die befinden sich ja in einer objektiven Gefährdungslage, -

Zeuge Dr. Henning Plate: Klar. Natürlich.

Clara Bünger (DIE LINKE): - die sich dann noch verschärft hat.

Zeuge Dr. Henning Plate: Aber deshalb hatten wir ja - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Clara Bünger (DIE LINKE): Aber ich glaube, mein Fragerecht hat sich jetzt leider beendet.

Zeuge Dr. Henning Plate: Lassen Sie mich da kurz drauf erwidern. Sie müssen ja prüfen, in welcher Gefährdungslage sich die Leute befinden. Also, wir haben eine wirklich aufwendige Einzelfallprüfung gemacht und haben, wie gesagt, furchtbare Schicksale aufgedeckt von Leuten, die wirklich gefährdet sind, denen wir auch helfen mussten. Aber nicht jeder, der für uns gearbeitet hat, befand und befindet sich in einer Gefährdungslage für Leib und Leben, schon gar nicht in der Kausalität dieses Ortskräfteverfahrens, wo man sagt, der Grund für eine Gefährdung ist die Tatsache, dass sie für uns politisch arbeiten.

Man konnte in Kabul leben und arbeiten für Deutschland, ohne an Leib und Leben gefährdet zu sein. Deshalb haben wir auch nach bestem Gewissen diese Einzelfallprüfung angewendet zu meiner Zeit und keine Pauschalzusage gemacht, weil die auch nicht im Sinne des Erfinders dieses Ortskräfteverfahrens war, sondern da ging es um die konkrete Gefährdung. Und in meinen Prüfungen, in meinen Wahrnehmungen gab es tatsächlich viele Leute, die nicht an Leib und Leben gefährdet waren, als sie für uns gearbeitet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Redezeit ist zu Ende. - Der Zeuge ist stark erkältet, und deswegen sollten wir auch regelmäßig Pausen machen. Wir machen jetzt mal eine Pause von zehn Minuten und setzen dann mit der nächsten Runde fort. Das heißt, ich unterbreche die Sitzung bis um 15.33 Uhr.

(Unterbrechung von
15.23 bis 15.38 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann würden wir unsere Befragung fortsetzen. Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Auf in die dritte Runde! - Herr Zeuge, wir haben bei der Vernehmung des

Zeugen Jabari beim letzten Mal die Frage diskutiert, dass es Menschen gab, die direkt bei den deutschen Organisationen bzw. Behörden angestellt waren, und dass es solche Menschen gab, die bei Subunternehmen beschäftigt waren oder auch bei afghanischen Unternehmen, die dann tatsächlich für deutsche Organisationen gearbeitet haben. Nach der früheren Definition der Ortskräfte waren solche, die bei Subunternehmern gearbeitet haben, nicht als Ortskräfte für das Ortskräfteverfahren berechtigt. War das im Hause BMZ auch so?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das war beim Hause BMZ auch so. Also, die Leute, die für das Ortskräfteverfahren berechtigt waren bis ins Jahr 2021, waren nur Ortskräfte, die einen direkten Arbeitsvertrag mit der GIZ oder mit der KfW und den dortigen - - Nein, die dortigen Durchführungsconsultants auch schon nicht - - nur mit GIZ und KfW direkt hatten. Also, die Subunternehmer, die sogenannten Bauunternehmer und so was, hatten keinen Zugang zum Ortskräfteverfahren. Das ist korrekt, wie Sie es darstellen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke sehr. - Sind Ihnen Fälle bekannt, wo solche Ortskräfte, sei es bei Subunternehmen oder im direkten Anstellungsverhältnis zu deutschen Behörden, in ihrem Arbeitsalltag, in ihrer alltäglichen Tätigkeit tatsächlich Anfeindungen, entsprechenden verbalen, tätlichen Angriffen ausgesetzt waren?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nein, sind mir nicht bekannt. Aber ich glaube, da bin ich, ehrlich gesagt, als Referatsleiter in Berlin auch nicht die Person, der das jetzt als Allererstes zur Kenntnis gegeben wird. Da sind noch ein paar Filter dazwischen, bis das bei mir landet. Also, ich will nicht ausschließen, dass es solche Anfeindungen gegeben hat. Im afghanischen Kontext sind die Anfeindungen ja - - Oder, sagen wir mal, es ist häufig auch vermischt mit persönlichen Dingen, Kriminalität, Geld. Also, sagen wir mal so: Anfeindungen können alle möglichen Ursachen haben. Sicherlich sind auch mal Mitarbeiter von Baufirmen angefeindet worden, die für uns gearbeitet haben. Alles andere wäre ungewöhnlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Meine Frage spielt nämlich auch eine Rolle vielleicht bei der Beantwortung der nächsten Frage. Wir haben ja vorhin bereits einmal den Themenbereich gestreift, welche Kriterien erfüllt werden mussten, damit Menschen im Ortskräfteverfahren zugelassen werden konnten.

Jetzt liegen mir hier zwei Dokumente vor. Das eine ist aus Ihrem Haus - MAT A BMZ-3.40, Blatt 77 ff. -, und das zweite Dokument ist aus dem BMI; MAT A BMI-3.67, Blatt 111 ff. Ich weiß, dass Sie zu den Inhalten dieser Kriterien keine Aussagen in öffentlicher Sitzung treffen möchten. Das ist völlig okay. Ich würde Sie aber dennoch bitten, dass wir Ihnen diese Dokumente vorlegen und Sie sich dazu äußern, welcher dieser Kriterienkataloge von Ihnen angewendet wurde und ob der zweite Katalog - aus dem BMI - der neuere und der aktuellere war, weil der eine stammt aus dem Jahr 2017 und der andere stammt aus dem Jahr 2020. Ich würde Ihnen daher gerne diese Dokumente jetzt vorlegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde gern für die Anwesenden den Hinweis geben, dass der stille Vorhalt vorsieht, dass zu den Inhalten nicht Stellung genommen wird, auch bitte die Dokumente so gehalten werden, dass nur der Zeuge das einsehen kann, sonst niemand. Genau.

Zeuge Dr. Henning Plate: Soll ich mich irgendwo hinbewegen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein. Es kommt jemand zu Ihnen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nur dass da jetzt hier niemand seine Kameras darauf richtet oder Sie das nicht so halten, dass man das von der Tribüne sehen kann. Das ist der Punkt.

Zeuge Dr. Henning Plate: Okay.

Clara Bünger (DIE LINKE): Entschuldigung, Herr Vorsitzender. - Herr Kollege, können Sie vielleicht die MAT-Nummern noch mal wiederholen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: MAT-Nummern bitte noch mal wiederholen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das BMI-Dokument hat die MAT-Nummer BMI-3.67, Blatt 111, und das BMZ-Dokument hat 3.40, Blatt 77 ff.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Rechtsbeistand darf es natürlich auch sehen; das ist klar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, das Dokument aus dem BMZ, also MAT A BMZ-3.40 usw., das ist mir selbstverständlich bekannt. Mit dem haben wir gearbeitet. Das andere Dokument, aus dem BMI, ist mir nicht zur Kenntnis gelangt, ist mir nicht bekannt. Ich habe jetzt nicht geprüft, wie die sich unterscheiden, im Detail; da bräuchte ich ein bisschen Zeit zu. Aber das BMZ-Dokument ist die Entscheidungsgrundlage für unser Ortskräfteverfahren gewesen, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war die Frage, und das andere ist auch nicht Ihre Aufgabe. Also insofern: Das müssen Sie auch nicht tun.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für diese Antwort. Das hilft uns sehr weiter. - Anderes Thema. In einer Vorlage an den Herrn Staatssekretär Jäger - Sie haben den Namen vorher bereits öfter erwähnt - vom 13. August 2020 geht es dann um mögliche Änderungen an diesem Ortskräfteverfahren, und da beziehe ich mich auf MAT A BMZ-4.23, Blatt 781 bis 783 [sic!]. Sie haben diese Vorlage gezeichnet. In der Vorlage sprechen Sie sich für eine Beibehaltung des bestehenden Ortskräfteverfahrens aus und dagegen, das Ortskräfteverfahren ganz abzuschaffen oder ein generelles Aufnahmeangebot an alle Ortskräfte zu richten. Können Sie uns noch einmal sagen, was aus Ihrer Sicht dagegensprach, allen Ortskräften ein generelles Aufnahmeangebot zu geben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, ich war und bin der festen Überzeugung, dass eine Arbeit für eine deutsche Durchführungsorganisation für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nicht automatisch zu einer Gefahr für Leib und Leben führt. Und deshalb hat für mich das Argument stärker gewogen, dass wir vor Ort Fachkräfte brauchen, die für uns arbeiten können, die unsere Projekte durchführen können, um arbeitsfähig zu bleiben, in der Überzeugung, dass diese Ortskräfte damit nicht ihr Leben gefährden - jedenfalls nicht automatisch. Es gab ja die Möglichkeit, einen Antrag nach dem Ortskräfteverfahren zu stellen und eine Gefährdung anzuzeigen.

Wir haben natürlich auch überlegt, dass eine generelle Aufnahmezusage dazu führen würde, dass wir einen stetigen Verlust an Fachkräften hätten; denn das würde natürlich auch genauso für Leute sein, die wir dann neu einstellen. Die hätten dann ja auch die Aufnahmezusage, möglicherweise auch in anderen Kontexten, in anderen Ländern. Was ist mit Mali? - Also, wir hätten da eine gewaltige Tür geöffnet, wenn wir eine generelle Aufnahmezusage gemacht hätten, die nach meiner Einschätzung damals nicht dem Geiste des Ortskräfteverfahrens entsprochen hätte.

Deshalb war ich der Ansicht, dass das Ortskräfteverfahren in der Form, wie es damals existierte, dem Kontext angemessen war und Möglichkeiten gab für Ortskräfte, die tatsächlich gefährdet sind, nach Deutschland zu kommen, aber auch keine Garantie dafür. Also, ein Job bei der GIZ sollte nicht das Flugticket nach Deutschland sein. Dann hätten wir unsere Projekte dichtmachen können.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir diese Vorlage noch im Detail betrachten, dann sprechen Sie sich andererseits in dieser Vorlage dagegen aus, die Antragsfrist nach Beendigung des Anstellungsverhältnisses von 24 auf 12 Monate zu verkürzen, also den Zeitraum einzuschränken, in dem überhaupt das Ortskräfteverfahren in Anspruch genommen werden kann.

In der Vorlage heißt es weiter, dass es „noch bis zu zwei Jahre nach dem Ende der Tätigkeit zu

Vergeltungsakten auf mit DEU assoziierte Personen kommt“ - also eine Feststellung, dass das tatsächlich vorliegt. Können Sie begründen, warum eine solche Gefahr dann tatsächlich nur für zwei Jahre bestehen sollte und warum es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Frist am Ende vielleicht sogar zu verlängern?

Zeuge Dr. Henning Plate: Habe ich tatsächlich „kommt“ geschrieben, nicht „kommen kann“?

Jörg Nürnberger (SPD): Da müssten wir im Dokument selber noch mal nachschauen. In meinem Zitat heißt es: „... zu Vergeltungsakten auf mit DEU assoziierte Personen kommt“.

Zeuge Dr. Henning Plate: Okay, ja. Also, ich habe da keine klare 12-, 24-, 36- Monate-Verlängerung - - Man kann für alles Argumente ziehen, und rein praktisch muss man irgendwo eine Grenze ziehen. Oder wir haben damals gesagt: Wir wollen irgendwo eine Grenze ziehen, um das Ganze handhabbar zu behalten. - Und zwei Jahre erschienen uns als ein Zeitraum, der im afghanischen Kontext noch eine Verbindung von Gefährdung und Tätigkeit plausibel macht. Wenn es zu lange her ist, dann ist vor allen Dingen der im Ortskräfteverfahren vorgesehene Nexus zwischen Gefährdung und Tätigkeit nicht mehr nachvollziehbar. Die können ja aus allen möglichen Gründen dann gefährdet sein.

Wir haben uns gleichzeitig aber gegen eine Verschärfung/Verkürzung ausgesprochen in der Situation. Da gab es ein anderes Ressort, was das gerne hätte. Wir haben uns da, glaube ich, dann im Endeffekt auch durchgesetzt und sind bei 24 Monaten geblieben an der Stelle.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur zur Bestätigung: Ist es richtig, dass Sie, das BMZ, bzw. Ihre Kollegen dann entsprechend dieser Vorlage auch in der zweiten Ressortbesprechung der AG Ortskräfte am 27. August 2020 vorgetragen haben? Dabei beziehe ich mich auf MAT A BMVg-4.70, Blatt 48.

(Der Zeuge nickt)

- Das Kopfnicken können wir im Protokoll schlecht verwenden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, ich nehme das zur Kenntnis, was Sie gesagt haben. Also, dass meine Kollegen - - Ich habe an der Sitzung selbst, glaube ich, nicht teilgenommen. Das werden meine Mitarbeiter gewesen sein, die da in dem Sinne vortragen haben. So war es abgestimmt und abgesprochen. Und gut, dass sie das gemacht haben und das auch im BMVg-Protokoll so aufscheint.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Allgemeine Frage: Wenn Sie die Vorgehensweise bei der Entwicklung des Ortskräfteverfahrens und seiner bestimmten Ausprägungen jetzt Revue passieren lassen, wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ressorts, die daran auch beteiligt waren? Können Sie im Nachhinein sagen, welches Ressort sich in diesen Besprechungen - - wo die einzelnen Ressorts ihre besonderen Schwerpunkte gelegt haben? Sie haben ja dargestellt, für Sie war es wichtig, dass die Ortskräfte so weit wie möglich vor Ort gehalten werden. Haben Sie bei anderen Ressorts andere Schwerpunkte wahrgenommen, sofern Sie persönlich daran beteiligt waren?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, tricky im Nachhinein. Generelle Schwerpunkte: Kann ich nicht sagen. Also, es gibt natürlich bestimmte Positionierungen in den Ressorts. Sagen wir mal so: Die Kollegen vom BMI haben generell auch ein Augenmerk darauf gehabt, dass die Sicherheitslage Deutschlands irgendwie nicht gefährdet ist bei Aufnahmezusagen; deshalb hat es ja auch noch Prüfungsschleifen gegeben.

Wir haben - genau - nach Arbeitsfähigkeit geguckt, aber natürlich auch versucht, die Gefährdung nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen, und hatten natürlich auch zum Teil Kontakt zu den Ortskräften, kannten die. Da spielt dann auch immer eine menschliche Dimension mit rein.

Ich glaube, man kann das nicht generell so - - „Die wollten das, die wollten das.“ Das war eine Ressortabstimmungsrunde. Fällt mir - ich bitte um Entschuldigung - tatsächlich schwer, da was wirklich Schlaues zu sagen. Also, ich fürchte, die Antwort lautet: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Es steht ja jetzt mir nicht zu, Ihre Antwort zu bewerten; aber es ist tatsächlich so, dass Sie das mit Ihrem eigenen Erfahrungsschatz beantworten müssen. Und dann nehme ich das so zur Kenntnis.

Kleiner Zeitsprung ins Jahr 2021, Mai, als die Situation sich ja sehr rasch, wie Sie vorhin beschrieben haben, weiter negativ entwickelt hat und Sie bereits in Kabul waren. Dort schreiben Sie eine E-Mail an Ihr altes Referat 312 mit der Übersicht zu den zivilen Abzugsplänen und zum Thema Ortskräfte, MAT A AA-2.27, Blatt 31 bis 32. In dieser Mail stellen Sie die Pläne der anderen Nationen dar, und hinsichtlich der BMZ-Ortskräfte regen Sie an, Vorkehrungen zu treffen. Da heißt es - ich zitiere -:

... um (im derzeit kurzfristig als unwahrscheinlich angesehenen Falle einer Lageeskalation) reagieren zu können.

Sie haben zum Beispiel vorgeschlagen - und ich darf wieder zitieren -:

- Identifizierung und Vorprüfung einer Gruppe potentiell besonders gefährdeter OK innerhalb der DOs inklusive biometrischer Erfassung; GIZ bereitet sich intern bereits darauf vor.
- Ggf., sofern dafür politischer Wille vorhanden, Ausstellung und sichere Einlagerung (Botschaftstresor?) von Ausreisepapieren für diese Gruppe. Auslieferung von Visa nur im Notfall ...
- ... Vorbereitung auf notwendige Charterflüge ...
- Vorbereitung einer finanziellen Unterstützung aller OK, die kein Visum erhalten, um ggf. Ablasszahlungen für vergangene Tätigkeiten gegenüber Taliban zu ermöglichen.
- ... Nach außen muss es weiterhin heißen: Wir bleiben, vgl. u. a. Brief Sts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ganz am Ende des Mails schreiben Sie dann:

Wir sollten deshalb ganz dringend unseren eigenen Notfallplan erarbeiten und tatsächlich umsetzbar in der Schublade haben. Wenn es hier erstmal kracht, wird es dafür zu spät sein.

Gab es dann am Ende einen derartigen umsetzbaren Notfallplan, als es schließlich im August 21 krachte?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, das ist eine Mail von mir ans BMZ gewesen. Die habe ich auch noch sehr gut in Erinnerung - in der Tat -, weil ich mir durchaus Sorgen gemacht habe, dass wir in der praktischen Evakuierung der Ortskräfte im Falle einer Lageeskalation Probleme kriegen. Sie wissen ja, dass auch die positiv gefährdeten Gefährdungsanzeigen zum Teil sehr, sehr lange brauchten, um ein Visum zu erhalten. Die Visastellen waren überlastet, in Kabul gab es keine. Die mussten dann zum Teil zweimal nach Neu-Delhi fliegen, um irgendwelche Fingerabdrücke abzugeben. Und das dauerte dann ein Jahr, bis man da einen Termin kriegte, oder noch länger.

Das heißt, de facto brauchte man zwischen der Aufnahmezusage und dem tatsächlichen Visum im Pass 18 Monate, 15 Monate, irgendwie so, manchmal auch länger. Und das erschien mir nicht akzeptabel. Ich hatte den Eindruck, wir wären gut beraten gewesen, uns hier auf die praktischen Evakuierungsszenarien vorzubereiten. Dabei rede ich nicht von der Gefährdungsanzeige - damals gab es noch kein Listenverfahren; das kam dann ja später -, sondern dass wir die, von denen wir glauben, dass sie gefährdet sind, auch wirklich rauskriegen. Deshalb habe ich den Kollegen im BMZ vorgeschlagen, da Vorkehrungen zu treffen.

Mir ist im Detail nicht bekannt, was da jetzt genau mit gemacht wurde, mit dieser Mail. Ich bin sicher, man hat darüber nachgedacht und damit gearbeitet. Aber welchen Plan es dort gab in der Schublade, das müssten Sie wahrscheinlich dann die Kollegen im BMZ fragen. Also, mein Eindruck war: Das, was wir diskutiert hatten vor Ort in Kabul, ist quasi der Blankopass mit dem

Blankovisum im Tresor, den man rausholen kann, den man den Leuten aber nicht direkt in die Hand gibt, weil dann bricht Panik aus, und alle wollen weg, und alle denken, wir gehen jetzt auch. - Das ist in dieser Form - - konnte das nicht umgesetzt werden, weil Pässe, Visum halt immer eine sehr komplexe Sache sind und wir nicht die gleiche Möglichkeit hatten wie das BMVg, die eigenen Leute rauszubringen mit eigenen Fliegern. - Vielleicht so viel dazu.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem Zusammenhang nur noch eine Nachfrage: Wie hat der neue Referatsleiter 312, Herr Fischer, auf Ihre Nachricht reagiert, und hat er überhaupt reagiert?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, wir haben darüber gesprochen, mit Sicherheit. Aber wie er genau reagiert hat - - Also, er hat in meiner Erinnerung gesagt: Vielen Dank für die Hinweise, wir nehmen das mit. - Aber was er damit genau gemacht hat, das weiß ich nicht mehr im Detail.

Also, die Kollegen im BMZ waren sehr, sehr stark beschäftigt mit der Durchführung des Ortskräfteverfahrens im Sinne einer Gefährdungsanzeige. Das war ja auch die Zeit, wo die Anspruchsgruppe erweitert wurde: NGOs, Consultants. Es war die Zeit, wo das Listenverfahren dann diskutiert wurde und so. Das heißt, das war das Thema, was die im BMZ sehr, sehr stark hatten - weniger die praktische Evakuierung, weil die einfach auch nicht die Kapazitäten hatten, das zu machen. Aber ich war da zu weit weg, um da alle Details noch voll in Erinnerung zu haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf zum Abschluss noch eine Frage auf ein E-Mail - MAT A AA-2.27, Blatt 36 und 37 - stellen. Da schreiben Sie erneut zum Thema Ortskräfte und beziehen sich auf eine Whatsapp-Gruppe. Können Sie kurz erläutern, ob das eine dienstliche Gruppe gewesen ist oder eher ein privater Austausch?

Und Sie schreiben in dieser E-Mail, dass Sie von einer Lageeskalation berichten. Ist da die Situation in Masar-i-Scharif gemeint gewesen?

Und der letzte Absatz Ihrer E-Mail klingt dann besonders alarmierend:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mein Rat an die DOs

- wahrscheinlich „Durchführungsorganisationen“ -

in Kurzform: Kopf runter, Mitarbeiter in Sicherheit bringen, Nationale nach Hause oder nach Kabul, Internationale nach Dubai, Daten sichern, Fahrzeuge parken, Masken auf (!!!), abwarten und irgendwie hoffen, dass die nächsten drei Monate glimpflich vorbeigehen. Gleichzeitig wichtig, den schmalen Grat zwischen berechtigter Vorsicht/Notfallmaßnahmen und dem Verbreiten von Panik nicht zu verlassen.

Wie haben Sie das genau gemeint?

Zeuge Dr. Henning Plate: Eigentlich ziemlich genau so, wie es da steht, wie Sie es zitiert haben. Also, das war die Zeit, als im Norden des Landes die Kämpfe zunahmen und es Bemühungen, Bestrebungen der Taliban gab, die Provinzhauptstädte auch zu erobern oder dem zumindest nahezukommen, unter anderem auch in Masar-i-Scharif. Also, Masar-i-Scharif war ziemlich umzingelt von Talibangebieten zu dem Zeitpunkt. Die haben die Provinzhauptstadt noch nicht angegriffen, aber wir haben damit gerechnet, dass das jederzeit passieren könnte.

Und dann hat - genau - der Plan B, sozusagen der Vorkehrungsnotfallplan, den ich vorhin schon kurz skizziert hatte, gegriffen: Die Leute, also die Mitarbeiter, sollen nicht in die Büros kommen, nach Hause gehen, sich möglichst an sichere Orte begeben, vielleicht auch den Ort Masar-i-Scharif verlassen, die Internationalen raus aus dem Land. Und, ja, die anderen Notfallmaßnahmen standen ja drin in der Mail. Das war dann so eine Art Emergency Package für die dortige Situation. So habe ich das gemeint.

Ich habe diese Mail, glaube ich, geschrieben einfach nur als Bericht gegenüber Berlin. Also, es war keine Handlungsanweisung an die GIZ, sondern es war quasi ein Bericht gegenüber Berlin,

was die GIZ da machen soll, was wir abgesprochen hatten.

Jörg Nürnberger (SPD): Gleichzeitig gab es aber am Tag vorher noch eine offizielle diplomatische Nachricht nach Berlin, die Sie zusammen mit dem Botschafter Zeidler und zwei weiteren Mitarbeitern verfasst haben. Und in dieser E-Mail bzw. dieser Nachricht - MAT A AA-2.44, Blatt 94 bis 96 - raten Sie dringend davon ab, „Ortskräfte der Bundeswehr in Masar-e Scharif mit Charterflügen nach Deutschland auszufliegen“. Sehen Sie darin nicht einen bestimmten Widerspruch, gerade wegen des zeitlichen Zusammenhangs? Und die Frage nach der Whatsapp-Gruppe war auch noch nicht beantwortet.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, ich sehe da nicht unbedingt einen Widerspruch; denn es ist ja ein Unterschied, ob man seine nationalen Mitarbeiter aus den Entwicklungsprojekten mal nach Hause schickt und sagt: „Ihr kommt mal morgen nicht ins Büro, bis sich der Staub gelegt hat“, als wenn man nationale Mitarbeiter mit einem Charterflug außer Landes bringt. Letzteres ist wesentlich sichtbarer und ist auch ein politisches Zeichen: Die Deutschen gehen jetzt. - Und in der damaligen Phase ist das dann ein weiterer Schritt auf der Eskalationsspirale. Alle saßen auf gepackten Koffern, und keiner wollte es sagen, weil sie dachten, dann, im nächsten Moment, sind sie alle weg. Das ist was anderes als so ein, sagen wir mal, eher technisches Notfallpaket für unsere Durchführungsorganisationen.

Die Whatsapp-Gruppe: Weiß ich jetzt nicht, auf welche Whatsapp-Gruppe ich mich da bezogen habe. Also, dienstliche Whatsapps gibt es eigentlich innerhalb der Bundesregierung natürlich nicht - aus Datenschutzgründen -, aber man hat selbstverständlich in Afghanistan - - Der Afghane findet nämlich Whatsapp ganz großartig. Und das war teilweise die einzige Möglichkeit, mit den dortigen Partnerministerien und den anderen Botschaften zu kommunizieren. Also, da gab es Whatsapp. Insofern: Ich weiß nicht, wenn Sie mir das zeigen wollen, kann ich vielleicht noch mal nachgucken, welche Whatsapp-Gruppe genau gemeint ist. Ansonsten reicht Ihnen das ja vielleicht auch als Hinweis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war das Rede-recht für die SPD. Wir haben miteinander vereinbart, dass wir versuchen wollen, diese Runde hier als die letzte Fragerunde mit dem Zeugen hinzubekommen.

Jetzt geht das Fragerecht an die Union, und der Kollege Röwekamp hat das Wort.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Dr. Plate, ich möchte auch noch mal gern zurückkommen auf die ressortübergreifende Gruppe auf Einladung des Bundesinnenministeriums zum Ortskräfteverfahren. Nach unseren Unterlagen - das ist MAT A BMI-3.02, Blatt 211 bis 213 - gab es ein, ich sage jetzt mal, Auftakttreffen im Mai 2020, wohl auf Veranlassung einer Einschätzung zum Ortskräfteverfahren durch das BMVg. An dieser Sitzung haben Sie auch teilgenommen. Und dort stand sozusagen im Raum - ich zitiere -:

Wenn die Entscheidung der NATO zum weiteren Vorgehen ... frühestens ab Mitte Juli 2020 feststeht und verkündet wird sollten DEU Arbeitgeber von Ortskräften auf die Situation im Rahmen des aktuellen oder modifizierten Ortskräfteverfahrens vorbereitet sein und sollten auf eine sich höchstwahrscheinlich deutlich erhöhende Anzahl an Gefährdungsanzeigen afghanischer Ortskräfte unmittelbar reagieren können.

Es stellte sich die Frage, wer die individuelle Gefährdung vor Ort dann noch beurteilen soll.

Und so weiter. - Und dann kommt hier:

BMZ, Herr Dr. Plate, erklärt, EZ solle nach Abzug weitergehen.

Also, „EZ“ heißt wahrscheinlich „Entwicklungszusammenarbeit“.

Bedrohungen für Ortskräfte könnten bei Lageverschlechterung dann sogar noch steigen.

Kann ich davon ausgehen, dass Sie zu diesem Zeitpunkt, also im Mai 2020, noch die Hoffnung

hatten, dass auch nach Truppenabzug die Entwicklungszusammenarbeit im Land fortgesetzt werden kann? Und welche Gründe haben Sie zu dieser Annahme bewogen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, es ist, wie Sie sagen: Das war die Zeit, als wir gehofft - - oder davon ausgegangen sind, dass die Entwicklungszusammenarbeit bleibt, wenn alle anderen gehen. Und die Gründe, die mich dazu bewogen haben oder die uns dazu bewogen haben, das anzunehmen, sind zum einen, dass wir unsere Projekte so gestaltet haben, dass sie technisch weiter durchführbar bleiben - das hatte ich ja schon verschiedentlich erläutert -, und dass wir darüber hinaus eben nicht mit einer kompletten Machtübernahme der Taliban gerechnet haben, sondern wir haben eigentlich gedacht, es ist ein Multiakteursgleichgewicht fragiler Natur mit Provinzen, die von den Taliban beherrscht werden, Provinzen, die von der Regierung beherrscht werden, und dass es immer noch Partnerstrukturen geben würde, mit denen wir auch da arbeiten wollen würden. Das war unsere Annahme damals. Und in dem Lichte sehe ich auch meine Bemerkung da an den Workshop, an den ich mich aber leider tatsächlich nicht wirklich erinnern kann. Aber wenn das da steht, dann wird es so gewesen sein; sonst würde es da nicht stehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Das bringt mich zu einer Nachfrage. Wir haben ja noch kein Protokoll; deswegen korrigieren Sie mich bitte, wenn ich das falsch zitiere oder falsch verstanden habe. Ich meine, Sie hätten vorhin sinngemäß gesagt, dass Sie sich bei der Geschwindigkeit der Machtübernahme der Taliban geirrt hätten, und da hätten sich wohl viele geirrt. Sinngemäß haben Sie das vorhin zumindest so gesagt.

Meine Frage ist in diesem Zusammenhang eigentlich eher anschließend an das, was Sie eben gesagt haben: Was ist eigentlich der Grund für diese Fehleinschätzung? Also, welche Abwägungen haben Sie dazu geführt, dieser Einschätzung zuzuneigen, dass die Machtübernahme der Taliban eben nicht so schnell sich vollziehen würde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, darüber denke ich seit über einem Jahr - natürlich jetzt nicht täglich, aber doch regelmäßig - nach, wie uns das eigentlich passieren konnte. Ich glaube, wir sind am Ende - - haben wir den Fehler gemacht, dass wir uns in einer Blase, in einer Kabuler Blase, bestehend aus den Botschaften und den afghanischen Ministerien - - Da saßen dann halt auch immer so „Harvard-Afghanen“, also so hochgradig qualifizierte, internationale Afghanen, und wir. Wir haben uns natürlich immer ausgetauscht und alle im Grunde gegenseitig auch voneinander abgeschrieben. Aber keiner wusste wirklich mehr, was in den Provinzen passiert und was hinter den Kulissen passiert.

Im Endeffekt haben die Afghanen ja offensichtlich irgendeine Art von Deal geschlossen; denn das Land wurde ja übergeben. So. Es fiel ja quasi kein Schuss bei der Eroberung von Kabul. Es ist auch von den ganzen alten Machthabern keiner durch die Straßen geschleift worden oder im Knast gelandet. Das heißt, die haben sich irgendwie vorher abgesprochen, dass dieses Land übergeben wird zu einem Zeitpunkt an die Taliban, was auch ganz schlau ist aus afghanischer Sicht. Es hat wahrscheinlich viel Blutvergießen verhindert.

Das haben wir aber alles nicht mitgekriegt. Und warum wir das nicht mitgekriegt haben, obwohl wir da mit allen möglichen Kräften unterschiedlicher Dienste und Institutionen zugange waren, das frage ich mich bis heute. Das ist kein Ruhmesblatt. Aber wir haben dieses Land, glaube ich, trotz Intensiv-20-Jahre-vor-Ort-Sein nicht so verstanden, als dass wir das hätten kommen sehen.

Das ist meine Erklärung für das Ganze. Denn ich sagte es ja: Ich habe auch gedacht, ich kenne mich aus in Afghanistan und so, aber im Endeffekt bin ich im Juli in den Flieger gestiegen und hätte niemals gedacht, dass sechs Wochen später die grüne Fahne über Kabul weht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank für diese so ehrliche Einschätzung auch an dieser Stelle. - In dem Zusammenhang habe ich noch eine weitere Nachfrage. Wir wissen aus Akten

und auch teilweise aus bisherigen Vernehmungen, dass es auch immer wieder die Hoffnung gab, dass der angekündigte und mit dem Doha-Abkommen ja eigentlich vereinbarte Abzug der amerikanischen Streitkräfte noch mal wieder auf die Tagesordnung käme, also insbesondere was den Zeitplan betrifft und vielleicht auch - - Es gab ja vereinzelt auch die Hoffnung, dass nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen sich vielleicht noch mal eine modifizierte Abzugsplanung ergeben könnte. Wie haben Sie diese Diskussion in Ihrer Verantwortung vor Ort wahrgenommen? Und hatte das vielleicht auch Einfluss auf die Frage: „Was passiert eigentlich am Tag danach mit der Entwicklungszusammenarbeit?“?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, ich habe die Diskussion genau so wahrgenommen, wie Sie sagen. Alle haben nach der Wahl gedacht: „Jetzt ist Trump endlich weg“ - sinngemäß -, „und jetzt kommt Biden, und der macht bestimmt eine rationale Entscheidung.“ Denn wir waren natürlich eigentlich als Afghanistan-Community der Ansicht, dass es schlau wäre, jetzt noch etwas zu bleiben und den Friedensprozess in Gang zu bringen.

Da gab es ein paar Monate Unsicherheit, wo wir nicht wussten, was Biden entscheidet. Da gab es dann auch so einen Sonderbeauftragten der Amerikaner, S██████, der flog immer hin und her. - Khalilzad, Entschuldigung, S██████ war der Finanzminister. - Und wir haben gedacht, jetzt überzeugt der den noch mal. Aber Biden hat ja nichts geändert an den Abzugsplänen von Trump. Und im Nachhinein hätten wir das natürlich eigentlich wissen müssen; denn er hat auch schon vorher im Wahlkampf, noch zu Obamas Zeiten, sich immer gegen den Afghanistan-Einsatz ausgesprochen. Also, eigentlich hätten wir wissen müssen, dass der da weggeht.

Aber diese Hoffnungsphase gab es. Ob das dazu geführt hat, dass die - - Also, wir haben ja unabhängig - - Wir haben ja quasi für den Tag nach dem amerikanischen Abzug geplant mit der Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollten ja weitermachen, unabhängig davon, was Biden entscheidet, und haben dafür die Voraussetzungen



Nur zur dienstlichen Verwendung

geschaffen im Glauben, dass das Land nicht von heute auf morgen an die Taliban fällt. Das war unser Planungsszenario. Insofern: Das hat natürlich irgendwo mit eine Rolle gespielt. Aber als Biden dann sagte: „Wir gehen“, ist das auch keine Überraschung mehr gewesen, die uns dazu veranlasst hätte, unsere Planung zu revidieren für die Entwicklungszusammenarbeit.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann habe ich aus meiner Sicht nur noch eine letzte Frage. In unserer Sachverständigenanhörung hier im September wurde auch darüber gesprochen, dass die Entwicklungszusammenarbeit in ländlichen Regionen stark auf die Zusammenarbeit mit lokalen Eliten angewiesen gewesen ist. Und diese Eliten standen oder stehen - zumindest teilweise damals - ja wohl auch den Taliban nahe oder waren selbst Taliban.

Die Frage ist: Kann es sein, dass unsere Entwicklungshilfeprojekte oder die Verbundprojekte, die wir begleitet haben, auch dazu beigetragen haben, solche lokalen Machtstrukturen zu stärken, die ja vielleicht auch als Vorbereitung dienen für die spätere Machtübernahme durch die Taliban?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die lokalen Eliten oder die lokalen Machthaber, mit denen wir zu tun hatten, waren in erster Linie so Dorfälteste und so was. Und das waren meistens sehr fromme Männer, aber das waren keine Kämpfer, das waren keine Taliban. Also, das sind schon noch mal unterschiedliche Gruppen, und das hat man auch vor Ort gesehen. Es gab immer einen Schattengouverneur und so ein paar Kämpfer; aber das waren nicht unsere Partner.

Dass das trotzdem natürlich ein knochenkonservatives Umfeld ist mit Dorfältesten, die jetzt auch das Thema Frauenrechte nicht immer ganz oben auf ihren Fahnen hatten und vieles auch nur unseretwegen gemacht haben, ist im Einzelfall sicherlich richtig. Also, die Stärkung der traditionellen Strukturen, die wir da betrieben haben, ist ein Stück weit auch die Stärkung eines Systems gewesen, das auch die Talibanmachtübernahme mit ermöglicht hat. Aber wir haben auch versucht, da Frauengruppen einzuführen, junge

Gruppen einzuführen. Wir haben versucht, dieses System weiterzuentwickeln und eine neue Schicht, eine neue Generation von Afghanen zu schaffen, die eben nicht wieder den Taliban anheimfallen.

Das hat, glaube ich, vor allen Dingen deshalb nicht geklappt, weil es uns nicht gelungen ist, das Gewaltmonopol beim Staat zu haben. Die Streitkräfte waren einfach korrupt, und die Taliban waren stärker. Und was nützt Ihnen die Ausbildung junger Afghanen, wenn der Talib derjenige ist, der die Waffe hat? Und das war oft der Fall. Also, daran sind wir, glaube ich, gescheitert an der Stelle. Aber ich würde nicht sagen, dass wir da jetzt Taliban- - alte Struk- - Es waren schon andere Strukturen als die Talibs.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Ich bin durch, Sie noch nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann geben wir das Fragerecht weiter an die Grünen. Frau Kollegin Bayram, bitte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. - Mich würde noch mal interessieren das Papier der Taliban, was Ihnen im November 2020 zugeleitet worden sein soll, in dem die Taliban Konditionen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit aufstellen und darin ankündigen, dass sie Projekte ablehnen würden, deren Arbeit nicht mit dem islamischen Geist und der islamischen Religion übereinstimmt und den religiösen Bräuchen und Traditionen des Volkes zuwiderlaufen würde, und Projekte, die Frauen aus ihren Häusern holen und Seminare oder Workshops für sie abhalten, nicht akzeptabel seien. Sie würden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um derartige Projekte zu stoppen. Können Sie uns mal einordnen, was von diesem Papier zu halten war und von dem Angebot - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Welche MAT-Nummer ist das, bitte? Entschuldigung, auf welches Dokument beziehen Sie sich, bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, Entschuldigung. Das ist MAT A BMZ-3.118, Blatt 9.

Zeuge Dr. Henning Plate: Das ist, wenn ich das richtig im Kopf habe, ein Dokument, was über die Vereinten Nationen im Geberkreis zirkulierte in Kabul. Ich weiß nicht, ob ich das sehen müsste; aber wenn Sie nicken, dann ist es das wahrscheinlich, ne? Dann ist das auch okay. Das ist ein Dokument in einer Zeit, als erstmals der Versuch gemacht wurde, mit den Taliban über die Vereinten Nationen ins Gespräch zu kommen zur technischen Umsetzbarkeit von Projekten der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. Da gab es Gesprächskanäle über die Vereinten Nationen, über UNAMA; das war die Mission der Vereinten Nationen in Afghanistan.

Die Taliban waren ahnungslos bei diesen Dingen. Also, die saßen tatsächlich ja 15 Jahre lang in den Höhlen und haben gekämpft. Die hatten keine Ahnung von Entwicklungszusammenarbeit, von Projektmanagement, von Geben. Und wir haben dieses Dokument interpretiert als einen ersten Versuch der Taliban, also irgendeines Mullahs - die hatten ja auch so Zuständige da in ihren Strukturen, wahrscheinlich irgendeiner, der zuständig ist für internationale Beziehungen -, mal überhaupt zu Papier zu bringen und zu formulieren, was Entwicklungszusammenarbeit für die Taliban bedeuten könnte. Da waren natürlich so ein paar Dinger drin, so ein paar Punkte, die für uns auch von vornherein nicht akzeptabel waren. Aber deshalb ist das auch nie ein offizielles Talibanpapier gewesen, sondern so eine Art Non-Paper, was zirkulierte, und alle wussten, das ist irgendwie mit den Taliban entstanden, mit einer schlechten Übersetzung; das könnte das sein, was die Taliban denken und wollen.

Wir sind ja nie mit den Taliban in einen entwicklungspolitischen Dialog eingestiegen, wo man das hätte ausformulieren und mit denen zu Ende diskutieren können. Das war politisch nicht opportun; die Schnittstellen gab es auch nicht. Im Grunde ist das quasi so eine Art erste Verhandlungsposition der Taliban gewesen, wenn man überhaupt politisch daran hätte denken können,

mit denen zusammenzuarbeiten. Das ist der Status dieses Papiers. Das ist in Kabul im Geberkreis zirkuliert und kontrovers diskutiert worden. Dann ist es aber auch irgendwie wieder eingeschlafen und wurde nicht so richtig weiterverfolgt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen haben Sie es schon angedeutet, ich würde noch mal konkret nachfragen: Gab es denn Ihrer Kenntnis nach zu irgendeinem Zeitpunkt direkte Gespräche zwischen BMZ - oder Teilen - und den Taliban?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nee, gab es nicht. Also, es gab eine Idee, dass wir - - Also, es gab ja die Friedensgespräche in Doha, wo auch das Auswärtige Amt präsent war. Und da hat die Delegation der Republik mit den Taliban verhandelt in Doha. Die saßen da in irgend so einem Ressort, lungerten da rum. Da hätte man hinfahren können und mal mit denen sprechen können. Das haben wir versucht, haben uns auch dafür eine Leitungsentscheidung geholt im BMZ, genau aus dem Grund: auf informeller Ebene mit den Taliban ins Gespräch zu kommen über das, was sie überhaupt wollen, ob man die irgendwie einbinden kann in Gespräche, ob sie sozusagen bereit wären, uns ein Stück entgegenzukommen - das wussten wir alles nicht.

Da war daran gedacht gewesen, dass ich nach Doha fliege - das hätte ich machen sollen -; aber diese Reise hat nicht stattgefunden aus logistischen Gründen, und dann war es auch irgendwann zu spät, dann gab es das nicht mehr. Das wäre meines Wissens die einzige Gelegenheit gewesen, wo das BMZ direkt mit den Taliban hätte ins Gespräch kommen können. Wie gesagt, AA hatte da andere Kanäle in Doha. Und natürlich: Die Vereinten Nationen haben ihre eigenen Kanäle auch auf operativer Ebene in den Provinzen genutzt, aber wir nicht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch mal eine Frage zu dem Ortskräfteverfahren. Im Juli 2020 fand eine Staatssekretärsrunde statt, für die Ihr Referat den Sprechzettel vorbereitet hat. Darin findet sich folgende Passage:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ggf. wird es

- gemeint ist das Bundesinnenministerium -

das Ortskräfteverfahren (OKV) ansprechen. Es hat angeregt, die Frist für die Anzeige einer Gefährdung nach Beendigung der Tätigkeit von jetzt 24 auf 12 Monate zu reduzieren.

Reaktiv

Wir werden auch nach einem Truppenabzug weiter in AFG arbeiten, sodass für uns das OKV weiterhin Relevanz haben wird. **Aus unserer Sicht sollte das Verfahren weiter so bestehen bleiben wie bisher** und eine Gefährdungsanzeige auch noch bis zu 24 Monate nach Ende der Tätigkeit möglich sein. In einem volatilen Kontext wie AFG ist es in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass Ortskräfte erst nach Beendigung der Tätigkeit bedroht wurden.

Das ist MAT A BMZ-3.84, Blatt 135. Und meine Frage ist: Dadurch, dass das so aufgemacht wird: 24 Monate, 12 Monate - - Also, wird das gewürfelt? Sind das Kriterien? War das, als Sie anfangen: „So haben wir es immer gemacht“, oder ist das in irgendeiner Runde mal beschlossen worden? Das würde mich interessieren, weil man das ja jetzt so, sage ich mal, offen diskutiert hat. Das hat mich schon etwas erstaunt.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja. Das bezieht sich auch auf die Ressortarbeitsgruppendifkussionen, die es damals gab. Das Ortskräfteverfahren war so angelegt gewesen, dass man zwei Jahre nach Beendigung der Tätigkeit einen Antrag stellen durfte, 24 Monate. Das galt über die Jahre hinweg. Da ist dann vom BMI angeregt worden, dieses Verfahren zu verkürzen, aus Praktikabilitätsgründen, vielleicht auch, um den Kreis der potenziell Anspruchsberechtigten zu reduzieren. Und das wurde auf der Ressortarbeitsebene diskutiert. Es gab keinen Konsens dazu, weil das BMZ sich dagegen ausgesprochen hatte. Ich weiß

nicht mehr, welche Position das AA hatte, ehrlich gesagt. Das BMZ war dagegen.

Wir haben das „Reaktiv“ in diese Vorbereitung für die Staatssekretärsrunde reingeschrieben, weil wir dachten, möglicherweise wird der BMI das da ansprechen und dann wollen wir nicht überrumpelt sein. Denn wenn das die Staatssekretäre so beschlossen hätten, dann wäre es durch gewesen. Das wollten wir natürlich nicht.

Ich meine mich zu erinnern, dass das aber nicht angesprochen wurde in der Staatssekretärsrunde. Also, es blieb beim reaktiven Punkt. In der Juni-runde, wenn ich mich richtig erinnere, haben wir sehr viel über Lage gesprochen, über die politischen Entwicklungen und nicht über dieses Ortskräfte-thema. Aber da müsste ich ins Protokoll gucken; dazu gibt es ja immer Protokolle.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, über Juni geht es auch bei mir weiter. Noch am 11. Juni, aber 2021 schrieb der Minister Müller einen Brief an die Ministerin Kramp-Karrenbauer mit der Bitte, die Frist für die Abgabe einer Gefährdungserklärung nicht über 24 Monate hinaus zu erweitern. Ich zitiere aus diesem Brief:

Dieser Vorschlag

- die Zweijahresgrenze aufzuheben -

ist aus meiner Sicht höchst problematisch, denn er wäre in dieser Form für die Ortskräfte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nicht darstellbar und liefe daher dem Grundsatz der Gleichbehandlung zuwider. Während für die Bundeswehr das Jahr 2013 entscheidend ist, kooperiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bereits seit 2001 mit der afghanischen Regierung. Dies bedeutet, dass es sich bei dem berechtigten Personenkreis nicht wie im Kontext des Bundeswehrein-satzes um eine Zahl von rund 4000 bis 5000 Menschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

handelt, sondern es voraussichtlich um mehr als 50.000 Menschen ginge. Auch ist zu bedenken, dass eine solche Entscheidung zur Ausweitung des Ortskräfteverfahrens eine enorme Sogwirkung über die definierte Gruppe hinaus entfalten könnte und zudem von einer Überlastung der Bearbeitungsstrukturen vor Ort auszugehen wäre.

Weiter steht da:

Wir sollten nicht aus dem Blick verlieren, dass wir selbstverständlich eine Verantwortung gegenüber unseren Ortskräften haben, aber ebenso dafür Sorge tragen müssen, das in den letzten 20 Jahren Erreichte für die afghanische Bevölkerung zu sichern. Dazu gehört auch, dass wir nicht zu einem - im schlimmsten Fall sich selbst verstärkenden - Exodus grade derjenigen Afghaninnen und Afghanen beitragen, die am meisten zu dem Aufbau ihres Landes beigetragen können.

MAT A BMZ-4.09, Blatt 55, 56.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin, die Bitte wäre, wenn wir das umgekehrt machen könnten: Die MAT-Nummer zuerst nennen. Dann haben die Kollegen es leichter, das zu finden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sonst müssen sie ganz lange Ihrem Zitat folgen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt. Ja, das macht Sinn.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wäre sehr nett.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo Sie recht haben, haben Sie recht. - Also, kennen Sie den Brief? Wie bewerten Sie diesen Brief?

Und wieso wurde dann die Ausweitung abgelehnt?

Zeuge Dr. Henning Plate: Die wurde gar nicht abgelehnt. Die wurde beschlossen, wenn ich richtig informiert bin. Ich kenne den Brief nicht, der ist entstanden in einer Zeit, als ich schon in Kabul war. Das heißt, den hat wahrscheinlich mein Nachfolger im BMZ in Berlin entworfen und skizziert, vermutlich - aber ich soll ja hier nicht vermuten, möglicherweise, nach meiner Wahrnehmung jetzt - unter dem Eindruck der Tatsache, dass eine Ausweitung der Antragsberechtigten um sehr, sehr, sehr viele Personen einfach zu erheblichen praktischen Problemen führen würde in dem Moment. Das war einfach dann logistisch nicht mehr händelbar; aber, wie gesagt, das war nicht mehr mein Desk.

Es ist aber ja so gewesen, dass das BMVg diese Ausweitung auch für die eigenen Beschäftigten beschlossen hat und das BMZ dann nachgezogen hat. Also, dieser Brief ist nach meinem Kenntnisstand - auch das fragen Sie aber bitte meinen Nachfolger, wenn der hier mal irgendwann sitzt - abschlägig beschieden worden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann meine letzte Frage, da geht es auch so ein bisschen - - Da mache ich jetzt keine MAT, weil da nichts ist. Das ist eher ein Zeitungsartikel, in dem eine Ortskraft halt berichtet, dass es so eine Art Verfahren gegeben haben soll, dass, sobald man eine Gefährdungsanzeige erhoben hat, die Gefahr bestand - und manche das auch erlebt haben -, dass der Vertrag beendet wurde, weil damit dann auch die Gefährdung beendet ist, weil derjenige nicht mehr beschäftigt ist. Kennen Sie solche Verfahren - das soll im Zusammenhang der GIZ so gewesen sein -, und wie bewerten Sie das?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich kenne die Verfahren, und ich kenne solche Fälle, und ich kenne auch die Diskussionen, die dazu stattfinden. Also, das ist korrekt, dass es diese Fälle gab. Die Argumentation der GIZ war zweigestalt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erst mal. Es sind unsere eigenen Ortskräfte. Das heißt, wir entscheiden in eigener Personalverantwortung; also, es war keine Entscheidung, die das Ministerium getroffen hat.

Und zweitens. Wenn jemand anzeigt, dass er aufgrund der Tätigkeit für uns in Lebensgefahr ist - und das ist ja eine Gefährdungsanzeige gewesen -, dann ist es nicht verantwortbar, diesen Menschen weiter ins Büro kommen zu lassen und zu beschäftigen; denn dann macht man sich ja dafür verantwortlich, den in Lebensgefahr zu bringen. Wenn der nach eigener Wahrnehmung in Lebensgefahr ist, dann sollte der seine Beschäftigung sofort beenden. Das ist in gewisser Weise ja nachvollziehbar als Argumentation, ist aber - - Und auch da ist das natürlich zweischneidig, weil es natürlich im Einzelfall auch dazu führen kann, dass Leute von einer Gefährdung abgehalten werden, weil sie ihren Job nicht verlieren wollen.

Aber Sie sehen das Dilemma. Das ist nicht ganz einfach zu beantworten in so einem Fall. Wenn jemand sagt: „Ich arbeite für dich, deshalb bin ich in Lebensgefahr“, dann kann ich nicht sagen: „Ja, schön. Komm bitte morgen wieder ins Büro.“ - Darauf bezieht sich das.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was ich jetzt interessant finde, ist: Es ist ja ein Begehren von Schutz, und die Lösung ist, ihn dann schutzlos zu stellen.

Zeuge Dr. Henning Plate: So würde ich das nicht sehen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da ist ja ein gewisser Widerspruch. Vielleicht können Sie den auflösen. Vielleicht habe ich den nur noch nicht verstanden.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, man hat den Menschen ja nicht schutzlos gestellt. Man hat nur gesagt, dass diese Personen ihre Tätigkeiten nicht fortführen bis zum Abschluss des Ortskräfteverfahrens, bis zum Abschluss der Gefährdungsanzeige. Sie sind meines Wissens - da nageln Sie mich nicht drauf fest - auch sogar weiterbezahlt worden, mussten nur nicht mehr ins Büro gehen.

Das heißt, man hat quasi den Schutz dieser Personen erhöht, weil man sie nicht mehr der Gefährdung des Arbeitens für Deutschland ausgesetzt hat. Das war ja der Trigger für ihre Gefährdungsanzeige nach dem Ortskräfteverfahren. Also, schutzlos hat man die nicht gestellt. Im Gegenteil, man hat sie eher aus der Schusslinie rausgenommen. Das war der Gedanke dahinter.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann ist es vielleicht doch ein abweichender Fall von dem, der in der Presse war. Da geht es eben darum, dass diese Person aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wurde. Und ich verstehe Sie jetzt so, dass diese Person eher freigestellt wurde und nach Abschluss des Gefährdungsprüfverfahrens weiter wieder zur Arbeit kommen konnte. Also, ich bin jetzt ein bisschen unsicher, ob wir die gleichen Fälle besprechen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja. Das ist mein Kenntnisstand, dass die sozusagen freigestellt wurden, weiterbezahlt wurden und dann, je nachdem, wie das Ortskräfteverfahren ausging, entweder ausgeleitet sind oder weiterarbeiten können. Vielleicht wurde das in der Praxis bei der GIZ anders gehandhabt. Ich kenne natürlich nicht jedes Projekt und auch nicht jeden einzelnen Vorgesetzten, wie der damit umgegangen ist. Das will ich nicht komplett ausschließen, dass es mal so gewesen ist. Ich weiß es schlicht nicht. Der Gedanke war ein anderer, nämlich der, den ich gerade skizziert habe.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Das waren meine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich komme noch mal zurück auf eine Frage der Kollegin Bayram, wo Sie geantwortet haben, dass es keine direkten Verhandlungen des BMZ mit den Schattentaliban gab. Ich zitiere MAT A BMZ-3.111, Blatt 13:

UNAMA berichtet, dass die TLB in ihrem Selbstverständnis als „Schattenregierung“ zunehmend



Nur zur dienstlichen Verwendung

„professioneller“ und fordernder auftreten und teilweise den Anspruch erheben, im Grundsatz über die Projektdurchführung mitzuzentscheiden.

Der nächste Satz ist, den ich nachfragen will:

Zum Teil wird sogar eine „Registrierung“ von NGOs bei den TLB eingefordert.

Das ist meine Frage: Wissen Sie oder können Sie bewerten, ob NGOs dieser Registrierungsforderung gefolgt sind, und was waren die Konsequenzen dann?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, die NGOs, die wir gefördert haben, die haben natürlich das Geld oder die Mittel aus deutschen Töpfen nur bekommen, wenn sie sich nicht bei den Taliban registriert haben. Das war Bedingung, Förderbedingung. So. Dann ist es allerdings natürlich so, dass manche NGOs in Gegenden gearbeitet haben, wo es halt Taliban gibt. Also, die mussten sich irgendwie mit denen ins Benehmen setzen. Die haben mit denen gesprochen. Ob das eine formelle Registrierung war oder einfach nur ein Gespräch, das entzieht sich meiner Kenntnis; denn die NGOs haben wahrscheinlich, wenn sie ein bisschen schlau sind, uns das auch nicht unbedingt in den Projektfortschrittsbericht reingeschrieben, weil sie genau wussten, dass das eine rote Linie war.

Also, diese Kontakte gab es mit Sicherheit; ist mir auch informell hier und da bekannt, dass es die gab. Aber über Details bin ich da nicht informiert. Es waren dann Kontakte, die auf lokaler Ebene, auf Ebene einzelner Distrikte stattfanden und sich in erster Linie oder ausschließlich mit der praktischen Umsetzbarkeit von Projektmaßnahmen befassten, so: Dürfen wir in Dorf XYZ fahren und da - keine Ahnung - die Schule betreiben? - Solche, auf dem Niveau, gab es mit Sicherheit, aber unter der Schwelle der offiziellen ministeriellen Kenntnisnahme.

Joachim Wundrak (AfD): Also, ich habe das verstanden: Wir können realistischweise nicht völlig ausschließen, dass deutsches Steuergeld für

NGOs dann zur Finanzierung der Taliban in Teilen benutzt wurde.

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja. Also, ich habe keinerlei Belege oder Beweise, dass das passiert sein könnte. Völlig ausschließen - was kann man schon völlig ausschließen? - kann man in dem Kontext wahrscheinlich nichts.

Was ich, glaube ich, tatsächlich nicht erlebt habe und von dem ich auch nichts weiß, sind Steuerzahlungen oder Schutzgeldzahlungen gegenüber den Taliban. Das hat nach meinem Kenntnisstand keine NGO gemacht, von der ich weiß. Man hat halt mal mit denen gesprochen; aber sobald die Geld haben wollten, hat man dann auch gepackt. Das heißt, Ihre Frage: „deutsches Steuergeld für die Taliban?“: Ausschließen kann man nichts; aber ich halte es für sehr, sehr unwahrscheinlich, dass das passiert ist. Und wenn uns das zur Kenntnis gelangt wäre, dann wäre das auch ein Fall mit Riesenaufbruch gewesen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja. Danke schön dafür. - Ich möchte zum Thema Polizei, Ihrer Einschätzung zur Polizeiarbeit kommen. Sie haben am 7. Januar eine E-Mail geschickt - MAT A BMZ-3.122, Blatt 3 -, und Sie stellen hinsichtlich der afghanischen Polizei fest - ich zitiere -:

Die Polizei mit ihren fachfremden Aufgaben und der schlechten Personalausstattung damit überfordert ist, ihrer eigentlichen Kernaufgabe, der Bereitstellung von ziviler Sicherheit für den Bürger, heillos überfordert ist. Das liegt auch daran, dass sie immer wieder in den Auseinandersetzungen mit den Taliban gefordert und z.B. in Checkpoints verheizt wird. Die Folge ist Mangel an Personal und Ausstattung. Hinzu kommen die unklaren Loyalitäten und Kommandoketten diversen Hilfspolizeieinheiten wie der ALP, die stark vereinfacht gesagt aus irgendwelchen Banden bestehen, denen man kleine Gehälter und eine Schulterklappe finanziert, um sie im Kampf gegen die Taliban irgendwie bei der Stange zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

halten. Zudem ist wohl kaum ein Sektor so von Korruption, Redtape

- das ist Amtsschimmel, unsinnige Bürokratie -

und der Nähe zur organisierten Kriminalität befallen wie die Polizei.

Können Sie uns da Ihre Erfahrungen noch mal darstellen? Ist das allgemein das Bild gewesen, was im gesamten westlichen Hilfsbereich verbreitet war, oder ist das jetzt eine überspitzte Darstellung in einer Situation?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, das ist die überspitzte Darstellung meiner persönlichen Wahrnehmung. So habe ich es wahrgenommen damals. Der Polizeiaufbau war keine Erfolgsstory. Ich bin aber kein Polizeiexperte. Da gibt es andere Ressorts, andere Kollegen, die sich da besser auskennen natürlich. Mein Eindruck war, dass die zivilen Sicherheitskräfte - genau wie es da stand; wie Sie es gerade zitiert haben -, die Polizei im Kampf gegen die Taliban verheizt wurden und dass insgesamt der Bereich der personellen, zivilen Sicherheit - und da gehört auch Rechtsstaatlichkeit mit dazu; also dass man sich auf den Staat und seine Regeln verlassen kann - von der westlichen Gebergemeinschaft nicht zufriedenstellend bearbeitet wurde. Das ist einer der entscheidenden Gründe, warum es uns nicht gelungen ist, da einen Staat aufzubauen. Und wie ich das da geschrieben habe, ist vielleicht etwas pointiert; aber im Grundsatz: That's it, was ich dazu zu sagen habe. So, dahinter stehe ich.

Joachim Wundrak (AfD): Ja. Das erwarte ich auch von Ihnen, dass Sie dahinter stehen. - Aber Sie prognostizieren weiter den Kollaps der afghanischen Polizei, sobald die internationalen Zahlungen für Gehälter und Ausstattung ausbleiben würden. Auch dieser Sektor hänge in erster Linie von den Amerikanern ab, was nach Ihrer Ansicht zu den bekannten Fragen der Zukunftsperspektiven führe. - Können Sie diese Zukunftsperspektiven vielleicht noch mal erläutern in dem Zusammenhang, was Sie gemeint haben?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja. Die afghanischen Streitkräfte und Sicherheitskräfte sind ja mehr oder weniger komplett von Geberseite finanziert worden und von einem - - Also, die Zahlen, die ich jetzt im Kopf habe, sind 5 Milliarden im Jahr, und 4 Milliarden davon oder 4,5 Milliarden kamen von den Amerikanern, sowohl für die Armee als auch für die Polizei. Und die Szenarien des amerikanischen Abzugs gingen natürlich einher mit einer Verringerung dieser Beiträge. Es war eigentlich klar, dass dieses Finanzierungsniveau nicht fortgesetzt werden kann, wenn die Amerikaner gehen - abgesehen davon, dass die möglicherweise auch einige sogenannte Geistersoldaten da hatten, die es nur auf dem Papier gab und so, und die ANA gar nicht so groß war, wie alle dachten. Natürlich - das wissen Sie wahrscheinlich besser als ich -: Eine unterfinanzierte Truppe, die bewaffnet ist, egal ob es Polizei ist oder eine Armee, fängt an zu marodieren und sucht sich anderswo Geld und Beschäftigung. Diese Gefahr war real, und das hätte natürlich unmittelbar zu einer weiteren Eskalierung des Konflikts führen können mit Konsequenzen für uns alle, die wir da waren. Und zum Teil ist das ja auch in einzelnen Provinzen genauso passiert. Darüber haben wir uns natürlich Sorgen gemacht.

Das ist eine entscheidende Rahmenbedingung auch für die Entwicklung - auch wenn es nicht unser Beritt ist. Die Rahmenbedingungen, die diese Sicherheitskräfte für uns dargestellt haben, waren entscheidend. Deshalb mussten wir das im Auge haben und uns ein Bild davon machen, was wir da erwarten konnten.

Joachim Wundrak (AfD): Ja. Danke schön. - Ich habe noch eine Frage, und zwar zitiere ich aus einem Interview, was Sie einem gewissen Florian versandt haben per E-Mail; MAT A BMZ-3.130, Blatt 17. Da wird ein Gedanke ausgeführt - ich zitiere -:

Der Geburtsfehler der Doha Verhandlungen ist, dass die Amerikaner das Narrativ der Taliban untermauern, in welchem die Regierung in Kabul lediglich als Stellvertreter der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten



Nur zur dienstlichen Verwendung

auftaucht und nicht als legitime Vertretung der Bevölkerung.

Es ging um Interviews im Zusammenhang mit der strategischen Ausrichtung der deutschen Entwicklungshilfe in Afghanistan. Meine Frage geht dahin: Wie schätzen Sie das ein? Wurde die afghanische Regierung von der Bevölkerung oder der Mehrheit der Bevölkerung als legitime Vertretung wahrgenommen oder nicht? Ich denke, das ist eine der Knackfragen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Es gab dazu ja auch Umfragen, dass die afghanische Regierung nicht von allen Teilen der Bevölkerung als legitime Vertreter wahrgenommen wurde. Aber es war durchaus besser, als man jetzt allgemein dachte. Ich meine, natürlich gab es Korruptionsvorwürfe usw.; aber die Regierung ist von vielen Afghanen - die Republik, sage ich jetzt mal, nicht die einzelnen Politiker - schon als legitime, wünschenswerte Staatsform betrachtet worden.

Und in Doha - in der Tat, Sie haben es ja gerade zitiert - gab es das Doha-Abkommen. Das ist halt nicht zwischen der Regierung und den Taliban geschlossen worden, sondern zwischen den Amerikanern und den Taliban. Die Regierung kam nicht vor. Also haben die Amerikaner - und das steht ja da drin, in dem Schriftstück - in dem Moment dieses Narrativ bedient, indem sie gesagt haben: Ihr braucht überhaupt nicht mit der Regierung zu verhandeln, das sind eh Marionetten. Es reicht, wenn ihr mit uns verhandelt. - Und das ist natürlich fatal gewesen für das Ansehen der Regierung und hat allen, vor allen Dingen auch seitens der Taliban, verdeutlicht, dass die Regierung von den Amerikanern, wenn es hart auf hart kommt, im Regen stehen gelassen wird. Und das ist ja nachher auch genau passiert. Insofern: Das war in meinen persönlichen Augen - so habe ich das damals wahrgenommen - ein entscheidender politischer Fehler, den die da gemacht haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege, da es die letzte Runde ist, habe ich Ihre Redezeit schon um 30 Prozent verlängert.

Joachim Wundrak (AfD): Ich bin Ihnen dankbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber die wäre dann jetzt trotzdem zu Ende, und wir wechseln zur FDP.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Plate, ich möchte auch mal verschiedene Fragen zum Thema „Koordination innerhalb der Bundesregierung“ stellen, um mit Ihnen bildlich zu sprechen. Was Sie vorher gesagt haben mit dem Liedblatt. Ich möchte da auch noch mal anknüpfen, wo mein Kollege Müller vorher aufgehört hat. In MAT A GIZ-3.07, Blatt 154 - da haben wir vorher schon mal draus zitiert - liegt ein Schreiben vor. Da heißt es:

Trotz langer und intensiver Diskussionen - sowohl zwischen der GIZ und dem BMZ als auch zwischen Bundeskanzleramt, BMI, AA und BMZ - stehen weiterhin grundlegende politische Entscheidungen der Bundesregierung zur Ausgestaltung eines auf den Ernstfall angepassten OKV aus.

Das Schreiben ist nicht von Ihnen, und es ist auch aus einer Zeit, vom 17. August 2021, als Sie da auch schon nicht mehr vor Ort waren. Ich möchte einfach nur sozusagen diese Aussage nehmen, um Sie zu fragen: Wie bewerten Sie die dort getroffene Aussage grundsätzlich vor dem Hintergrund Ihrer praktischen Erfahrung? Inwieweit ist es auch Ihr Eindruck gewesen, dass im Regierungsapparat wichtige Grundsatzentscheidungen zu lange nicht getroffen wurden?

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, erst mal haben Sie völlig recht. Das ist ein Schriftstück, da war ich schon nicht mehr auf Posten in Kabul, da war ich mit dem Thema nicht mehr befasst, insofern ich - - Und es ist eine sehr, sehr dynamische Zeit gewesen, dieser August. Also, das sind quasi im Tages-, im Wochenabstand - - hat sich die Lage komplett geändert. Insofern: Ich interpretiere dieses Schreiben, das ich nicht verfasst habe, das ich nicht kenne, dahin gehend, dass die dynamische Lageentwicklung einen kontinuierlichen Entscheidungsbedarf erzeugt hat, der - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mich interessiert mehr Ihre eigene Einschätzung. Ich habe das



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur als Vorlage genommen sozusagen. Wie haben Sie das wahrgenommen zu der Zeit?

Zeuge Dr. Henning Plate: Na ja. Wie habe ich das wahrgenommen zu der Zeit? Eigentlich habe ich das wahrgenommen zu der Zeit, dass - - Tja. Ich meine, das war die chaotische Zeit, als Kabul fiel und die Bilder vom Flughafen da sind. Ich war persönlich vor allen Dingen geschockt, als ich das gesehen habe, und habe wahrgenommen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die Kameradinnen und Kameraden das getan haben, was sie konnten, um die Leute rauszuholen, die sie konnten, dass es nicht unbedingt an grundsätzlichen Entscheidungen mangelte, sondern eher an praktischen Umsetzungsmöglichkeiten bei der Evakuierung. Das war meine Wahrnehmung zu dem Zeitpunkt.

Aber again: Da war ich nicht im Zentrum des Geschehens und möchte mir kein Urteil erlauben über das, was die Kollegenschaft dort gerade beschäftigt hat. Und wenn die Entscheidungsbedarf gesehen hat, dann gab es den mit Sicherheit auch. Da müssten Sie den Helmut Fischer fragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Inwieweit hatten Sie denn während dieses gesamten Untersuchungszeitraums den Eindruck, dass die Abstimmungen zwischen den Ressorts effizient oder ineffizient verliefen? Also, was war da so Ihr - - Wenn Sie sagen, wenn Sie da ein Resümee ziehen würden: Wie verliefen diese Ressortabstimmungen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, in einer Nussschale: Ich glaube, das war schon ein Modell für die ressortübergreifende Zusammenarbeit, was wir da in Afghanistan gezeigt haben, mit Höhen und Tiefen, auch mit Berührungspunkten am Anfang von verschiedenen Seiten, zwischen den Streitkräften und den NGOs usw. Aber wir haben uns im Laufe der Jahre, gerade hier in Berlin, zu einem, aber vor Ort auch, wirklichen konstruktiven Miteinander gemausert. Es klappt auch nicht immer alles. In jeder Beziehung gibt es Höhen und Tiefen; aber im Großen und Ganzen würde ich die Ressortabstimmung, die Ressortzusammenarbeit, die gemeinsame Lagebewertung durchaus positiv betrachten. Also ich, ne - - Das ist, glaube ich,

deutlich besser als in manchen anderen Kontexten zu - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In einem E-Mail-Verkehr vom 21. Juni 2021, der uns in MAT A BMZ-3.130 VS-NfD, Blatt 48 vorliegt, geht es um ein ressortgemeinsames Non-Paper zu den Ergebnissen einer Szenarienanalyse für Afghanistan. In diesen E-Mails heißt es unter anderem, dass es für eine strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit unbedingt notwendig sei, dass innerhalb der Bundesregierung politisch definiert werde, welche strategischen Ziele und Interessen die Bundesregierung in Afghanistan nach Abzug der Truppen in Afghanistan habe.

Das legt nahe, dass es eine solche Zieldefinition seitens der Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt, also Ende Juni 2021, nicht gab. Würden Sie dieser Aussage zustimmen und, wenn nicht, warum nicht?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich würde der mit Einschränkung zustimmen, dieser Aussage. In einem hochdynamischen Umfeld, wo sich Lageelemente wirklich im Monatsabstand ändern, ist es sehr schwer oder eine große Herausforderung, ein langfristig gültiges Zielsystem zu definieren, was einen auch praktisch leitet. Und da glaube ich, dass es da tatsächlich auch unterschiedliche Strömungen gab zwischen maximaler Flexibilität im politischen Alltag und dem Wunsch nach einem festen Rahmen, wie Afghanistan und unser Engagement künftig aussehen konnten. Und das war Teil der Diskussion im Ressortkreis, wie man da eine gute Balance findet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dieser Wunsch nach strategischen Zielen, der wahrscheinlich vor allem vom Auswärtigen Amt und BMZ da war, wurde der denn auch ans Bundeskanzleramt herangetragen und, wenn ja, auf welcher Ebene? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Henning Plate: Wurde durchaus auch in der Staatssekretärsrunde natürlich ans Bundeskanzleramt herangetragen. Auch bei den Ressortrunden war das Bundeskanzleramt ja immer dabei, bei den Ressortbesprechungen und den



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorbereitenden Ressortbesprechungen. Die Zusammenarbeit war da auch sehr eng und gut. Ich glaube, diese unterschiedlichen Wahrnehmungen haben sich eher geäußert in der Bereitschaft, konkret Dinge auch auszuformulieren auf der Arbeitsebene.

Also, wie soll ich das sagen? Sagen wir mal so: In Kreisen der Diplomatie ist Flexibilität Gold wert. In der Entwicklungszusammenarbeit haben wir immer konkrete, messbare Ziele, damit man auch sehen kann, was rauskommt mit unserem Geld. Das sind vielleicht so diese Spannungsfelder, die sich dann auch natürlich widerspiegeln, wenn man sich gemeinsam Gedanken macht, wie man in einem hochkomplexen Umfeld wie Afghanistan politisch und ressortübergreifend agiert.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Bereits am 12. Februar 2021 wurde innerhalb des BMZ, Referat 312, mit dem Sie auch in Kabul in engem Austausch standen, als wahrscheinlichstes Szenario für Afghanistan angenommen, dass es nach monate- bis jahrelangen Verhandlungen in Afghanistan zu einem ähnlichen politischen System wie im Iran kommen werde, wobei die Rolle der Taliban der eines religiösen Rates mit weitreichenden Entscheidungs- und Steuerungsrechten entspreche.

Wie erklären Sie sich, dass es trotzdem im Juni 2021, worauf ich mich ja vorher bezogen habe, noch keine Entscheidung seitens der Bundesregierung gab, welche Rolle die deutsche EZ in einem System mindestens unter Beteiligung der Taliban spielen soll, wie die vorangegangene Frage zu MAT A BMZ-3.130, Blatt 48 gezeigt hat? Also, sprich: Man hat im Februar ja schon sozusagen gesagt: „Wir haben ein bestimmtes Szenario“, und im Juni war immer noch keine Strategie da. Sie haben gesagt, man braucht Flexibilität. Aber ich kann das nicht so ganz nachvollziehen. Vielleicht können Sie mir da noch mal ein bisschen helfen.

Zeuge Dr. Henning Plate: Also, erst mal, glaube ich, war das keine - - ist nicht die Bundesregierung zu der Entscheidung oder zur Einschätzung gekommen, dass ein nach iranischem Vorbild errichtetes religiöses System das wahrscheinlichste

Szenario ist. Das war eins von den Dingen, mit denen wir uns beschäftigt haben, wenn man sich mal überlegt hat: Was wollen denn die Taliban eigentlich? Vielleicht könnten sie so was im Iran wollen. - Aber das wurde dann auch - - Da gab es auch gute Gründe, zu denken, dass die eben anders sind als die iranischen Mullahs. Insofern: Das war nicht das wahrscheinlichste Szenario.

Ich sehe das nicht so, dass wir keine Entscheidung hatten über die wahrscheinliche Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in so einem Szenario, sondern wir haben uns ja operativ so aufgestellt, dass man sich anpassen konnte an die verschiedenen politischen Szenarien mit unserer Arbeit. Wir waren handlungsfähig in unterschiedlichen politischen Szenarien und hätten dann, wenn es zu so was kommt, auch handlungsorientierte Vorschläge gemacht.

Insofern: Wir waren strategiefähig, wir hatten strategische Ideen, und wir waren auch operativ handlungsfähig an der Stelle. Insofern: Ihre Einschätzung - weiß ich nicht, wer das geschrieben hat; vielleicht waren das andere Leute, müssten Sie die fragen -: Ich teile Ihre Schlüsse da nicht eins zu eins.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. - Vielleicht für das Protokoll: Das war MAT A BMZ-3.130 VS-NfD, Blatt 43. Und das war Referat 312, das das als wahrscheinlichstes Szenario geschildert hat.

Vielleicht noch als allerletzte Frage von meiner Seite. Sie hatten vorher gesagt, dass man in Kabul dann zum Schluss so wie in einer Blase gesessen sei und nicht mehr rausgekommen sei. Welche Lehren würden Sie denn jetzt für die deutsche Entwicklungsarbeit ziehen? Muss man raus aus der Blase oder nicht? Sie hätten in dieser Zeit ja auch die Entwicklungszusammenarbeit aus der Botschaft heraus dann steuern können, und das sei möglich gewesen. Aber welche Schlüsse würden Sie jetzt für die Entwicklungszusammenarbeit ziehen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Natürlich muss man raus aus der Blase. Also, man muss natürlich sehen, dass man möglichst viel Informationen aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Land, in dem man agiert, bekommt. Und das hat die Sicherheitslage in Kabul am Ende leider nicht mehr zugelassen. Das war eine missliche Situation.

Und was schließe ich daraus? Natürlich dass wir alles daran tun müssen, um unsere praktische Handlungsfähigkeit, operative Handlungsfähigkeit zu erhalten und politisch auch die Informationen zu bekommen, die wir brauchen. Ja, operativ! Was schließe ich da noch draus? Das ist es eigentlich. So eine Blase war natürlich Mist; aber wir haben uns das ja nicht ausgesucht, dass Corona kam. Also, ich kann jetzt auch daraus schließen, dass Corona und die Sicherheitslage möglichst vermieden werden sollen. So irgendwie. Das hat sicherlich dazu beigetragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Da stimmen Ihnen sicherlich alle zu. Ja.

Zeuge Dr. Henning Plate: Da stimmen Sie mir zu, oder? Sind wir alle einer Meinung. Ja, es waren die Rahmenbedingungen. Die waren ungut, aber die waren ein Stück weit auch extern jetzt dann für uns gegeben. Also, da mussten wir mit arbeiten und haben das versucht, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann danke ich Ihnen. - Vielen Dank, dass Sie heute da waren.

Zeuge Dr. Henning Plate: Gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich kann jetzt hier den Abschluss machen. Ich möchte noch mal auf das Ortskräfteverfahren zu sprechen kommen; Frau Bayram hatte da auch schon sehr viele Fragen zu gestellt. Sie hatten ja gesagt, 1 500 Leute waren ungefähr angestellt. Waren die alle direkt angestellt, oder war das über Subunternehmen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Nee, das waren meines Wissens die, die alle fest angestellt sind, nicht über Subunternehmen. Die kamen extra.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wie viele sind das ungefähr gewesen bei Subunternehmen?

Zeuge Dr. Henning Plate: Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Es kommt auch drauf an, wie man es definiert, wo die Subunternehmen anfangen und aufhören. Also, der Bauunternehmer, der die Straße baut, ist ohne Zweifel ein Subunternehmer. Aber der Typ, der den Laster fährt, um den Sand zu bringen für den Bauunternehmer, der die Straße baut, ist ein Subsubunternehmer. Und der Typ, der den Laster repariert, ist noch eine Ebene tiefer. Also, da gab es keine klare, feste Definition. Aber da reden wir dann sicherlich von einem Faktor mal fünf, mal sechs, wenn wir die Subunternehmer dazunehmen, also von einem höheren vierstelligen Betrag, schätze ich. Aber kommt auf die Definition an.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wir haben das in anderen Bereichen gesehen, als wir die Ortskraft hier vor ein paar Wochen befragt haben, dass von direkten Verträgen zu Subverträgen gewechselt wurde. Hat es das auch beim BMZ gegeben bei den Ortskräften?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das hat es beim BMZ gegeben bei den Ortskräften. Das war ja unsere - - Also, sagen wir mal so: Die Ortskräfte der Entwicklungsprojekte waren alle in der Ressortzuständigkeit des BMZ. Das AA hatte quasi nur die eigenen Ortskräfte, die an der Botschaft tätig waren, und beim BMVg waren es halt die lokalen Sicherheitskräfte. Diese klassischen Subunternehmer, Firmen, Consultants, NGOs, die Sie schildern, die waren in der Zuständigkeit des BMZ.

Und ja, diese Diskussion hat es gegeben, ob man den Anspruch da erweitern sollte auf diese Personen, und die ging auch hin und her, die Diskussion. Im Endeffekt hat man ja entschieden, das zu tun. Also, man hat ja den Kreis der Antragsberechtigten dann in der ersten Jahreshälfte 2021 irgendwann erweitert zumindest auf Consultants und NGOs. Ob die Subsubsubunternehmer da dann auch mit drin waren und wie man das definiert hat, das war Gegenstand laufender Verhandlungen. Da bin ich auch im Detail nicht mehr informiert gewesen. Aber das wären dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich auch ganz schnell sehr, sehr, sehr viele Menschen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Sie haben jetzt ja selber schon so ein bisschen das Problem verdeutlicht der Subsubsubunternehmer, und so richtig eine Grenze ziehen kann man nicht. Man kann auch nicht so genau sagen: Was ist jetzt - - Wo würde man selber die Grenze ziehen? Haben Sie Kenntnis, ob die Taliban so eine Grenze akzeptieren, Subunternehmer oder fest angestellt, in Bezug auf die Gefährdung?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich glaube, das ist den Taliban überhaupt nicht bekannt und bewusst. Das ist denen auch egal. Ich glaube, das ist eine technische Diskussion, die wir hier führen, die wir als Hilfsmittel genommen haben, um den Kreis der Antragsberechtigten einzuzugrenzen.

Ich glaube übrigens auch nicht - und das deckt sich auch mit den Informationen, die wir aus Afghanistan haben -, dass die Taliban diese Ortskräfte angegriffen haben, weil sie für Deutschland gearbeitet haben. Im Einzelfall mag es da tragische Schicksale gegeben haben, aber es nicht so, dass jetzt alle Ortskräfte von den Taliban zusammengetrieben und bestraft wurden.

Clara Bünger (DIE LINKE): Sie haben jetzt selber gesagt, die Taliban machen da nicht so eine Unterscheidung in Bezug auf die Gefährdung der Menschen. Ich teile Ihre Auffassung da. Ich glaube, es muss die Brille der objektiven Gefährdungslage da angelegt werden. Das war ja auch so ein bisschen die Kritik, die im Rahmen des Ortskräfteverfahrens auch von NGOs geteilt wurde. Also, würden Sie auch sagen, dass die Taliban, so wie Sie das beobachtet haben, eben nicht unterscheiden, ob das ein Kabelträger ist, der jetzt für Deutschland arbeitet oder eben direkt angestellt ist oder als Subunternehmer arbeitet?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ich glaube, die unterscheiden da tatsächlich nicht. Ich glaube aber auch nicht, dass die Taliban den Kabelträger, unabhängig davon, ob es ein Subunternehmer ist oder kein Subunternehmer, bedrohen, weil er für Deutschland gearbeitet hat. Das nehme ich nicht wahr oder habe ich nicht wahrgenommen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Da können wir ja jetzt auch nicht in die Köpfe derjenigen gucken, die Menschen -

Zeuge Dr. Henning Plate: Können wir nicht. Ich wollte es nur der Vollständigkeit halber - -

Clara Bünger (DIE LINKE): - foltern oder umbringen, weil es hat ja schon über 30 Ortskräfte gegeben, die eine Aufnahmezusage hatten, die dann verstorben sind, bevor sie nach Deutschland kommen konnten.

Ich habe noch eine andere Frage - und das wäre meine letzte Frage -, zur Frage der Bilanz des BMZ; das hatte meine Vorrednerin auch angesprochen. Da wird an einer Stelle ausgeführt, dass mehr als - und jetzt zitiere ich - 21 000 Personen, davon circa die Hälfte Frauen, an juristischen Trainings teilgenommen hätten, die sie zur Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte befähigen. Wie wurden diese Zahlen von Ihnen in der Regel erhoben?

Sie sagten ja vorhin selber, dass es große Defizite im Bereich der Rechtssicherheit gegeben hat. Die Demokratie war auch nicht stabil. Und wir haben jetzt auch gehört, die Blase - das hat die Kollegin vorhin angesprochen - - dass es in Kabul sehr viele Fortschritte gab, aber in den ländlichen Regionen eben eher nicht. Deshalb: Bei den Ortskräften sagten Sie auch, dass es insbesondere die hochqualifizierten waren, die gerne in Kabul blieben. Deshalb meine abschließende Frage: Was wäre denn aus Ihrer Perspektive notwendig gewesen, um auch im ländlichen Raum erfolgreicher zu sein?

Sie sagten dann vorhin auch, dass man dafür mehr als 20 Jahre brauchen würde. Und ich möchte Sie daher fragen, ob Sie es wirklich nur - - ein zeitlicher Faktor ist oder ob es nicht auch andere Weichenstellungen in der Vorgehensweise für Erfolgsversprechendes - - für einen größeren Erfolg gegeben hätte. - Danke.

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, danke. - Das ist ein weites Feld. Darüber könnte man ganze Bibliotheken füllen, glaube ich, über diese Frage. Die ist hochgradig berechtigt. Natürlich hat es nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur an der Zeit gelegen, sondern es gibt auch wirksame Ansätze und weniger wirksame Ansätze. Deshalb haben wir auch immer wieder alles evaluiert zwischendurch und überprüft, was klappt und was nicht klappt.

Ich möchte Ihnen widersprechen dahin gehend, dass wir im ländlichen Bereich durchaus auch erfolgreich waren. Wir haben tolle Projekte im ländlichen Bereich, weil im ländlichen Bereich noch Dorfstrukturen existieren, Dorfkäpfe existieren, wo man irgendwie drauf aufsatteln kann. Also, da funktioniert die Gesellschaft noch, in den Dörfern. Es ist wesentlich schwerer manchmal, in die urbanen Bereiche reinzukommen, erst recht, wenn es sich um Slums und so was handelt und irgendwelche Zentren für IDPs und Flüchtlinge.

Also, da können wir uns lange drüber unterhalten, was gut gewirkt und was nicht gut gewirkt hat. Und wahrscheinlich wird ja auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Ich glaube, wenn ich da jetzt anfangen, dann kommen wir hier nicht mehr rechtzeitig raus.

Clara Bünger (DIE LINKE): Dann noch die Frage, wie Sie die Daten erhoben haben mit den 21 000.

Zeuge Dr. Henning Plate: Die Daten erhoben haben, ja, mit den 21 000. Das ist in dem Fall tatsächlich relativ einfach gewesen. Wir haben natürlich unsere Aktivitäten einfach gemonitort. Also, diese 21 000, das ist ein Teil unseres Rule-of-Law-Projektes gewesen, also des Rechtsstaatlichkeitsprojektes, und da wurden Menschenrechtstrainings, Bürgerrechtstrainings durchgeführt in den Provinzen. Also, da sind Trainingsteams - aus afghanischen Frauen in dem Fall - in die Provinzstädte, in die Dörfer gefahren und haben Seminare, Trainings gemacht. Und das war einfach eine Zahl der Teilnehmer, die daran teilgenommen haben, an diesen Trainings.

Da wurden die aufgeklärt über ihre Bürgerrechte, über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, gerade Frauen, die dann ja zum Teil überhaupt nicht wissen, dass sie auch in Afghanistan nicht ein-

fach ihrem Ehemann gehören, und solche Sachen. Also, Menschenrechtstraining haben wir da viel gemacht. Und das wird die Zahl der Teilnehmer gewesen sein, also in dem Fall tatsächlich relativ einfach zu erheben. Wie wirksam das dann war, also was die davon behalten haben, was das gebracht hat, ist noch mal eine andere Geschichte. Aber die Zahl der Teilnehmer ist wahrscheinlich relativ einfach zu erheben gewesen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Schönen Dank. - Ich darf der Kollegin Frau Bünger übrigens gratulieren, die gerade zur Obfrau der Linksfraktion für den Ausschuss benannt worden ist. Das sind Neuigkeiten, die man am Rande auch noch hört.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch zwei kurze Abschlussfragen meinerseits. Zum einen haben Sie auf verschiedene Fragen ausgeführt, dass Sie am Ende doch überrascht gewesen seien, wie das mit dem Niedergang der Regierung und der mehr oder weniger kampfflosen Übernahme durch die Taliban erfolgt ist. Kann das auch damit zu tun gehabt haben - das ist ja die Deutung anderer, wie man lesen kann -, dass die Regierung hochgradig unbeliebt gewesen ist, gerade aus Korruptionsgründen - Rauschgift, Kriminalität, Korruption - belastete Leute, die da in der Regierung waren, und insofern einfach zu wenig Loyalität gegenüber dieser Regierung auch bei denen gewesen ist, die da als Streitkräfte waren? Wäre das eine Deutung, der Sie beipflichten können?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja. Ich glaube, da haben Sie recht. Also, ich glaube, die Regierung hat natürlich auch gespürt, was sie im Sattel hält, was sie an der Macht hält, und das waren natürlich auch die internationalen Streitkräfte. Also, die wussten wahrscheinlich auch, dass sie sich nicht lange hätten halten können, und haben dann wahrscheinlich eher gesagt: Ich rette meine Haut heil und übergebe quasi die Macht, und dafür lassen mich die Taliban in Ruhe, bevor ich mich hier jetzt noch in einem blutigen Bürgerkrieg weiter verzetteln ohne internationale Unterstützung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben recht: Das Ansehen der Regierung von Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah war nicht gut. Es gab Korruptionsvorwürfe, sie waren nicht sonderlich beliebt am Ende bei vielen. Insofern: Die wären wahrscheinlich, wenn man in dem Moment eine freie Wahl hätte machen können, auch nicht wiedergewählt worden, also wahrscheinlich, ne? Ich interpretiere jetzt nur rein, dass die wahrscheinlich auch gespürt haben, dass es zu Ende geht. Aber wir haben es halt nicht mitgekriegt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und die zweite Frage bezieht sich auf etwas, was Sie - - Sie sind ja heute ganz viel zu dem Ortskräfteverfahren aus den unterschiedlichsten Perspektiven gefragt worden. Verstehe ich Ihre Antwort richtig, wenn Sie sagen, die Lage der Ortskräfte war extrem unterschiedlich, je nachdem, was sie gemacht haben, wie die persönliche Betroffenheit war, je nachdem, in welchen Bereichen sie gearbeitet haben, von welchen, die sehr gefährdet waren, bis zu solchen, die das eher nicht waren? Aber bei manchen spielte auch materielle Not eine Rolle, weil die Situation sich deutlich ver- - Das war ja das, was einer der Sachverständigen auch ausgesagt hat; da hatte Herr Röwekamp vorhin nachgefragt. Das gibt in etwa das wieder, was Sie auf unterschiedliche Fragen zum Thema Ortskräfte gesagt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe?

Zeuge Dr. Henning Plate: Ja, das ist richtig. Die Einschätzung teile ich so.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann stelle ich fest, dass wir zum Ende der Befragung gekommen sind.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist die Vernehmung noch nicht, vielmehr bekommen Sie das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt, haben zwei Wochen Zeit, etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder auch etwas richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach wird der Abschluss der Vernehmung dann vollzogen.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, übrigens auch deshalb - ich will nicht parteilich

argumentieren, weil jeder Zeuge hier gleich behandelt wird -: Sie haben sich in hohem Maße bemüht, die Fragen zu beantworten, die Ihnen gestellt worden sind. Das ist nicht immer so. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Wenn dann ansonsten keine Anmerkungen mehr sind, würde ich diese Vernehmung beschließen. Alles Gute für Sie und gute Besserung!

Ich würde die Sitzung unterbrechen, und wir fahren gleich fort mit dem nächsten Zeugen.

(Unterbrechung von
17.05 bis 17.18 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Marcus von Essen

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir die Sitzung fort. Unser zweiter Zeuge, Herr von Essen, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr von Essen, Sie haben den Erhalt der Ladung und der Umladung zusammen am 17. November 2022 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen, bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie auf den heutigen Tag umladen mussten. So was kommt jetzt häufiger vor.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Professor Ignor, den wir bereits aus der vorherigen Vernehmung kennen, Platz genommen. - Herr Rechtsanwalt, die Hinweise bei der letzten Vernehmung würde ich jetzt nicht wiederholen; ich unterstelle, dass Sie die behalten haben.

Zunächst, Herr von Essen, bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Aussagen macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit

sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Marcus von Essen: Nein, Herr Vorsitzender. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, sich bitte auch in der Nähe des Mikrofons aufhalten, dass wir es gut verstehen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich füge allerdings ausdrücklich hinzu: Es handelt sich hier um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Es ist auch der Ausschuss, der es feststellt, wenn das so wäre.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Marcus von Essen: Keine Fragen. - Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen - die müssen wir jedem Zeugen sagen, das wissen Sie - komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung.

Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach Stärkeverhältnis der Fraktionen, also die Zeit, die den jeweiligen Fraktionen zusteht.

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge Marcus von Essen: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen dienstlichen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Marcus von Essen: Vielen Dank. - Schönen guten Tag! Schönen guten Abend! Mein Name ist Marcus von Essen. Ich bin 47 Jahre alt, bin Beamter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und die ladefähige Anschrift ist Stresemannstraße 94, 10963 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. Das ist beim Protokoll so angekommen. - Herr von Essen, Sie können, wenn Sie es wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Marcus von Essen: Vielen Dank für die Gelegenheit, vielleicht kurz zu erläutern meine Befassung mit dem Untersuchungsgegenstand in meiner damaligen Funktion. - Ich war von April 2018 bis zum 31.07.2020 Referent im Referat des Bundeskanzleramtes für die bilateralen Beziehungen mit den Regionen Nordafrika, Maghreb, Naher und Mittlerer Osten, Asien, Pazifik und

Lateinamerika und da unter anderem für Afghanistan zuständig. Ich habe diese Funktion zum Juli 2020 verlassen und bin jetzt seither im Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit als Referatsleiter für Ostafrika tätig. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Mitglieder des Ausschusses haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen die Fragestellerin/der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Ich verzichte auf Eingangsfragen. - Damit geht das Fragerecht an die SPD und an die Kollegin Yüksel. Sie haben das Wort.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen und danke, dass Sie uns für unsere Fragen zur Verfügung stehen.

Ich würde gerne zu Beginn einige Fragen stellen, und zwar: Sie sagten ja eben, dass Sie, wenn ich das richtig verstanden habe, bis zum 31.07.2020 im Referat zuständig waren für bilaterale Beziehungen zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, des Maghreb, Asiens. Das haben Sie ja eben erwähnt. Können Sie uns die Aufgaben des Referats 213 noch mal vielleicht kurz beschreiben?

Zeuge Marcus von Essen: Sehr gerne. - Das Referat 213 ist ein Spiegelreferat insbesondere zu dem Auswärtigen Amt im Bundeskanzleramt, und dort spiegelt es die Tätigkeiten der Länderreferate in den gerade von mir skizzierten Regionalbereichen wider. Unsere Aufgabe ist insbesondere die Bewertung, Analyse, Mitlesen der Berichterstattung aus den jeweiligen Ländern, die Mitverfolgung der jeweiligen politischen Entwicklung und der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern, um in dem Fall als Ressourcenperson und fachliche Beratung dem außenpolitischen und sicherheitspolitischen Berater des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin zur Verfügung zu stehen. Da gibt es neben der Informationsaufarbeitung und Mitverfolgung insbesondere die Aufgabe der Terminkoordinierung,



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Besuchsvorbereitung und der Rücksprache mit den jeweiligen Spiegelreferaten im Auswärtigen Amt insbesondere und die Vorbereitung für Bundespressekonferenzen. - Danke.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie vielleicht auch kurz erläutern, mit wie viel Personen Sie im Referat 213 gearbeitet haben, und vielleicht auch, wie viele von den Personen, die dort beschäftigt waren, mit dem Thema Afghanistan beschäftigt waren?

Zeuge Marcus von Essen: Die Personaldecke des Referats 213 waren zu meiner Standzeit fünf Personen einschließlich des Referatsleiters, also vier Referenten und der Referatsleiter. Für Afghanistan zuständig war in erster Linie ich als Referent und dann natürlich der Referatsleiter.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich würde auch gerne noch mal eine Frage stellen zum Untersuchungszeitraum. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums, 29. Februar 2020, waren Sie ja Referent im Referat 213 beim Bundeskanzleramt. Ich habe das jetzt eben nicht verstanden. Können Sie vielleicht noch mal sagen, von wann bis wann Sie dort tätig waren?

Zeuge Marcus von Essen: Sehr gerne. Mein Einsatzzeitraum war April 2018 bis 31.07.2020.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie oder möchten Sie uns vielleicht auch berichten, welche Funktion Sie vorher und vielleicht auch im Anschluss hatten?

Zeuge Marcus von Essen: Sehr gerne. - Ich kam ins Kanzleramt aus dem BMZ. Dort war ich Grundsatzreferent im Referat „Flucht und Migration“ und zuvor als WZ-Referent an der Botschaft Bogotá in Kolumbien eingesetzt. Und im Nachgang meiner Verwendung wechselte ich aus dem Bundeskanzleramt zurück ins BMZ und bin seither dort Referatsleiter für Ostafrika.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielleicht können Sie uns auch noch mal erklären, welche Aufgaben Sie im Untersuchungszeitraum, den wir ja eben genannt haben, wahrgenommen haben und welche Rolle Sie als Referent hatten.

Zeuge Marcus von Essen: Während des Untersuchungszeitraums. Der Untersuchungszeitraum beginnt ja mit dem Abschluss des Doha-Abkommens, insofern auch die Kommunikation, Mitverfolgung und Bewertung des Doha-Abkommens, davon ausgehend immer die Frage, die sich uns für alle Länder als Referenten stellt: „Was muss davon die Kanzlerin wissen? Leitet sich daraus ein Handlungsbedarf ab? Was sollte auch der außenpolitische Berater wissen?“, und entsprechend die Auswertung der Informationen. Aber das Doha-Abkommen, sein Zustandekommen und der weitere Follow-up auch innerhalb der Bundesregierung zu diesem Doha-Abkommen bis zum 31.07. unterlagen meinen Aufgaben.

Gülistan Yüksel (SPD): Gab es denn auch etwas - Sie sagten eben, Ihre Aufgabe bestand darin, zu gucken, was weitergegeben werden muss -, was Sie weitergegeben haben, wo dann eben die Reaktion nicht so kam, wie Sie sich das gewünscht haben?

Zeuge Marcus von Essen: Nein. Wir haben zu den Vorgängen jeweils berichtet. Es gibt Vorlagen, die Sie in den Unterlagen finden. Es gibt Aussprachen auch mit dem außenpolitischen Berater. Wir haben in dem Sinne die Sachstände und die Bewertungen, die innerhalb der Bundesregierung vorlagen, weitergegeben.

Gülistan Yüksel (SPD): Wie war denn die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen? Haben Sie sich dann mal zusammengetan? Haben Sie sich zu den unterschiedlichen Themen und den Sichtweisen ausgetauscht? Können Sie da auch noch mal was zu sagen?

Zeuge Marcus von Essen: Sehr gerne. Es gibt ja im Bundeskanzleramt nicht nur die Referate für die auswärtigen Beziehungen, es gibt ja Spiegelreferate auch für das Bundesministerium der Verteidigung. Es gibt ein Spiegelreferat für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es gibt ein Referat für Flucht und Migration und BMI. Insbesondere mit den Kollegen des Referates, das in der Gruppe 21 für die Beziehungen zu den NATO-Staaten zuständig war, und den Kollegen, die das Spiegelreferat im BMVg repräsentierten, gab es einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr häufigen und regelmäßigen Austausch. Man hat sich ausgetauscht. Allerdings fällt dieser Zeitraum ja sehr stark zusammen mit der Coronapandemie, mit der ersten Phase. Das heißt, wir haben in diesen ersten Monaten kaum mehr persönlichen Kontakt gehabt. Die Austausche sind insofern entfallen und mussten sich auf Telefonate und sozusagen die üblichen Telekommunikationsformate beschränken und nicht mehr die persönliche Begegnung.

Gülistan Yüksel (SPD): Aber der Austausch war ja dann trotzdem gewährleistet, auch wenn es telefonisch war.

Zeuge Marcus von Essen: Der Austausch war bei Bedarf gewährleistet.

Gülistan Yüksel (SPD): Noch eine Frage hätte ich. Inwieweit haben Sie denn eigentlich an Besprechungen mit anderen Ressorts zur Sicherheitslage in Afghanistan teilgenommen?

Zeuge Marcus von Essen: Es gab regelmäßige Besprechungen im Format der Staatssekretärsrunden. Es gab dazu vorbereitende Ressortbesprechungen auf Referateebene. Und insbesondere aufgrund meiner Spiegelreferatsfunktion gab es einen regelmäßigen Austausch mit dem Referat im Auswärtigen Amt, AP 05.

Gülistan Yüksel (SPD): Haben Sie sich nur mit der Lage in Afghanistan beschäftigt, oder gab es auch Länderanalysen zu Ihrem Aufgabenbereich? Gehörte das auch dazu, die Länderanalyse?

Zeuge Marcus von Essen: Sie meinen, speziell zu Afghanistan oder zu anderen Ländern?

Gülistan Yüksel (SPD): Nee, zu anderen Ländern, also ob Sie sich nur zur Lage in Afghanistan beschäftigt haben oder eben auch die anderen Länderanalysen zu Ihren Aufgaben - -

Zeuge Marcus von Essen: Nein. Wir haben uns sozusagen das große Paket natürlich unter den Referenten aufgeteilt. Unter meine Zuständigkeit fiel neben Afghanistan Pakistan, dann die Länder Nordafrikas einschließlich Ägypten sowie die Länder Lateinamerikas.

Gülistan Yüksel (SPD): Ja. - Dann vielen Dank von meiner Seite. Mein Kollege Herr Nürnberger übernimmt jetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben relativ zu Beginn Ihrer Aussage erwähnt, dass Sie natürlich an der Erstellung von Vorlagen beteiligt bzw. damit beschäftigt waren. Können Sie uns zu diesem Vorgang, wie so eine Vorlage erstellt worden ist und an wen Sie die verteilt haben, noch nähere Auskünfte geben? Wie muss ich mir diesen Prozess vorstellen? Wie war der in Ihrem täglichen Arbeitsablauf eingebunden?

Zeuge Marcus von Essen: Wie und wann Vorlagen erstellt werden, ist natürlich ereignisabhängig und je nachdem, wie unsere Bewertung auch ist. Ist das jetzt etwas, was relevant ist? Das passiert entweder auf Initiativvorschlag des Referenten und des Referatsleiters, oder es kommt auf Anfrage des außenpolitischen Beraters. Und dann werden natürlich diese Vorlagen erstellt, und Adressatin ist primär die Kanzlerin. Das geht dann, wie in anderen Ministerien und Behörden auch, den üblichen Weg vom Referenten zum Referatsleiter, Gruppenleiter, Abteilungsleiter, hoch in die Leitung des Hauses.

Aber wann und wie Vorlagen erstellt werden, ist immer abhängig von der Lageentwicklung. Gibt es Dinge, die, wie jetzt ein Doha-Abkommen, natürlich unmittelbar auch für die Leitung des Kanzleramtes relevant sind, oder gibt es vielleicht an anderer Stelle, in anderen Ländern Dinge, die jetzt nicht so präsent sind, aber trotzdem wissenschaftlich wertvoll sind? Dann gibt es auch Initiativvorschläge, die da gemacht werden können.

Jörg Nürnberger (SPD): Um substanziierte Analysen zu erstellen, brauchen Sie die notwendigen Informationen. Können Sie uns schildern, auf welche Informationsquellen Sie zurückgreifen konnten und welche Sie tatsächlich verwertet haben?

Zeuge Marcus von Essen: Die wichtigsten Informationsquellen für meine konkrete Arbeit im Kanzleramt waren insbesondere die Berichtserstattungen der Botschaften, dann die Bericht-



Nur zur dienstlichen Verwendung

erstattung des Auswärtigen Amtes für Afghanistan, natürlich Washington, Brüssel, aber insbesondere auch Kabul. Natürlich haben wir im Bundeskanzleramt auch Zugriff auf die nachrichtendienstlichen Analysen, die für uns zur Verfügung stehen, darüber hinaus natürlich Informationen, die den anderen Kollegen in ihrem E-Mail-Austausch zur Verfügung stehen, etwas, was über das BMVg reinkommt und geteilt wird. Insofern auch, je nachdem, wenn man in etwas reintauchen will, kann man sich natürlich da weiter vertiefen. Aber primäre Informationen waren für mich vor allen Dingen das Auswärtige Amt und der Austausch mit den Kollegen dort.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie vielleicht noch mal das formelle Verfahren beschreiben, wenn Sie diesen Auftrag - - oder aus eigener Initiative tätig geworden sind, wie diese Vorlagen dann weiterbearbeitet worden sind? Sie haben sie wahrscheinlich an Ihren Referatsleiter weitergegeben. Und wie war dann der weitere Verfahrensablauf, bis es dann tatsächlich in die Leitungsebene gekommen ist?

Zeuge Marcus von Essen: Das ist so schon ziemlich gut geschildert quasi. Der Entwurf kommt von mir und geht an den Referatsleiter. Der hat eventuell Änderungen, noch Anregungen. Die werden von mir eingearbeitet. Und wenn wir dann unsere Arbeit so gemacht haben und präsentiert haben, wie wir uns das vorstellen, dann wird sie vom Abteilungsleiter gebilligt und geht dann an die Hierarchie, also geht dann über die Gruppenleitung und dann den Abteilungsleiter an die Leitungsbüros im Kanzleramt. Aber in der Regel sind es der Referent und der Referatsleiter, die insbesondere inhaltlich daran arbeiten.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie einen Überblick darüber, ob alle Ihre Vorlagen tatsächlich auch die Leitungsebene erreicht haben, oder kam es im Prozess vor, dass die dann aus irgendwelchen Gründen nicht weitergegeben worden sind?

Zeuge Marcus von Essen: In meiner Erinnerung sind alle Vorlagen, die ich in diesem relevanten Zeitraum geschrieben habe, auch gelesen - - und zurückgekommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Aus Ihrer eigenen Wahrnehmung, wenn solche Vorlagen dann tatsächlich das Kanzleramt auf der Leitungsebene erreicht haben, haben Sie das Gefühl oder die Überzeugung, dass dann tatsächlich aus Ihren Vorlagen aktuelles, tatsächliches Regierungshandeln entstanden ist?

Zeuge Marcus von Essen: Das muss ja nicht zwangsläufig sofort in Regierungshandeln umschlagen, sondern es gibt auch eine Sensibilisierung für die Themen, je nachdem, wie wir auch die Vorlagen gestalten. Also, es gibt ja Vorlagen, die sind vor allen Dingen zur Information und werden vorgelegt. Und dann enthalten andere Vorlagen Handlungsempfehlungen: Telefonate, Ansprache bei nächster Gelegenheit, Thematisierung im Kreis XY. Und da habe ich das Gefühl, meiner Erinnerung nach, dass diese Anregungen in der Regel dann auch aufgegriffen wurden.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine letzte prozessuale Frage: Die Bewertungen und Analysen Ihrer Vorlagen, wurden die dann vom Bundeskanzleramt auch mit anderen Ressorts geteilt, mit den Fachressorts geteilt, oder blieben die nur im Bundeskanzleramt?

Zeuge Marcus von Essen: Die Vorlagen verbleiben in der Regel im Bundeskanzleramt.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber das heißt, andere Ressorts erlangen keine Kenntnis von diesen Vorlagen?

Zeuge Marcus von Essen: Die basieren insbesondere auf den Erkenntnissen, die wir von anderen Ressorts bekommen, und unserer Kondensierung dieser Erkenntnisse.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich möchte gern den letzten Teil unserer Zeit in dieser ersten Runde mich etwas auf die Bewertung des Doha-Abkommens fokussieren. Ende Februar 2020 - wir blicken zurück - sind Sie mit dem Inhalt des Doha-Abkommens bekannt gemacht worden. Wie bewerten Sie - - Oder welche Auswirkungen haben Sie erwartet, die mit diesem Doha-Abkommen erzielt werden können?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: „Welche Auswirkungen“, habe ich das richtig verstanden?

Jörg Nürnberger (SPD): Welche Auswirkungen hätte Ihrer Meinung nach - - Das Doha-Abkommen war ja die Grundlage für den innerafghanischen Friedensprozess. Es gab bestimmte Bedingungen. Haben Sie erwartet, dass das Doha-Abkommen einen positiven Beitrag zur Entwicklung in Afghanistan leisten wird? Lassen Sie mich die Frage so formulieren.

Zeuge Marcus von Essen: Also, das Doha-Abkommen fiel ja in einen Kontext, wo der afghanische Prozess, so wie er war, sich lange fortzog und mit vielen Unsicherheiten behaftet war. Insofern war das Doha-Abkommen ein Impuls hin zu einer politischen Lösung des Konfliktes. Ich glaube, es ist aber auch - - Ich wäre nicht der Erste, der sagen würde, es ist hinter den Erwartungen, die wir hatten, zurückgeblieben und setzte uns vor eine schwierige Lage in dem Sinne, dass auch ein klarer Zeitpunkt genannt wurde für Truppenreduzierungen und diese Truppenreduzierungen, die da in Aussicht gestellt wurden, nicht an konkrete Kriterien oder an Fortschritte im tatsächlichen innerafghanischen Friedensprozess gebunden waren und so klar war, es wird uns vor große Herausforderungen stellen in Afghanistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Ihre Aussage jetzt führt mich zu einem Dokument, MAT A BKAmT-4.07, Blatt 11 bis 12. Das ist ebenfalls eine Vorlage an die Bundeskanzlerin. Der Betreff lautet: „Die Friedensvereinbarung USA-Taliban im Kontext der umstrittenen Präsidentschaftswahlen“. Ich darf daraus zitieren:

Wir haben Interesse, dass der Friedensprozess soweit möglich auf solidem Grund steht. Um dies zu beeinflussen, sollten wir unsere Unterstützung für den inner-AFG Dialog fortführen und uns dafür einsetzen, dass die weitere US-Truppenpräsenz eng mit der politischen Lage in AFG verknüpft bleibt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dieser Satz ist für den neutralen Leser auf den ersten Blick etwas kryptisch. Können Sie uns diese Einschätzung etwas ausführen, was genau damit gemeint war? Haben Sie die Beteiligung Deutschlands so eingeschätzt, dass damit eine Einflussnahme auf die USA gewährleistet werden könnte?

Und die dritte Frage in diesem Zusammenhang: In welcher Weise hätte Ihrer Ansicht nach die US-Truppenpräsenz an die politische Lage in Afghanistan geknüpft werden sollen?

Zeuge Marcus von Essen: Ich glaube, die Ausgangshypothese dieser Vorlage oder das, was an Handlungsoptionen sich uns da bot angesichts der Ausgangslage, war, zu sagen: Wie verknüpfen wir die Abfolgen, die im Doha-Abkommen festgelegt worden sind, in der Vereinbarung zwischen den USA und den Taliban, insbesondere der Truppenreduzierung, wie verknüpfen wir die an konkrete Fortschritte im afghanischen Friedensprozess, um sicherzustellen, dass die militärische Präsenz der USA, der Alliierten, der NATO-Koalition kongruent ist mit positiven oder weiteren Fortschritten im afghanischen Friedensprozess?

Und es basierte der innerafghanische Dialog, der vorher einmal stattgefunden hat - das war vor dem Untersuchungszeitraum - - gab es Gespräche auf zivilgesellschaftlicher Ebene, die meines Wissens auch von uns unterstützt wurden. Und es stellte sich die Frage: Wie können wir hier weiter dazu beitragen - das sieht das Doha-Abkommen ja vor -, sofern es zu innerafghanischen Verhandlungen kommt, die auch auf der Seite der afghanischen Republik so geführt werden können, dass eine Augenhöhe, eine Parität oder eine Verhandlungsmannschaft geformt wird, die erfolgreich mit den Taliban verhandeln kann?

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich Sie im Nachgang fragen: Welche konkreten Handlungsalternativen haben Sie für die Bundesregierung als sinnvoll oder zumindest einen Versuch wert betrachtet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, das Abkommen stellte uns vor zwei - meiner Erinnerung nach - grundlegende Fragen: Wie können wir es schaffen, dass die Taktung, die dort vorgegeben wird im Abkommen, an konkrete Fortschritte gebunden ist oder zumindest verknüpft werden kann? Also, wie kommt man von einem Vorgehen, das sich sehr an einem Kalender orientiert, zu einem Vorgehen, was sich an Kriterien orientieren kann? Und wo können wir darüber hinaus einen konstruktiven Beitrag leisten, diese Verhandlungen, die innerafghanischen Verhandlungen, halbwegs so in die Spur zu setzen, dass eine Chance besteht, aus dieser schwierigen Lage noch das Beste zu machen? Also, das waren die beiden Handlungsstränge.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt zum zweiten Mal die Fragestellungen dargestellt, die zu lösen waren. Meine Frage richtete sich danach: Welche Vorschläge haben Sie präsentiert an die Bundeskanzlerin, welche Handlungsmöglichkeiten sie hatte, um diese Ziele, die Sie sich gesetzt haben, auch tatsächlich umzusetzen?

Zeuge Marcus von Essen: Also, die Vorschläge, die wir hatten - - Und natürlich, wenn man die Kanzlerin befasst, dann ist es Befassung auch der Exekutive der USA und dort für unser Vorgehen werbend zu sagen: „Schau hin! Wir begrüßen die Fortschritte“ oder: „Wir begrüßen, dass es jetzt zu dem Doha-Abkommen gekommen ist. Wir müssen aber schauen: Was bedeutet das für uns? Was bedeutet das für die Lage in Afghanistan? Was bedeutet das für die gemeinsamen Errungenschaften, und wie können wir die sichern?“, und in diesem Zusammenhang direkt dann zu werben für den Ansatz, den ich gerade versucht habe zu skizzieren - - und dann Ihre Frage beantwortet habe oder umgedreht habe; Entschuldigung. Also: einfach werben auf Leitungsebene.

Jörg Nürnberger (SPD): Darf ich -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich fürchte - -

Jörg Nürnberger (SPD): - nur ganz kurz noch zusammenfassen? - Also, Sie haben für diplomatische Initiativen gegenüber der US-Administration plädiert?

Zeuge Marcus von Essen: Die gab es ja schon sozusagen, und die konnte die Kanzlerin unterstützen. Das war eine konkrete Handlungsoption, die wir vorgeschlagen haben. - Danke.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu dem Kollegen Erndl von der Union.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr von Essen! Gut, dass wir die Möglichkeit zum Austausch haben.

Ich möchte noch mal ganz kurz auf die Arbeitsweise eingehen, wie sozusagen das Kanzleramt mit den Fachressorts verzahnt ist. Vielleicht können Sie noch mal erläutern: Sind Sie in den gesamten Informationsflow eingebunden gewesen, der aus den Regionen auch hier in die Hauptstadt kommt, oder waren Sie letztendlich immer darauf angewiesen, dass das jeweilige Ressort im Auswärtigen Amt sozusagen Ihnen die Informationen weiterreicht?

Zeuge Marcus von Essen: Also, man ist insofern in den Flow eingebunden, als dass die formelle Berichterstattung der Botschaften, die kommt, auch dem Kanzleramt automatisch zugänglich ist oder in der Regel dort auf dem Verteiler ist. Und dann kommt es je nach Interesse darauf an: Wie fragt man nach? Wie tief möchte man einsteigen? Und natürlich die internen E-Mail-Austausche, weitere Informationen, die dann oft in ihrer Tiefe auch nicht für ein so breites Publikum geeignet sind - - aber dann halt doch als Referent im Kanzleramt interessant sein müssen, das basiert dann schon auf aktiver Nachfrage.

Natürlich - ich in meiner Funktion hatte ja ungefähr 20 Länder - habe ich nicht bei allen Ländern so nachgefragt oder hatte so einen Austausch wie jetzt mit den Kollegen von dem Afghanistan-Referat zum Beispiel.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Können Sie ungefähr beziffern, was sozusagen der Anteil Ihrer Arbeitszeit und Aufwendungen für Afghanistan war und



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie groß der Anteil für die restlichen Länder in Ihrem Verantwortungsbereich?

Zeuge Marcus von Essen: Das würde mir sehr schwerfallen im jetzigen Zeitpunkt. Aber natürlich, man hat Länder, die in diesem Zeitraum etwas intensiver verfolgt werden. Dazu gehört Afghanistan. Dazu gehörten noch zwei, drei andere. Und die machten 20 Prozent meiner Arbeitszeit mindestens aus, in Stoßzeiten dann auch mal 50 oder 60. Ich möchte aber noch hinzufügen, dass wir in dieser Zeit, insbesondere ab Mitte März bis Juni, im Kanzleramt natürlich auch ad hoc eingesprungen sind bei anderen Fragen, die sich aus den Anforderungen der Coronapandemie ergaben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Dann kamen natürlich ein paar Dinge zusammen, Corona, aber eben auch der Abschluss des Doha-Abkommens. Und da können Sie sagen, wäre dann so eine Spitze entstanden, wo Afghanistan große Aufmerksamkeit hatte?

Zeuge Marcus von Essen: Das war zu der Zeit sicherlich eine Arbeitsspitze, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und diese Aufmerksamkeit hat sich dann auch in den entsprechenden Ebenen bis in die Leitungsebene durchgezogen? Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Marcus von Essen: Ich mag jetzt nicht vermuten, dass meine Arbeitsspitzen sich parallel dann in die Leitungsstränge genauso fortgesetzt haben. Aber natürlich kommen dann mehr Informationen auch an, und man sensibilisiert sich für dieses Thema. Das war sicherlich eine Thematik, mit der wir uns intensiver beschäftigt haben insgesamt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich meine, das war ja doch der größte Bundeswehreininsatz, auch zu dem Zeitpunkt noch, und eine entscheidende Phase und entscheidende Entwicklung.

Blicken wir doch mal etwas konkreter auf das Doha-Abkommen. Sie haben ja gesagt, Sie haben dann letztendlich die Dinge auch zusammengefasst, kondensiert. Es gab ja durchaus - wir

erleben das ja auch mit anderen Themen - sozusagen unterschiedliche Bewertungen oder Facetten von Bewertungen zwischen Auswärtigem Amt, BMVg und anderen Ressorts, die da auch beteiligt sind. Haben Sie im Kanzleramt die Dinge tatsächlich nur zusammengefasst oder auch eigene Bewertungen angestellt?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich möchte vielleicht noch ergänzen zu Ihrer ersten Frage: Es gab natürlich regelmäßige Runden zu Afghanistan und auch zu Mali, was schon etwas mehr darauf hindeutet, dass es da auch ein anderes Format der Befassung und des Austausches gab.

Bewertungen eigens vorgenommen: Also, man stellt natürlich fest, wenn man die Perspektive eines Länderreferenten im Kanzleramt hat, dass es Nuancen gibt, in denen sich unterschiedliche Ressorts unterscheiden. Das ergibt sich natürlich auch aus der speziellen Funktion, die jedes Fachressort hat. Mein Eindruck zu der Zeit, meine Beobachtung war, dass es aber nicht auf der aggregierten Ebene Unterschiede, Dissense gab, die festzustellen waren, die so relevant wären, dass ich aus meiner Warte heraus da initiiert hätte: Hier muss ein Abgleich von Positionen stattfinden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Nach dem Doha-Abkommen oder letztendlich auch in der Entstehungsphase sind ja im Auswärtigen Amt, im BMVg auch verschiedene Szenarien entstanden, eben von „Bürgerkrieg“, von „Afghanische Regierung schafft es irgendwie, die Taliban mit einzubinden“ bis hin auch zu dem Szenario „Die Taliban übernehmen die Macht“, so wie das am Schluss dann auch geschehen ist. Wie haben Sie diese Szenarien bewertet und auch gewichtet?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich diese einzelnen Szenarien aufgearbeitet oder bewertet hätte. Das ist natürlich eine Methode, mit der man potenzielle Pfade skizziert, wie es enden kann. Natürlich ist ein Szenario „Machtübernahme der Taliban“ auf der Basis „Es gibt keine Einigung, es führt zu keinem Friedensprozess, wir bleiben ohne Ergebnis“ - und das war ja dann peu à peu weiter absehbar - oder „Die Taliban setzen ihre Offensiven



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Land weiter fort“ ein durchaus denkbares Szenario. Wie wahrscheinlich das zu welcher Zeit wäre im Vergleich zu anderen, das war in unserer Betrachtung zu diesem Zeitpunkt erst mal nicht vordergründig, sondern die Frage war: Wie gehen wir mit der jetzigen Situation um, und wie versuchen wir, eine politische Lösung aus dieser sehr, sehr schwierigen Ausgangssituation heraus noch in irgendeiner Weise in unserem Sinne zu beeinflussen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das Doha-Abkommen hatte natürlich auch eine innenpolitische Motivation der Amerikaner. Wie sind Sie aus Sicht des Kanzleramts damit umgegangen, dass die Amerikaner das sozusagen ohne Einbindung von Partnern so vorangetrieben haben, um vordergründig innenpolitische Ziele, auch mit dem Blick auf Präsidentschaftswahlen, zu erreichen?

Zeuge Marcus von Essen: Ja. Also, das ist ja in der Tat öffentlich bekannt, dass Präsident Trump auch ein Abzugsszenario „Bring the boys home“ irgendwie als Teil seiner Kampagnen gemacht hat, und insofern musste man das ernst nehmen. Man hat aber auch - - Das Doha-Abkommen hatte ja zwei verschiedene Zeiträume. Es gibt einmal einen Teilabzug nach 135, 145 Tagen, irgendwie so, und dann einen weiteren Zeitraum von 14 Monaten, wenn ich mich recht entsinne. In diesem Zeitraum war schon klar: Okay, es läuft jetzt auf einen Moment hin, dass zumindest der Zwischenstand, diese ersten 145 Tage, dann kurz vor dem Präsidentschaftswahlkampf eintreffen wird.

Die Frage da wieder: Wie können wir über den Versuch zu einem eher auf Kriterien und an die Lage in Afghanistan vor Ort geknüpften Ansatz irgendwie zurückkommen? Wie können wir diese Daten voneinander entkoppeln, und wie können wir sozusagen diesen Zeitraum, dieses aufgeteilte Zeitfenster irgendwie nutzen, um eine Zwischenevaluierung einzuführen, um so das Ganze etwas zu entzerren? Das war der Ansatz, den wir da sehen konnten. Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich muss da noch mal nachhaken, auch anknüpfen an die Frage des Kollegen Nürnberger. Sozusagen der Versuch war

ja, aus dem Doha-Abkommen, was ein zeitliches Szenario letztendlich skizziert hat, irgendwie noch Konditionen sozusagen einzupflegen, eine Verknüpfung, wie Sie es beschrieben haben, zwischen der politischen Situation und den konkreten Abzugsschritten, also kriterienbasiert. Welche konkreten Möglichkeiten haben Sie da noch gesehen? Wie hätte jetzt die Kanzlerin auf die US-Seite einwirken können, um da tatsächlich noch Kriterien in die Abzugsplanungen einzubringen?

Zeuge Marcus von Essen: Ich glaube, auf der Ebene wäre zunächst mal der Versuch der Kanzlerin, zu sagen: Lass uns gemeinsam im NATO-Rahmen, gemeinsam mit allen, die wir hier in Afghanistan stehen, diesen Prozess jetzt erst mal in Gang bringen, aber auch gemeinsam evaluieren und gemeinsam prüfen: Wo stehen wir nach einer gewissen zeitlichen Abfolge? - Das Einbringen der Kriterien an sich wurde sicherlich in ihrer Konkretheit eher im NATO-Rahmen besprochen und auf der Ebene der Fachminister.

Da gab es aber im Abkommen - - Die Ansatzpunkte, die wir gesehen haben in der Interpretation, waren natürlich irgendwie: „Ist eine anhaltende Fortsetzung der Gewalt gegen afghanische Sicherheitskräfte etwas, was wir in Kenntnis, in Betracht ziehen müssen? Wie steht es um die tatsächlichen Verpflichtungen der Taliban gegenüber den USA im Antiterrorkampf?“, und natürlich auch die Frage - und das war ja zu diesem Zeitpunkt eine Diskrepanz auch in der Zeitschiene, auch aufgrund der Ereignisse in Afghanistan -: Das Doha-Abkommen sah einen zügigen Beginn der innerafghanischen Verhandlungen vor. Und wenn ich mich recht entsinne, hat sich das ein ganzes Stück weit noch mal verzögert. Also, es gab Ansatzpunkte, um zu sagen: Gut, das war ein guter Start. Aber wir müssen jetzt mal schauen: Wie können wir es evaluieren, und wie können wir sozusagen da eine zeitliche Schiene schaffen, die uns erlaubt, die Lage vor Ort mit zu beeinflussen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber das war die Arbeitshypothese, dass sozusagen diese Friedensverhandlungen aufgenommen werden und man zu irgendeinem Ergebnis kommt. Kann man das so einschätzen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, das war ja die Situation, wie sie sich damals uns präsentierte. Also, es gab dieses Doha-Abkommen, und es wurde darauf hingewirkt, dass es zu innerafghanischen Friedensverhandlungen auch kommen sollte, da natürlich auch entsprechend dafür gewonnen wurde seitens der Amerikaner. Und die Afghanen waren ja selber damit sehr beschäftigt, zu sehen: Wer handelt da jetzt wie und für wen? Insofern war das keine Hypothese, sondern das Szenario, auf das wir uns irgendwie eingestellt haben. Und die Frage war: Wie können wir uns da konstruktiv einbringen und auf diesem Wege auch versuchen, die weitere Dynamik der Truppenreduzierung zum Beispiel zu beeinflussen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir waren ja bei den Doha-Verhandlungen sozusagen nur Beobachter und sind auch sehr spärlich durch unseren Partner da informiert worden. Aus Ihrem Referat wurde angeregt, dass die Kanzlerin mit dem US-Präsidenten telefoniert und auf eine höhere oder bessere Transparenz hinwirkt. Es ist dann - also, das Telefonat hat stattgefunden, soweit ich das den Unterlagen entnehmen konnte - eine Zeit danach auch Einblick gewährt worden in die Annexe und in weitere Details. Können Sie nach Ihren Erkenntnissen das auf das Telefonat zurückführen, oder wäre das ohnehin angestanden aufseiten der Amerikaner, die Partner da zu informieren und einzuweißen in diese weiteren Unterlagen?

Zeuge Marcus von Essen: Aus meiner Erinnerung heraus gab es - - Das Telefonat muss Ende März stattgefunden haben. Und wir hatten - - ich sowieso nicht - - Aber die Kollegen des Auswärtigen Amtes zumindest und die Kollegen in Brüssel bei der NATO hatten Einblick in die Annexe. Das müsste vor die Zeit des Telefonats gefallen sein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Marcus von Essen: Aber wenn Sie sagen „Transparenz“, dann bezieht sich das natürlich auch auf die breiteren Erwägungen der USA: Wie geht ihr weiter vor? Macht eure Planungen bezüglich

lich eurer Truppenpräsenz und eurer Interpretation der Vorkommnisse transparent und bezieht uns mit ein. - Das würde ich breiter interpretieren heute rückblickend.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Wie darf ich mir, wenn ich noch mal auf das Telefonat zurückkomme, vorstellen: Welche Rückmeldungen kommen an Sie im Referat zu so einem Telefonat? Gibt es da ein Protokoll oder einen Vermerk, der dann auch wieder zurückwandert ins Referat?

Zeuge Marcus von Essen: Die Rückmeldungen erfolgten in der Regel durch Unterrichtung des Referatsleiters durch den Abteilungsleiter und dann an mich.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn wir auf diese Vorphase der Friedensverhandlungen blicken, dann haben Sie in einer Leitungsvorlage Ihres Referats geschrieben, dass Sie davon ausgehen - - Ich kann noch mal das Kennzeichen, MAT A BKAm-4.07, Blatt 32 bis 33, zitieren. Darin gehen Sie davon aus, dass - Zitat - die Taliban in den Friedensverhandlungen einem Bündnis ihrer alten Feinde gegenüberstünden,

das ihnen an Härte und Druckpotenzial das Wasser reichen kann. Ob diese Allianz ... Bestand hat, ist abzuwarten. Der politische Einfluss Abdullahs korreliert direkt mit den IAV.

Also mit den innerafghanischen Verhandlungen.

Kommen diese nicht voran, könnte das jetzige Arrangement ins Wanken geraten.

Können Sie noch mal erläutern, warum sozusagen dieses Bündnis Ghani/Abdullah dann eben so wichtig als Gegengewicht zu den Taliban war? Und wie hat sich das dann sozusagen im weiteren Verlauf ergeben?

Zeuge Marcus von Essen: Könnte ich die Unterlage bitte haben?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, selbstverständlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Marcus von Essen: Vielen Dank. - Die Vorlage ist ja vom Mai, 22. Mai. Das heißt, wir hatten zu diesem Zeitpunkt dann tatsächlich auf afghanischer Seite nach den Präsidentschaftswahlen eine Regierung, nachdem zuvor sowohl die Frage „Wer verhandelt für Afghanistan?“ und „Wer regiert das Land?“ lange offengeblieben ist, nachdem sowohl Abdullah Abdullah als auch Ashraf Ghani nach den Präsidentschaftswahlen sich als Sieger erklärt hatten und sozusagen in einem Patt waren.

Diese Inkohärenz, diese Tatsache, dass die Afghanen auf ihrer Seite nicht lange gebraucht haben, um sich aufzustellen und zu fragen: „Wie gehen wir jetzt in diese Situation? Wie verhandeln wir, und wie stellen wir uns da auf?“, die wurde jetzt gelöst durch dieses Arrangement: Abdullah verhandelt quasi, während Ghani in Afghanistan regiert, und gleichzeitig wurden alle - die Vorlage zitiert den Dostum und den Hekmatjar - hereingebracht als Gouverneure. Das ist nicht die Konstellation und nicht die Koalition sozusagen in Afghanistan gewesen, die wir uns aus unserem Engagement raus gewünscht hätten. Auf der anderen Seite - und das setzt diese Vorlage dann in den Kontext - sind das alte, hartgesottene Veteranen, die sozusagen in ihrer Ruchlosigkeit denjenigen, die da in Doha verhandeln sollten, dann in nichts zurückstehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr von Essen! Danke, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben. - Ich mache am Anfang einen kleinen Disclaimer. Wir haben ja hier in der Runde auch schon häufiger jetzt über die Situation ganz am Anfang des Untersuchungszeitraums gesprochen. Es ist aber trotzdem wichtig für uns als Untersuchungsausschuss, dass wir bei bestimmten Einschätzungen auch noch mal einen Haken dranmachen, dass das sozusagen im Kanzleramt ähnlich gesehen wird. Deswegen die

Bitte um kurze Antwort. Wir sind ganz gut im Kontext schon inhaltlich verortet.

Ich würde anfangen mit einem Vorhalt, und zwar geht es da um MAT A BKAm-4.07, Blatt 12. Das war eine Ihrer ersten Vorlagen zum Abkommen, das bis zur Kanzlerin hochgegangen ist. Und da schreiben Sie am 26.02. ganz am Ende:

Wir haben Interesse, dass der Friedensprozess soweit möglich auf solidem Grund steht. Um dies zu beeinflussen, sollten wir unsere Unterstützung für den inner-AFG Dialog fortführen und uns dafür einsetzen, dass die weitere US-Truppenpräsenz eng mit der politischen Lage in AFG verknüpft bleibt.

Sie nicken schon so, als könnten Sie sich erinnern. Die letzte Zeile in der Vorlage - ich weiß nicht, ob Sie sich so im Detail dran erinnern - ist grün unterstrichen: „US-Truppenpräsenz eng mit der politischen Lage in AFG verknüpft bleibt“.

Ich interpretiere das jetzt so, dass die Kanzlerin diese Bewertung und Empfehlung geteilt hat. Stimmen Sie dem zu?

Zeuge Marcus von Essen: Dem würde ich zustimmen. Und ich nickte, weil das sozusagen ja die Klausel ist für zeit- oder kalendarischbasierten Truppenabzug versus ein kriterien- oder konditionierter Truppenabzug, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt auch gerade schon in der Befragung mit den Kolleginnen und Kollegen erfahren, dass es genauso eine Verknüpfung eben nicht gab und dass es weder Fortschritte noch - Sie hatten es auch gerade selber ausgeführt - einen frühzeitigen Beginn überhaupt der innerafghanischen Verhandlungen gab. Diese Erkenntnis führt dann auch zu einer Empfehlungsänderung. In einem undatierten, wahrscheinlich Mitte März 2020 von Ihnen verfassten Sachstandsvermerk - hier MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 16; das ist in Ihrem Referat niedergelegt -, da heißt es ganz am Ende:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Entscheidend für DEU: Auf Verknüpfung des US/int. Truppenabzugs

- das ist ja noch mal ein Unterschied - mit belastbaren Fortschritten bei den Friedensverhandlungen hinzuwirken.

Das ist da sozusagen das Verb. Das heißt, die Verknüpfung bestand nicht, sie musste erst geschaffen werden. Und meine Frage an Sie wäre jetzt: Für wie realistisch haben Sie es damals gehalten, dass nach dem Abkommen so eine nachträgliche Konditionierung durch deutschen Einfluss auf die USA noch möglich ist?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich sehe jetzt nicht den Widerspruch zur ersten Vorlage oder dieser Anpassung, sondern das ist der Weg, den wir gehen können, und dann - präzisiert sozusagen, kann auch redaktionell einfach nur zu erklären sein - hinzuwirken. Das war nicht die Frage: Wie realistisch ist das? Ich glaube, ich habe vorhin einige Anknüpfungspunkte auch schon geschildert. Es war sozusagen der Weg, der sich uns bot und an dem wir als Bundesregierung in dem Sinne - - Wenn ich mich entsinne, war das eine - - Wie gesagt, die Kanzlerin hat dafür geworben, aber sie hat da nicht als Einzige für geworben, sondern das basierte ja auf Aktivitäten, die auch die Kollegen in Brüssel im NATO-Kreis und auch im Auswärtigen Amt unternommen haben. Insofern war das eine gemeinsame Message, die da aus der Bundesregierung kam, ein gemeinsames Wirken darauf.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade in der Befragung auch ausgeführt, dass es zwei Phasen gab, den Teilabzug und den geplanten vollständigen Abzug, und haben auch selbst noch mal angemerkt, dass dazwischen ja die Präsidentschaftswahl lag in den USA. Gab es bei Ihnen persönlich und in Ihrem Referat die Hoffnung, dass der zweite Teil des Abzugs, der vollständige Abzug, noch einmal revidiert werden könnte, sollte Trump nicht noch einmal Präsident werden, sondern Joe Biden?

Zeuge Marcus von Essen: Also, es war ja nun faktisch so, dass sich mit den Präsidentschaftswahlen zwei Optionen boten. Insofern müssen wir nicht wünschen oder hoffen, sondern einfach feststellen: Okay, Trump hat deutliche Signale gesetzt. Wir versuchen jetzt, auf die US-Administration einzuwirken. Aber wenn eine neue US-Administration kommt, dann stellen sich vielleicht noch mal neue Ausgangsbedingungen für den Dialog, den wir auch jetzt schon angestrengt haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben antizipiert, dass insgesamt der Austausch mit der US-Administration besser werden könnte, einfacher werden könnte?

Zeuge Marcus von Essen: Anders.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass es dann auch vielleicht auf die konkrete Afghanistan-Politik einen positiven, im deutschen Sinne positiven Einfluss hätte?

Zeuge Marcus von Essen: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Ich würde einfach sagen, es würden sich die Ausgangslagen, noch mal die Ausgangsbedingungen ändern, und wir haben eine andere Grundlage für den Dialog, weil wir mit einer anderen Administration zu tun haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - War Ihnen denn die Position von Joe Biden zum Afghanistan-Einsatz bekannt, also aus den Äußerungen, die er selbst auch im Wahlkampf getätigt hat?

Zeuge Marcus von Essen: Also, bis zu meinem Ausscheiden aus dem Referat habe ich mich damit nicht befasst. Ich war für Afghanistan zuständig am Ende des Tages, nicht für die USA.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber manchmal liest man ja so was in der Zeitung. - Danke erst mal für den Abschnitt.

Jetzt geht es um die Frage, welche Handlungsempfehlungen Sie der Hausleitung auch gemacht haben. Sie haben in den Vorlagen an die Kanzlerin immer wieder Handlungsvorschläge gemacht,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und es wäre nett, wenn Sie berichten könnten, welche Handlungsempfehlungen Sie infolge des US-Taliban-Abkommens gemacht haben, soweit Sie sich noch daran erinnern können.

Zeuge Marcus von Essen: Die Frage habe ich nicht verstanden, Verzeihung. Welche?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Handlungsvorschläge, welche Handlungsempfehlungen haben Sie gegenüber der Kanzlerin verschriftlicht oder ausgesprochen nach dem US-Taliban-Abkommen?

Zeuge Marcus von Essen: Zum einen die Ansprache gegenüber dem US-Präsidenten, unsere Unterstützung für einen afghanischen Friedensprozess und das Werben für stärkere Einbindung. Das hat sich dann in dem Telefonat meines Erachtens auch konkretisiert.

Und irgendwann im Laufe dieses Zeitraums bis zum Sommer 2020 stellte sich die Frage der deutschen Beteiligung, eines deutschen Beitrags zu möglichen innerafghanischen Friedensverhandlungen: Was ist der Protagonismus der Bundesregierung hier? Das haben wir überwiegend im Bereich des Auswärtigen Amtes gesehen und hier - aber befürwortend, wenn ich mich entsinne - argumentiert, dass wir uns nicht auf eine Rolle festlegen, aber natürlich auch auf Anfragen der Afghanen und der USA entsprechend positiv reagieren sollten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen noch eine Vorhaltung dazu machen. Das ist MAT A BKAm-4.07, Blatt 22. Da heißt es unter anderem - das ist leider ein sehr langer Bandwurmsatz -:

Zugleich könnten wir für eine möglichst starke Kopplung zwischen Fortschritten bei den IAV

- innerafghanischen Verhandlungen -

und weiteren Truppenreduzierungen werben: alle für die NATO-Mission relevanten Fähigkeiten sollten so lange wie möglich erhalten bleiben, um einen „point of

no return" erst spät zu erreichen (möglichst nach den US-Wahlen).

Deswegen noch mal die Frage: Was war sozusagen das Ziel dieses Telefonats, das Ziel dessen, was Sie der Bundeskanzlerin empfohlen haben mit Bezug auf die deutsche Präsenz in Afghanistan? Also, was war die positive Perspektive, wenn alles super läuft im Gespräch mit Trump? Was wäre denn dabei rausgekommen?

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, also, dass alles super läuft im Telefonat mit Trump, war, glaube ich, nicht die Hypothese, sondern das war der Punkt, einfach so zu verankern, was unser Petitionum ist als ein wichtiger Partner in Afghanistan und als ein enger Partner der USA, und zwar die Einbindung und ein Verständnis dafür, dass wir die Fortschritte im Friedensprozess und die Fortschritte bei der Truppenreduzierung noch mal überprüfen wollten.

Natürlich spielt zwischen diesen beiden Phasen - das ist aber dann eine militärtechnische Frage gewesen -, zwischen den 145 oder 135 Tagen, die es waren, und den 14 Monaten - - Irgendwann kommt ein Punkt - - erreicht, da ist sozusagen die Abzugsbewegung nur noch schwer revidierbar. Diesen zu entzerren und hinauszuzögern angesichts der Unwägbarkeiten im afghanischen Friedensprozess, das war ein Ziel.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, das Nichterreichen des Point of no Return diene vor allem der Absicherung des Weitergehens der innerafghanischen Verhandlungen?

Zeuge Marcus von Essen: Um diesen Zeit zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass die Afghanen nicht ohne jegliche internationale Truppenpräsenz in Afghanistan verhandeln müssen und zu Ende verhandeln müssen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das ist noch mal eine gute Klarstellung, weil natürlich auch in der zeitlichen Abfolge dann immer mal der Verdacht im Raum steht, man hat noch drauf gehofft, dass Biden grundsätzlich etwas an dem US-Taliban-Abkommen ändern könnte. - Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie Rückmeldung bekommen von der Bundeskanzlerin nach dem Telefonat?

Zeuge Marcus von Essen: Ich habe keine direkten Rückmel- - Wie gesagt, der Rücklauf, die Rückmeldungen liefen in der Regel über den Abteilungsleiter und Referatsleiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber ich muss Ihnen jetzt die Rückmeldung geben, dass die Zeit vorbei ist. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir einen schönen guten Abend, Herr von Essen! Ich freue mich darauf, mit Ihnen Einblick in die Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes zu kriegen.

Eine technische Frage vorweg: Sie haben dargestellt, dass Spiegelreferate sich auch mit Afghanistan-Fragen beschäftigen. Ist die Wahrnehmung richtig, dass Ihr Referat, also quasi dann Ihr Referatsleiter, aber federführend für die Gesamthematik Afghanistan ist? Das heißt also, alles, was mit Afghanistan zu tun hat, läuft irgendwo im Referat bei Ihnen zusammen?

Zeuge Marcus von Essen: Das war unser Anspruch, aber die Abgrenzung ist natürlich - - Sehr schnell kommen da Fragen zu der Beziehung zur NATO hinzu. Das wäre dann der Anspruch eines anderen Referates. Es ist schon am Ende des Tages ein kollaboratives Bemühen. Aber insbesondere, was die Beziehungen und die politische Entwicklung in Afghanistan betrifft, das ist unsere Zuständigkeit, ja.

Joachim Wundrak (AfD): Wenn ich mal ein praktisches Beispiel nehmen darf: Wenn eine Mandatsverlängerung für Afghanistan anstand, das wird natürlich in Fachressorts bearbeitet, AA und BMVg. Was war denn Ihr Anteil daran, oder wo setzte dann Ihre Verantwortlichkeit ein?

Zeuge Marcus von Essen: Bei der Mandatsverlängerung - - Die wird federführend von den zuständigen Fachressorts eingeleitet und vorbereitet. Da wird man höchstens im Rahmen der politischen Bewertung noch mal beteiligt.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, okay. Also, die Position des Bundeskanzleramtes bzw. der Bundeskanzlerin in Ihrem Fall wird dann vorher kommuniziert.

Zeuge Marcus von Essen: Die wird gesucht, aber wir haben nicht die Vorlagen zur Verlängerung des Bundeswehrmandates erstellt. Das lief in einem anderen Bereich.

Joachim Wundrak (AfD): Okay, war nur ein Beispiel, wie die Arbeit war.

Zeuge Marcus von Essen: Aber das liegt nicht bei uns.

Joachim Wundrak (AfD): Zum Inhaltlichen: Ich beziehe mich hier auf ein im Sommer 2020 erstelltes Strategiepapier Afghanistan, MAT A BK Amt-3.36 VS-NfD, Blatt 16 bis 24, wo ich davon ausgehe, dass das auch in Ihrer Verantwortung - - oder Sie mit verfasst haben.

Zeuge Marcus von Essen: Das kann ich so nicht beantworten. Dafür müsste ich es sehen.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. Dann zitiere ich mal aus dem Papier. Das ist Blatt 19 aus der Quelle:

DEU bestimmt Tiefe und Breite seines AFG-Engagements, der Kurs seiner AFG-Politik war und ist jedoch fast vollkommen von Entscheidungen in den USA abhängig, auf die es keinen bzw. nur begrenzt Einfluss hat. Einen eigenen deutschen *Exit Plan* gab es nie - auch aufgrund der eigenen hohen Ansprüche.

Können Sie sich an das Papier erinnern?

Zeuge Marcus von Essen: Ich würde es gern vorgelegt bekommen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich bin hier Mitverfasser; das ist korrekt. Das bestätige ich. Das ist ein Papier im Korrektur- und Änderungsmodus. Sie haben mir zitiert von Seite - - Es sind verschiedene Fassungen.

Joachim Wundrak (AfD): Ich habe zitiert von Blatt 19.

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, die Feststellung ist hier ja auch, dass wir versuchen, das zeitliche Korsett des US-Taliban-Abkommens aufzubrechen, um drei Ziele zu verfolgen, nämlich ein gemeinsames Verständnis schaffen von der Lage vor Ort, einem vorzeitigen Abzug unserer Partner vorzubeugen und logistische Vorbereitungen zu treffen, um zeitlich flexibel zu bleiben, in dem Fall, in dem sich die Abzugsszenarien konkretisieren und fortsetzen.

Joachim Wundrak (AfD): Ich hatte mehr einen allgemeinen Ansatz hier, ob Sie sich persönlich oder im Bundeskanzleramt gefragt haben, wie man so einen ressourcenintensiven Einsatz über viele, viele Jahre führt, ohne dass man das Heft des Handelns in der eigenen Hand hat. Ist das nicht ein Geburtsfehler des Afghanistan-Einsatzes von Beginn an, aber der lange durchgehalten wurde?

Zeuge Marcus von Essen: Der Beurteilung würde ich mich jetzt so nicht anschließen. Wir sind zusammen - - An der Seite des Bündnispartners und im Rahmen der Bündnissolidarität haben wir den Afghanistan-Einsatz begonnen. Und das Papier antwortet jetzt auf die konkrete Frage „Wie geht es weiter?“, nachdem uns das Doha-Abkommen vor neue Herausforderungen gestellt hat.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Haben Sie mal nachgefragt oder nachgedacht, warum es nie einen deutschen Exitplan gegeben hat? Und wie soll ich die Formulierung oder wie sollen wir die Formulierung „auch aufgrund der eigenen hohen Ansprüche“ verstehen? Ich denke, man hat doch im Kanzleramt auch gesehen, dass die eigenen Vorstellungen eines Afghanistans mit einer Westminster-Demokratie den Realitäten vor Ort einfach nicht entsprochen.

Zeuge Marcus von Essen: Wenn Sie schauen, wofür wir uns in diesem Zeitraum eingesetzt haben, als es darum ging: „Wie gestalten wir und arbeiten wir an einem Friedensprozess mit?“, dann haben wir schon Wert darauf gelegt, dass wir die Fortschritte, die im Rahmen des Engagements, des internationalen Engagements in Afghanistan erzielt wurden, auch versuchen zu erhalten.

Es ist, glaube ich, in der Natur der - - sozusagen in der Kompatibilität der verschiedenen militärischen Fähigkeiten des NATO-Bündnisses und des NATO-Einsatzes gewesen, dass wir auf eine gemeinsame Zusammenarbeit und Operation in Afghanistan angewiesen sind und sozusagen nicht die logistischen Fähigkeiten und Kapazitäten alleine besessen hätten, um dort abzuziehen. Das ist aber eine Frage, die Sie dann den militärischen Kollegen stellen müssen.

Joachim Wundrak (AfD): Na ja, gut, okay. Also, da bemerke ich, dass zum Beispiel Frankreich 2012 eine eigenständige Entscheidung getroffen hat, den Einsatz abzubrechen.

Ich beziehe mich jetzt auf MAT A AA-8.287 VS-NfD, Blatt 70. Es handelt vom Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberst Wüstner, der in einer im Februar 2021 stattgefundenen Talkrunde der Deutschen Atlantischen Gesellschaft gesagt hat, dass die Bundesregierung sich aus Feigheit einer ehrlichen Evaluation verweigert habe und nie darauf geachtet habe, ob und inwieweit eine Stabilisierung in Afghanistan eigentlich tatsächlich funktioniere.

Würden Sie diesen Kommentar oder diese Aussage unterstützen? Oder haben Sie eine eigene Wahrnehmung?

Zeuge Marcus von Essen: Das ist eine politische Bewertung, die ich jetzt nicht kommentieren möchte, die auch außerhalb meines Verwendungszeitraums für Afghanistan liegt.

Joachim Wundrak (AfD): Februar 2021.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind aber am Ende der Befragungs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Ich habe bis zum 31.07.2020 - - Da bin ich ausgeschieden.

Joachim Wundrak (AfD): Okay, sorry.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Weg führt zur FDP. Herr Kollege Müller hat das Wort.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank. - Auch von uns guten Abend! In Ihrer Zeit im Bundeskanzleramt - Sie haben es gerade gesagt: bis 31.07.20 -, in Ihrer damaligen Wahrnehmung, wann war der Zeitpunkt, wann der Bundeskanzlerin, wann im Bundeskanzleramt klar war, die Bundeswehr muss bald abziehen? War das in der Zeit, in der Sie dort Dienst taten? Wann war das genau nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich kann nicht - - Ich kann nur für meine Wahrnehmung sprechen. In meinem Zeitraum waren die Bemühungen vor allen Dingen noch darauf gerichtet: „Wie gehen wir mit den ersten 145 Tagen um? Wie können wir diesen Abzugskalender sozusagen entzerren, um Luft und Raum zu schaffen für die Verhandlungen?“, aber noch nicht eine konkrete Befassung mit: „Wann ist jetzt der Zeitpunkt irgendwie gekommen, um die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen?“ Damit habe ich mich in dem Zeitraum noch nicht auseinandergesetzt aktiv.

Alexander Müller (FDP): Aber es muss doch einen Tag gegeben haben, an dem klar wurde: Jetzt steht fest, die Bundeswehr muss abziehen. Erinnern Sie sich da noch dran?

Zeuge Marcus von Essen: Nein, weil ich glaube, der war bis zum 31.07.2020 noch nicht vollzogen. Da standen wir noch vor den ersten 145 Tagen. Und wenn ich mich recht entsinne, eine Empfehlung oder ein Versuch, den wir unternommen haben, war, immer zu sagen: Wir schauen uns gemeinsam im NATO-Kreis nach diesen 145 Tagen an: „Wo stehen wir?“ und diskutieren das. Das war sozusagen der Stand der Dinge, bis zu dem ich diese Ereignisse mitverfolgt habe aktiv.

Alexander Müller (FDP): Okay. Ich habe einige Fragen zum Untersuchungszeitraum, aber nach

Ihrem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt. Sie sind ja vernetzt mit Arbeitskollegen und haben auch entsprechende Kontakte. Vielleicht können Sie aus Ihrer Erinnerung da etwas zu beitragen.

Gab es im Sommer 2021 aus Ihrer Wahrnehmung Initiativen, dass die Rückführung der Ortskräfte zentral koordiniert werden sollte, zum Beispiel durch das Bundesamt oder durch andere Stellen? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Marcus von Essen: Nein. Mit der Rückführung der Ortskräfte war ich vorher nicht befasst und auch zu diesem Zeitpunkt nicht. Und ich bitte um Verständnis: Ich habe da mein erstes Referat geleitet mit sieben auch nicht unkomplizierten Ländern in Ostafrika. Also, ab 1. August 2020 galt meine Aufmerksamkeit anderen Themen.

Alexander Müller (FDP): Ja, es ist natürlich klar, dass Ihr Job Ostafrika war; aber es gibt ja Flurgespräche, es gibt ja Gespräche unter Kollegen, und Sie sind ja durchaus vernetzt, auch noch mit Kollegen im Bundeskanzleramt. Deswegen versuche ich einfach mal mit der Frage - -

Und eine zweite vielleicht noch hinterher. Die Rettungsmission, die dann im August 21 gestartet wurde: Haben Sie damals einen Eindruck bekommen, warum die A400M drei Tage lang bei uns feststanden und nicht losgeflogen sind? Haben Sie da irgendwas mitbekommen?

Zeuge Marcus von Essen: Da muss ich Sie leider wieder enttäuschen.

Alexander Müller (FDP): Okay, gut, dann lassen wir das. Dann kommen wir zu einem anderen Themenfeld.

Die Stärkung der Demokratie in Afghanistan war ja eines der Ziele, die wir auch mit dem Bundeswehreininsatz verbunden hatten. Aus Ihrer Sicht, in Ihrem Zeitraum, in dem Zeitraum, in dem Sie im Bundeskanzleramt waren, im Frühjahr und Sommer 2020, gab es da aus Ihrer Einschätzung noch die Hoffnung darauf, dass die Demokratie



Nur zur dienstlichen Verwendung

stabilisiert werden kann in Afghanistan? War das die Erwartungshaltung im Bundeskanzleramt?

Zeuge Marcus von Essen: Ich glaube, der Herr Kollege Erndl hatte schon aus einer Vorlage zitiert, wo wir sozusagen die politische Situation kommentiert haben zum Beginn der innerafghanischen Verhandlungen, der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani und dort durchaus dargelegt haben, dass das eine sehr komplizierte Situation und eine politisch sehr schwierige Ausgangslage in Afghanistan ist.

Alexander Müller (FDP): Ja, die Ausgangslage war schwer. Aber die Frage war ja: Bestand Hoffnung auf Besserung im Kanzleramt? Also, mit dem Bundeswehreinsatz hat man ja auch Ziele gehabt. Würden Sie das so einschätzen, dass man da noch Hoffnung hatte, dass die Demokratie, die Festigung der Demokratie noch besser werden könnte?

Zeuge Marcus von Essen: Ich denke, die Hoffnung, die wir hatten, war, dass auf der - - Wir standen vor innerafghanischen Verhandlungen, die drohten in Szenarien, die hier zitiert wurden, also Emirat-2.0-Geschichten, auszuarten. Die Demokratie an sich war in meinem Befassungszeitraum nicht das Ziel, sondern der Erhalt der bisher gemachten Fortschritte.

Und wenn man zurückguckt: Die Wahlen sind im Winter 2019 oder Anfang des - - im Frühjahr 2020 gelaufen, und es war, wenn ich mich recht entsinne, ein schwieriges Bild. Es gab ein Patt zwischen beiden Kandidaten; aber es gab halt auf der lokalen Ebene wieder viele, die wählen gegangen sind und sehr, sehr motiviert wählen gegangen sind. Es war vor allen Dingen die Prämisse, diese Menschen nicht zurückzulassen und nicht im Stich zu lassen, die uns da motiviert hat.

Alexander Müller (FDP): Ich würde gerne zitieren aus einem Dokument, was wir gefunden haben: MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 7 f., ein Dokument vom 03.03.2020. Es ist unklar, ob das eine E-Mail ist oder nicht. Sie sind auf jeden Fall

mit aufgeführt auf diesem Dokument. Ich lese mal vor:

Wir schlagen vor, das AA zu bitten, in geeigneter Form Ihre Teilnahme abzusagen und DEU bei der Amtseinführung zu vertreten. StP Ghani ist vor den inner-AFG Verhandlungen um ein starkes Mandat bemüht und setzt dafür auf die Anerkennung externer Partner. Für eine tragfähige Regierung und ein inklusives Verhandlungsteam muss er seine politischen Gegner einbinden. Dies zeichnet sich noch nicht ab. Eine hochrangige Teilnahme an seiner Einführung wäre daher nicht zielführend. Die Frage einer schriftl. Gratulation werden wir mit EU-Partnern zeitnah prüfen.

Erinnern Sie sich an das Dokument?

Zeuge Marcus von Essen: Ja, ich erinnere mich an das Dokument. Das ist sozusagen eine klassische Fragestellung, die sich im Länderbereich im Kanzleramt immer stellt: Wann gratuliert wer seitens der Bundesregierung zur Amtseinführung? Und wir sahen aufgrund der von Ihnen wiedergegebenen Tatsachen gerade es als nicht konstruktiv und nicht zielführend an, Ashraf Ghani in dem Moment, in dem er sich noch nicht mit seinem Widersacher Abdullah sozusagen geeinigt hat und kein konzilientes, inklusives Vorgehen ermöglicht hat, an dieser Stelle zur Wahl zu gratulieren.

Alexander Müller (FDP): Hielt man es im Bundeskanzleramt nicht für notwendig, zur Stabilisierung der afghanischen Demokratie auch einen entsprechenden Beitrag zu leisten? Oder anders gefragt: Hielt man es nicht für ein schlechtes Symbol, wenn westliche Partner, die ja zur Stabilisierung da sind, so niedrigrangig sich verhalten oder gar nicht gratulieren?

Zeuge Marcus von Essen: Das ist in Fällen von ungeklärten und offenen Wahlausgängen nicht unüblich, noch nicht zu gratulieren und nicht zu reagieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Alexander Müller (FDP): Was hätte denn die Bundesregierung unternehmen können, um den afghanischen Staat und die Demokratie zu stabilisieren in dieser Situation?

Zeuge Marcus von Essen: Das sind Fragen, mit denen sich vor allen Dingen die Fachressorts auseinandergesetzt haben.

Alexander Müller (FDP): Okay. Ich zitiere, wenn ich noch Zeit habe, aus MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 20. Das ist ein Dokument vom 20.03.2020. Dort finden wir:

Insofern gilt es vor allem, den zeitlichen Rahmen eines vollen Abzugs in 14 Monaten zu lockern und so Flexibilität für die Zeit nach den US-Wahlen zu bekommen.

14 Monate wurden ja im Doha-Abkommen festgeschrieben. Warum hielt es aber die Bundesregierung für möglich, das noch einmal abzuändern, obwohl bekannt war, dass es ein klares Wahlkampfversprechen Trumps war und auch Biden versprochen hatte, das zu beenden?

Zeuge Marcus von Essen: Die Frage, die sich uns stellte, war: Wie gehen wir - - Wie schaffen wir uns neue Optionen? Wie gehen wir mit der Situation, die uns das Doha-Abkommen geschaffen hat - - Wie können wir sie versuchen zu beeinflussen? Und selbst wenn es ein unwahrscheinliches Szenario war, die US-Regierung, wer auch immer an ihrer Spitze stand, noch einmal zu beeinflussen - - Es nicht unversucht zu lassen, das war sozusagen die Ausgangslage. Also, wir können uns ja auch nicht hinstellen und sagen: Wir probieren es jetzt nicht; wir haben ein Problem und versuchen nicht, damit umzugehen.

Das heißt, selbst ein Versuch, ein unwahrscheinliches Szenario etwas weniger unwahrscheinlich zu machen, ist die Mühe wert.

Alexander Müller (FDP): Das heißt, Sie sahen es nicht an - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen jetzt -

Alexander Müller (FDP): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - der Frau Kollegin Büniger Gelegenheit geben.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr von Essen, dass Sie heute da sind. - Herr Müller, ich werde direkt daran anschließen, wo Sie aufgehört haben.

In einem Dokument Ihres Referats vom 14.04.2020, MAT A BKAm-3.13, Blatt 18 ff., geht es auch noch mal um das Telefonat mit der Bundeskanzlerin und Herr Trump vom 27. März 2020. Und wir können unter dem Punkt „Bewertung“ lesen:

DEU sollte weiter für die Verknüpfung zwischen militärischer Präsenz und Fortschritten im politischen Prozess werben. Dabei sollten wir USA beharrlich an die auch von AM Pompeo gegebenen Zusagen im Sinne des „in together, out together, adjust together“ erinnern und unsererseits alles vermeiden, was den Eindruck überstürzter Abzugsvorbereitung geben könnte. Gleichzeitig sollten wir darauf vorbereitet sein, dass Verzögerungen im inner-AFG Friedensprozess weitere unilaterale Entscheidungen der US-Regierung nach sich ziehen könnten.

Wie gut hat diese hier angemahnte Vorbereitung in den kommenden Monaten aus Ihrer Perspektive funktioniert?

Zeuge Marcus von Essen: Also, wir stehen da am 14.04.2020. Es stehen noch Diskussionen der NATO-Partner im NATO-Rat aus. Es gibt Signale auch der Amerikaner, zum Beispiel Außenminister Pompeo, der zum Beispiel signalisiert hat: Wir werden natürlich irgendwo kriterienbasiert vorgehen.

Es ist natürlich auch die US-Regierung nicht ein monolithischer Block; das wissen Sie alle, liebe Abgeordnete, besser als ich. Es gibt den Kongress,



Nur zur dienstlichen Verwendung

es gibt das Außenministerium, es gibt das Verteidigungsministerium. Also, an allen Opportunitäten, die sich bieten, weiter mitzuwirken und für diesen Ansatz zu werben, das war für diesen Zeitpunkt der Weg, den wir gewählt haben. Und ich glaube, es wäre noch zu früh, zu behaupten: War da jetzt schon abzusehen, man muss die Segel streichen, oder nicht?

Und die Frage ist natürlich auch: Wie stelle ich mich auf Ereignisse ein, von denen ich nicht möchte, dass sie eintreten, nämlich einen frühzeitigen Truppenabzug, bevor sozusagen die politische Ausgangslage in Afghanistan dem entsprechen würde? Insofern an dieser Stelle auch der Hinweis auf die Signalwirkung, die wir beachten müssen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ich möchte Sie ganz konkret fragen zu dieser Passage: „alles vermeiden, was den Eindruck überstürzter Abzugsvorbereitung geben könnte“. Das ist ja so ein bisschen - - Das zeigt das Dilemma. Auf der einen Seite will man irgendwie, dass man noch länger bleiben kann, also das Zeitfenster verlängern. Und auf der anderen Seite möchte man auf keinen Fall deutlich machen, dass man Abzugsvorbereitungen trifft. Wie würden Sie die Problemlage beschreiben, die sich daraus ergab?

Zeuge Marcus von Essen: Die Problemlage zu diesem Zeitpunkt war natürlich, dass sich Handlungsdruck innerhalb der NATO-Allianz aufbaute. Denn es ist ja gesagt: „in together“, sozusagen „out together“. Die Partner sind voneinander abhängig, und die Frage ist: Wie weit kann man diese Haltung auch im NATO-Kreis durchsetzen und durchführen? Dafür musste man werben. Das ist die Problemlage.

Clara Bünger (DIE LINKE): Dann meine ganz letzte Frage: Würden Sie sagen, aus Ihrer Perspektive, dass der deutsche Abzug aus Afghanistan gelungen ist? Die können Sie auch gerne mit Ja oder Nein beantworten. Und dann bin ich, glaube ich, schon am Ende.

Zeuge Marcus von Essen: Ich würde wahrscheinlich hier, auch wenn es nicht mehr irgendwie un-

ter meine Zuständigkeit fällt, sicherlich niemandem widersprechen, wenn ich denke, dass wir uns das alle anders vorgestellt hätten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende dieser Runde und gehen mit großem Schwung in die zweite Runde. Und das Wort geht an die SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr von Essen, wir haben jetzt auch von den Kolleginnen im Prinzip alle Ihre Vorlagen an die Bundeskanzlerin bereits einmal vom März bis zum - - oder vom Februar bis zum Ende Ihrer Dienstzeit durchgenommen. Wenn ich mir das in der Zusammenschau anschau, dann haben Sie jeweils versucht, die Möglichkeiten, die Sie noch sahen, darauf hinzuwirken, dass die USA vielleicht ihre Position ändern wird - - jeweils dargestellt - - und mir dann anschau, wie darauf reagiert wurde - -

Das Telefonat mit dem Präsident Trump vom 27. März war offensichtlich, nach Ihren eigenen Aussagen vom 14. April, einigermaßen ergebnislos. Sie haben dann noch einmal am 22. Mai eine ähnliche Stellungnahme verfasst, MAT A BKAm-3.13, Blatt 24 bis 25, wo Sie schreiben:

Fest steht: am Ende der ersten rein in AFG-Verantwortung durchgeführten demokratischen Präsidentschaftswahlen haben die traditionellen Eliten erneut die Macht unter sich aufgeteilt. Für die Zivilgesellschaft, Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung ist dies keine gute Entwicklung. Aber für die IAV

- innerafghanischen Verhandlungen -

könnte diese Konstellation mehr eine Chance als eine Bürde sein.

Auch zu diesem Zeitpunkt so ein Schwanken zwischen Optimismus und dann doch eher pessimistischer Einschätzung. Aber vielleicht können Sie ja den Punkt noch mal erläutern, wo Sie genau bei diesem Zeitpunkt eine Chance für den innerafghanischen Friedensprozess gesehen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Das bezog sich auf die schon beschriebene Inkohärenz der afghanischen Republik im Vorfeld der innerafghanischen Verhandlungen. Gleichzeitig war die Stärke, die wir bei den Taliban beobachten konnten, dass sozusagen die verschiedenen Strömungen, die auch dort festzustellen waren, in der Gruppe sehr, sehr kohärent aufgetreten waren und die afghanische Republik sozusagen sehr, sehr lange überhaupt nicht fähig war, zu benennen, wer verhandelt und wer führt.

Den Punkt habe ich dann versucht auszuführen und zu sagen, jetzt haben wir ein Szenario, zumindest steht jetzt eine Front da; die sieht nicht so aus, wie wir uns sie gewünscht hätten, sondern ganz im Gegenteil. Aber das sind die alten Gegner der Taliban. Und insofern stehen ihnen dort Verhandlungspartner gegenüber, die ebenfalls Haare auf den Zähnen haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Noch ein zweiter Vorhalt: Nicht ganz einen Monat später, am 15. Juni 2020, MAT A BKAm-3.13, Blatt 37 bis 38, schreiben Sie, auch wieder mit einem bestimmten Anspruch:

Wie kaum ein Land verfügt DEU in AFG über die notwendige politische Anerkennung, um zum Gelingen der IAV

- innerafghanischen Verhandlungen -

beizutragen, ein Ergebnis unseres Engagements. Auch innenpolitisch wäre es schwer zu erklären, jetzt nicht auf die Bitte AFGs einzugehen.

Frage: Welche Bitte?

Klar ist: Eine aktive Rolle birgt Risiken, denn die IAV

- innerafghanischen Verhandlungen -

werden kein Selbstläufer. ... Außenpolitisch könnte sich unsere Verantwortungsbereitschaft auszahlen: Sollte nach den US-Wahlen im November eine neue Administration übernehmen,

könnten sich die Chancen für die IAV

- innerafghanischen Verhandlungen -

verbessern und eine Zusammenarbeit zu AFG auch für andere Dossiers vorteilhaft sein.

Haben Sie tatsächlich die Möglichkeit gesehen, dass Deutschland hier wirklich aktiv eine Rolle an den innerafghanischen Verhandlungen - - teilnehmen kann? Und wie hätten Sie diese Rolle ausgestaltet?

Zeuge Marcus von Essen: In einem waren sich die Afghanen einig: Abdullah, Ghani, auch Hamid Karzai, sie alle sind an die Kollegen in Kabul und das Auswärtige Amt herangetreten mit der Bitte, dass Deutschland eine aktive Rolle bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen übernimmt. Das hat zu tun mit dem Beginn unseres Engagements, glaube ich, seit dem Petersberg-Treffen 2002 und dem kontinuierlichen Engagement in Afghanistan, was dort zum Ausdruck kommt. Da stellte sich die Frage - - Und auch die USA wünschten sich von uns eine Beteiligung; denn wenn ich mich recht entsinne, haben wir auch 2019 im Sommer einen innerafghanischen Dialog, also die ersten Gespräche auf zivilgesellschaftlicher Ebene zwischen Taliban und Vertretern Afghanistans, fasilitiert.

Insofern wurde dieser Wunsch von vielen Seiten an uns herangetragen. Die Frage aber: „Wie engagieren wir uns dort und in welcher Form?“, die haben wir sozusagen offengelassen und wollten uns da nicht festlegen. Da gab es verschiedene Optionen und Petita aufseiten Afghanistans. Die Afghanen, wenn ich mich recht entsinne, wollten sogar die Verhandlungen selbst in Deutschland haben. Es gab noch andere Kandidaten - Norwegen -, mit denen wir uns sehr abgestimmt haben.

Dann gibt es in solchen Fällen immer die Möglichkeit, unterstützende Rollen zu spielen, als Sekretariat oder direkt als Berater der Verhandlungen. All dies war offen. Aber uns der Bitte komplett zu entziehen, fanden wir insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir auch versuchen



Nur zur dienstlichen Verwendung

wollten, auf den weiteren Verlauf des Truppenabzugsszenarios und der politischen Fortschritte hinzuwirken, als keine Option.

Jörg Nürnberger (SPD): Als eine Ihrer wahrscheinlich letzten Amtshandlungen im Referat haben Sie am 29. Juli 2020 eine E-Mail geschrieben, MAT A BKAm-3.13, Blatt 39, und zwar an Ihre Kollegen Frau Beinhoff und Herrn Krebber, zum Auftakt der Friedensverhandlungen. Der Betreff dieser Nachricht lautet: „Telefonat mit RL AP 05 zu Afghanistan“. Ich nehme an, es handelt sich um den Zeugen Andreas Krüger, den wir bereits vorher vernommen haben. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Marcus von Essen: Das bestätige ich, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Waren da noch andere Personen an diesem Telefonat beteiligt oder nur unter vier Augen?

Zeuge Marcus von Essen: Nein, ich denke, das war unter vier Au- unter vier Ohren, denn es war ... (akustisch unverständlich).

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. Sie beschreiben in dieser Mail, dass die bisherige Waffenruhe als positives Zeichen gewertet werden würde und dass Deutschland von der afghanischen Regierung als zweiter Verhandlungsort nach Doha vorgeschlagen wurde. Das haben Sie auch gerade selber ausgeführt. Allerdings sei Deutschland in verschiedenen Abstimmungen immer wieder gestrichen worden. Es sei unklar, ob die Streichung auf Bestreben von Taliban, Katar oder den USA erfolgt sei. „AA vermutet Letzteres.“

Haben Sie dazu weitere Erkenntnisse, oder verblieb es bei diesem Kenntnisstand?

Zeuge Marcus von Essen: Das verblieb bei diesem Kenntnisstand.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, Sie haben keine Kenntnisse darüber, warum Deutschland als Verhandlungsort nicht gewählt wurde, keine weiteren Kenntnisse.

Zeuge Marcus von Essen: Keine weiteren Erkenntnisse. Ich kann jetzt spekulieren, aber - -

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn man jetzt alle diese Vorhaltungen aus meinen letzten Fragen zusammen sieht, muss man sich doch auch gleichzeitig die Frage stellen, wie Sie die Veränderung der Sicherheitslage in Afghanistan von Februar, Abschluss des Doha-Abkommens, bis zu ihrem Ausscheiden bewerten.

Gab es in Ihrer Bewertung der Sicherheitslage tatsächlich Erkenntnisse, dass es sich verbessert, verschlechtert hat oder gleich geblieben ist? Und haben Sie darauf in Ihren entsprechenden Vorlagen, die Sie für die Bundeskanzlerin erarbeitet haben, reagiert? Gab es da eine gewisse Korrelation, oder sahen Sie keine Veränderung der Sicherheitslage? Andere Zeugen haben berichtet, dass auch bereits kurz nach Doha es erkennbar war, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan und ganz besonders in bestimmten Provinzen dramatisch verschlechtert habe.

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich habe keine eigenständigen Bewertungen der Sicherheitslage angestellt, sondern war auf die Bewertungen der Sicherheitslage angewiesen, die uns sozusagen zur Verfügung gestellt wurden, sei es seitens Auswärtiges Amt, BMVg-Kollegen oder Nachrichtendiensten.

Es zeichnete sich ja in der Tat - und das bestätige ich - sehr früh ab, dass während - - nach dem Abschluss des Doha-Abkommens die Angriffe der Taliban auf afghanische Sicherheitskräfte eben sich eher intensivierten und nicht zurückgefahren wurden. Das war unter anderem dann wieder ein Punkt, ein Ansatzpunkt für uns, wenn wir über Verknüpfung militärischer Präsenz mit politischen Konditionen und Fortschritten im Friedensprozess reden, zu sagen: Hier, das müssen wir uns bewerten, das müssen wir uns noch mal anschauen; denn das ist nicht so, wie wir uns das vorstellen und wie wir uns das als NATO oder als internationale Partner wünschen können. - Also, insofern passt das.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie alle die diplomatischen Schritte, die Sie in Erwägung gezogen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, als tatsächlich mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg betrachtet? Oder war es am Ende dann trotzdem nur eine Art Zweckoptimismus, dass man tun muss, was man tun kann, aber wahrscheinlich die Aussicht auf Erfolg nicht besonders hoch sein wird, zumal nach dem sehr ergebnislosen Telefonat mit Präsident Trump?

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, also, ich würde jetzt nicht sagen, dass wir trotz anerkannter Hoffnungslosigkeit irgendwie weiter fortgeschritten sind aus Zweckoptimismus. Aber es ist natürlich klar, dass das Mühlen waren, die gemahlen werden müssen, und dicke Bretter.

Man muss auch noch mal dazusagen: Wir waren ja nicht alleine, sondern es war halt auch - - Im NATO-Kreis waren viele - - teilten unsere Sorgen, teilten auch unsere Auffassung, dass die politische Lage und die militärische Präsenz nicht voneinander entkoppelt werden können. Und insofern haben wir da auch weitergemacht, denn wir wollten uns da nicht zurückziehen und sahen in einem weiteren Werben für diese Position durchaus einen Sinn.

Jörg Nürnberger (SPD): Meine letzte Frage, bevor ich dann an den Kollegen Stegner übergeben werde: Fanden dazu parallel strategische Vorbereitungen im Bundeskanzleramt statt, falls diese Initiativen doch nicht zum Erfolg führen würden und Sie sich auf einen Abzug, auf eine Evakuierung vorbereiten wollten? Fuhr man da zweigleisig, oder blieb es nur bei diesen Initiativen, die Sie jetzt auch sehr ausführlich beschrieben haben?

Zeuge Marcus von Essen: Das war nicht etwas, womit ich mich befasst habe und ich befasst war. Im NATO-Kreis wurden sicherlich auch die logistischen Anforderungen und Forderungen diskutiert und getroffen. Aber das lag nicht in meinem Zuständigkeitsbereich.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch wenn Sie selbst nicht dafür verantwortlich waren: Haben Sie die Kenntnis, dass es in anderen Abteilungen im Bundeskanzleramt dafür parallel zu den von

Ihnen betreuten Prozessen die von mir nachgefragten Prozesse gab? Ich denke da an Abteilung 7 oder in anderen Referaten Ihrer Abteilung?

Zeuge Marcus von Essen: Die gab es sicherlich, denn es war das Szenario, mit dem wir uns bewegten. Aber ich kann Ihnen jetzt keinen konkreten Prozess nennen: Da genau fand jetzt irgendwie diese Planung statt. Aber wir haben uns ja in einem Kontext bewegt, wo man sich darauf einstellen musste, dass auch parallel beide Handlungsstränge in der NATO auch diskutiert werden. Insofern fand das sicherlich auch statt.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigen Sie die Hartnäckigkeit, aber allerletzte Nachfrage: Welche Abteilung oder welches Referat wäre für eine derartige Planung zuständig gewesen im Bundeskanzleramt?

Zeuge Marcus von Essen: Das Spiegelreferat für das BMVg. Das ist in der 22er-Gruppe.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe nur wenige Fragen. Die erste Frage geht dahin: Welche Einschätzung hatte man im Bundeskanzleramt und bei der Kanzlerin, was die afghanische Regierung angeht, also bezogen auf die Frage, was man von denen zu halten hat, bezogen auf Akzeptanz in der Bevölkerung, Verlässlichkeit als Partner, Korruption und ähnliche Fragestellungen? Wie war die Grundhaltung? Wie wurde die afghanische Regierung aus Sicht des Kanzleramts beurteilt?

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, die Erwägungen der Kanzlerin, für die kann ich nicht sprechen. Ich kann nur dafür sprechen, dass die Einschätzungen der Bundesregierung waren, dass es innerhalb der - - dass die afghanische Regierung sicherlich ein schwieriger Partner war, dass es auch Fortschritte gegeben hat in einzelnen Bereichen in der Regierungsführung Ghannis, aber natürlich dort, wo Licht ist, auch Schatten war, aber es auch keine Alternative zu den Partnern gibt, mit denen wir zusammenarbeiten müssen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wollte auch nicht, dass Sie für die Kanzlerin sprechen, sondern ich hatte nur erwartet, dass Sie als zuständiger Referent die Haltung der Kanzlerin zu dem Thema kennen. Das war mehr meine Frage.

Zeuge Marcus von Essen: Die Kanzlerin kennt im Zweifelsfall die Haltung des Referates; aber ich kenne nicht daraus zwangsläufig die Haltung der Kanzlerin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. - Nun ist es ja in einem professionell geführten Kanzleramt so, dass das Kanzleramt allen politischen Vorgängen große Aufmerksamkeit widmet. Trotzdem interessiert mich die Priorität, die die Afghanistanpolitik in der Bundesregierung hatte und ob sich das verändert hat in der Zeit, in der Sie da zuständig gewesen sind.

Also andersherum gefragt: Es waren ja mehrere Ressorts betroffen. Inwiefern hat das Kanzleramt lenkend und steuernd eingegriffen, was die Afghanistanpolitik der Bundesregierung angeht, nach Ihrem Kenntnisstand?

Zeuge Marcus von Essen: Ich glaube, in der Afghanistan-Politik gab es etablierte Verfahren der Aussprachen. Es gab reguläre Staatssekretärsrunden, in denen die jeweiligen Positionen abgeglichen wurden, und es bestand kein Anlass in meiner Zeit, aktiv einzugreifen in die Arbeit der Fachressorts.

Es bündelten sich die Bemühungen - nach dem Doha-Abkommen nahmen sie natürlich noch einmal wieder zu innerhalb der Bundesregierung -, an den Zielen, die wir hier skizziert haben, auch zu arbeiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also würden Sie sagen, dass man im Kanzleramt zufrieden war mit der Koordination, die es zwischen den Ressorts bei dem Thema gegeben hat.

Zeuge Marcus von Essen: Das ist keine abschließende Bewertung, die mir ansteht. Aber aus meiner Sicht kann ich das bestätigen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Inwiefern hat das Ortskräfteverfahren, was ja in der Zuständigkeit lag einerseits des BMI - - aber damit befasst, wie wir ja gehört haben von Zeugen - - auch in der Zuständigkeit aller anderen Ressorts lag - - Inwiefern hat das das Kanzleramt beschäftigt, und was haben Sie in Ihrem Referat dazu beigetragen?

Zeuge Marcus von Essen: Also, natürlich auch die vorherige Frage zur Zufriedenheit des Kanzleramtes mit der Afghanistan-Politik und der Ressortabstimmung kann ich nur für den Zeitraum beantworten, in dem ich zuständig war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist mir bewusst, ja.

Zeuge Marcus von Essen: In meiner Zeit war das Ortskräfteverfahren zumindest in meinem Bereich Afghanistan, bilaterale Beziehungen, noch kein Thema.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das heißt, die Schilderung, die wir bekommen haben, dass das eigentlich schon seit vielen Jahren Thema gewesen ist, können Sie nicht bestätigen.

Zeuge Marcus von Essen: Ich war damit nicht befasst. Also, es gibt Spiegelreferate BMI - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht liege ich falsch, aber meine Annahme wäre gewesen, dass der Referent, der zuständig ist für Afghanistan - - Wenn es da Probleme gegeben hätte innerhalb der Ressorts, die das Kanzleramt sieht, wären Sie damit befasst worden, oder ist das eine falsche Annahme?

Zeuge Marcus von Essen: Das ist in erster Linie eine Fragestellung, die das BMI betrifft und entsprechend auch ein anderes Spiegelreferat. Und damit wäre ich nicht zwangsläufig sofort befasst worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie gerne fragen: Wir haben von verschiedenen Zeugen gehört, in unterschiedlich drastischer Formulierungsweise, dass es ein gewisses Wunschdenken gegeben hat, in Afghanistan zu bleiben, auch wenn die Aussichten mit Blick auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

das, was da erwartet worden ist bezogen auf die Taliban, nicht besonders optimistisch waren. Und da gab es Formulierungen wie, das müsse man dem Parlament in homöopathischen Dosen näherbringen, oder man müsse sozusagen die Informationen, sagen wir mal, zurückhalten, die sich kritisch dazu äußern.

Mich würde interessieren, welche Einschätzungen es im Kanzleramt gegeben hat zu der Frage, wie das Parlament zu informieren ist bezogen auf die objektive Lage in Afghanistan oder so, wie man sie im Kanzleramt gesehen hat. Ich nehme an, Sie sind exzellent informiert worden. Das haben Sie ja vorhin geschildert, dass die Meldungen alle beim Kanzleramt unmittelbar angekommen sind und Sie nicht auf die Ressorts angewiesen waren, was die Sicherheitslage angeht.

Kurzum meine Frage: Wie wurde die Haltung gegenüber dem Parlament, also was man dem Parlament mitteilen möchte, mit Blick auf die Mandate im Kanzleramt betrachtet?

Zeuge Marcus von Essen: In der Zeit, in der ich damit befasst war, war das ein Prozess, der in geordneten Bahnen verlief und in dem die Unterrichtung des Parlaments so erfolgte, wie sie zu erfolgen hat. Also, Fragen wie - was Sie gerade sagten - homöopathische Dosierung oder irgendwelche anderen Geschichten, die kamen mir nicht zu Ohren, und damit habe ich mich auch weder befasst noch - - damit zu eigen gemacht.

Denn auch die Unterrichtung des Parlaments ist etwas, das in erster Linie von den Fachressorts vorbereitet wird. Und wenn man da auf Fragestellungen hingewiesen wird im jeweiligen Zuständigkeitsbereich, dann werden die aufgegriffen. Aber auch da sind Fragen des Einsatzes, der Einsatzplanung oder auch Fragen der Ortskräfte oder Asylfragen nicht Dinge, die beim Referenten für Afghanistan des Bundeskanzleramts landen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich abschließend aus all dem, was Sie jetzt gesagt haben, schließen, dass jedenfalls in der Zeit Ihrer Zuständigkeit im Kanzleramt eine größere Managementaufgabe des Kanzleramts, irgendwie einzu-

greifen in die Prozesse der Regierungszusammenarbeit, was Afghanistan angeht, nicht bestanden hat?

Zeuge Marcus von Essen: Zumindest nicht für die Teile, für die wir uns im Rahmen bilateraler Beziehungen für zuständig gesehen haben, nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das waren meine Fragen. Und es geht weiter mit dem Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich komme noch mal ganz kurz zurück auf die Phase nach dem Doha-Abkommen. Herr von Essen, Sie haben am 14. April in einer Leitungsvorlage notiert - das Kennzeichen ist MAT A BKAm-3.13, Blatt 18 bis 19 -, dass die USA mit der Gewalt seitens der Taliban unzufrieden seien und sie davon ausgingen, dass die Taliban Gewalt als Hebel in den Verhandlungen mit der afghanischen Regierung weiter nutzten; aber weiter würden die USA davon ausgehen, dass man mit wirtschaftlichen Anreizen künftig Einfluss auf die innerafghanischen Verhandlungen nehmen könnte und grundsätzlich sozusagen über diesen wirtschaftlichen Hebel auch Einfluss behalten konnte.

Und das war auch in all den Szenarien, die hier die einzelnen Ressorts durchgespielt haben - so habe ich das zumindest wahrgenommen -, in den entsprechenden Unterrichtungen und Briefings immer wieder auch die Aussage, dass sozusagen, egal was kommt: Afghanistan wird auf Unterstützung angewiesen sein. Und eben wegen dieser Angewiesenheit auf westliche finanzielle Unterstützung werden wir da auch immer einen Fuß in der Tür behalten.

Ist das sozusagen eine Einschätzung, die Sie in Ihrem Referat auch geteilt haben und das entsprechend auch so festgelegt und weitergegeben haben?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich würde sagen, dass es eine geteilte Meinung innerhalb der Bundesregierung war, dass man zumindest zu diesem Zeitpunkt davon ausging, dass eine zivile Präsenz in Afghanistan in der einen oder anderen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Form noch erhalten sein wird oder erhalten bleibt. Das war zu diesem Zeitpunkt, würde ich sagen, durchaus die Auffassung.

Der Schlenker, der sozusagen da in der US-Auffassung hinkommt: „Über wirtschaftliche Anreize kann man die Taliban ebenfalls am Verhandlungstisch zu einer konstruktiven Haltung führen“, den haben wir uns sicherlich nicht in meiner Erinnerung explizit angeeignet, sondern das war sozusagen - - Wir haben festgehalten an dem Ansatz, für einen kriterienbasierten Abzug zu werben.

Aber dass grundsätzlich selbst bei einer, wenn man von Friedensverhandlungen ausgeht und innerafghanischen Verhandlungen, Beteiligung, sei es durch militärische Machtübernahme - das war ja irgendwie ein Szenario, das Sie zitiert haben - oder als Konsequenz von innerafghanischen Verhandlungen - - eine Beteiligung der Taliban an der Regierung erfolgen wird, dass auch hier Bedarf ist oder der Versuch gemacht werden wird, sich in irgendeiner Art und Weise mit der internationalen Gemeinschaft zu arrangieren, davon sind wir ausgegangen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und gab es da sozusagen Belege für diese Annahme? Oder war das im Prinzip ein Wunschdenken der westlichen Bubble? Wie würden Sie das heute einschätzen?

Zeuge Marcus von Essen: Ich würde es nicht „Wunschdenken“ nennen; denn die Taliban waren schon einmal an der Macht in Afghanistan; das hat zu blutigen Bürgerkriegen, zu großer Misere und viel Elend geführt.

Die Taliban selbst haben in den Gebieten, die von ihnen gehalten wurden, ihren Ansatz, wenn ich mich recht entsinne, insofern auch geändert, als dass sie anders als früher humanitäre Hilfe zugelassen haben. Sie haben selber irgendwie versucht, zumindest der Regierung Ghani in der Bereitstellung von Dienstleistungen, sozialen Dienstleistungen, Konkurrenz zu machen. Das war zumindest die Beobachtung, die wir machen konnten, die sich dann fügten zu dieser Annahme.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich komme zum weiteren Thema, und zwar der Rolle Deutschlands dann in der Situation nach Doha und auch der Frage, welche Rolle Deutschland bei den Friedensverhandlungen spielen soll.

Im Beginn sozusagen dieser ganzen Phase war aber auch noch die Amtseinführung Präsident Ghani mit einer Einladung an die Bundeskanzlerin. Wir haben vorher schon über die Frage der Gratulation zum Wahlsieg gesprochen. Sie haben empfohlen oder Ihr Referat hat empfohlen, dass die Bundeskanzlerin nicht teilnimmt, sondern das Auswärtige Amt eine geeignete Lösung findet. Können Sie noch mal erläutern, wie Sie sozusagen zu dieser Empfehlung gekommen sind?

Zeuge Marcus von Essen: Also, aus unserer Sicht leiteten sich die Empfehlungen aus der Lage vor Ort ab, dem Zustandekommen sozusagen der Selbsternennung Ghani, ohne dass eine Einigung mit Abdullah vorlag, und den Umständen der Wahl. Natürlich spielt da auch eine Rolle: Es wäre ungewöhnlich gewesen, eine Kanzlerin nach Kabul zu diesem Zeitpunkt zu schicken. Grundsätzlich wäre das eine ungewöhnliche Reise, aber zu diesem Zeitpunkt dann noch ungewöhnlicher.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Welche geeignete Lösung hat das Auswärtige Amt dafür dann gefunden? Wissen Sie das?

Zeuge Marcus von Essen: Ich kann mich nicht mehr erinnern, nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. - Wenn wir weitermachen mit der Rolle Deutschlands, dann gab es ja da auch Vorbereitungen, die Sie in Ihrer Zeit im Kanzleramt beobachten konnten. Wir haben aus Akten und bisherigen Zeugenbefragungen wahrgenommen, dass Deutschland grundsätzlich einen sehr guten Ruf bei den Akteuren in Afghanistan genoss und auch von internationalen Partnern in der Afghanistan-Politik geschätzt wurde. Können Sie kurz sozusagen aus Ihrer Sicht darstellen, an was das lag? Wieso haben wir in Afghanistan so eine besondere Rolle gespielt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Die Afghanen waren aus meiner Einschätzung und Beobachtung uns insofern verbunden - - Das wirkt zurück auf die erste Regierung unter Karzai, also unser Engagement beim Petersberger Abkommen, unser kontinuierliches Engagement in Afghanistan und die Tatsache, dass wir kritisch, wie die Regierungen vielleicht auch zu betrachten waren, immer einen Dialog geführt haben. Und wir waren auch diejenigen, die in der Breite der Ethnien sehr geschätzt wurden von den verschiedenen politischen Akteuren. Darauf würde ich es zurückführen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Dann wurde es irgendwann konkreter, und die Rufe wurden lauter, dass Deutschland eine führende Rolle in diesem Friedensprozess übernehmen soll. Im Gespräch waren Rollen als Fazilitator, Sekretariat oder eben gar als Gastgeber. Wie, würden Sie sagen, hat das Kanzleramt sozusagen Kenntnis von diesen Wünschen bekommen? War das schon Ihnen auch mit Abschluss des Doha-Abkommens klar, dass es so eine Erwartungshaltung gab? Oder wie ist das sozusagen im Kanzleramt aufgeschlagen?

Zeuge Marcus von Essen: Das sind Informationen, die uns zugetragen worden sind aus dem Auswärtigen Amt. Ich glaube, die Frage „Was für eine Rolle nehmen wir ein bei innerafghanischen Verhandlungen?“ stand im Raum, seitdem wir uns um den innerafghanischen Dialog bemüht haben, der 2019 stattfand. Das kann man, glaube ich, sagen, dass seither irgendwo diese Idee weitergetragen wurde bei den verschiedenen Repräsentanten der Kabuler Elite und insofern dies auch, nachdem das Doha-Abkommen geschlossen wurde, sehr schnell in einer oder anderen Form an die Vertretung in Kabul und auch an meinen Kollegen Referatsleiter im Auswärtigen Amt herangetragen wurde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und die Rolle des Auswärtigen Amtes? Wie hat es sich Ihrer Wahrnehmung nach gegenüber solchen Wünschen verhalten? War da sozusagen auch aus dem Auswärtigen Amt heraus die Position, dass man da aktiv eine Rolle und aktiv die Initiative übernehmen soll? Oder war das eher abwartend positioniert?

Wie schätzen Sie das ein, und wie hat es das Auswärtige Amt dann begründet?

Zeuge Marcus von Essen: Also, in meiner Zeit ging es nie um eine exklusive Rolle für uns, sondern immer zusammen mit - - Norwegen war im Spiel. Zwischendurch gab es auch noch mal andere Formate. Ich glaube, Indonesien war dabei und noch ein zentralasiatisches Land. Es gab irgendwann mal ein Viererformat oder eine Begleitgruppe. Also, es ging nie darum, dass wir alleine da jetzt uns exponieren und alleine diese Rolle ausfüllen.

Und unsere Haltung war grundsätzlich rezeptiv, weil wir in dieser jetzigen Situation den Afghanen auch nicht diesen Wunsch ausschlagen wollten. Uns war natürlich auch klar, dass das Verhandlungen unter sehr, sehr schweren Bedingungen sind und insofern natürlich auch und daher vielleicht - - Also, der Wunsch wurde uns ja auch von den USA in der einen oder anderen Form herangetragen, zu sagen: Okay, wie weit stehen wir dann auch in der Verantwortung für den weiteren Verlauf der innerafghanischen Verhandlungen? - Das war zu dem Moment irgendwie die Situation, die Abwägung, die da erfolgte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): In dieser Abwägung: Welche Chancen und welche Risiken sahen Sie für eine aktivere Rolle Deutschlands in diesen Verhandlungen?

Zeuge Marcus von Essen: Also, in meine Bewertung floss immer ein: Wir können nicht versuchen, auf der Zeitschiene - - Wie reduzieren wir? Wann werden die Truppen reduziert? Welches politische Szenario? Vor welchem politischen Hintergrund findet das statt? Wir können nicht dafür werben, wenn wir gleichzeitig uns jeglicher Rolle verweigern. Das heißt, wir müssen uns in irgendeiner Art und Weise konstruktiv einbringen, aber dabei im Blick behalten, dass wir zum einen das nicht alleine tun und zum anderen für den Verhandlungsverlauf verantwortlich gemacht werden können, obgleich wir ihn nur begleitend beeinflussen können, und insofern da ein vorsichtiges Vorgehen auch gewählt wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gab es da Übereinstimmung zwischen den Ressorts BMVg, BMZ und Auswärtiges Amt in dieser Frage?

Zeuge Marcus von Essen: Also, diese Frage wurde insbesondere vom AA verfolgt und auch bewertet, und der Bewertung haben wir uns im Kanzleramt angeschlossen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Sie haben am 15. Juni 2020 dazu einen Vermerk verfasst mit dem Kennzeichen MAT A BKAm-3.13, Blatt 37, an die Frau Bundeskanzlerin, wo es genau um die deutsche Rolle bei den innerafghanischen Verhandlungen ging. Und da hat die Bundeskanzlerin das aufmerksam gelesen. Und da gibt es einen Satz, in dem Sie darauf hinweisen, dass Staatspräsident Ghani, Vorsitzender des Friedensrats Abdullah und Ex-Staatspräsident Karzai sich geschlossen für eine aktive Rolle Deutschlands aussprechen und vor allem als Verhandlungsort aussprechen.

Nun hat die Bundeskanzlerin mit Grün eben genau die Worte „aktive Rolle DEUs“ und „als Verhandlungsort“ unterstrichen und oben bei „Kenntnisnahme“ ergänzt: „aktive Rolle ist ok“. Dann hat Ihre Unterabteilungsleiterin da auch notiert, in Braun: „Habe ...“ - Auswärtiges Amt - „Hr. Potzel informiert“ und hat aber mit ihrer braunen Farbe sozusagen noch hinten den Absatz markiert:

Wir sollten es dem AA offenlassen, für welche Rolle es sich am Ende entscheidet.

Also, was gilt sozusagen jetzt, die Markierung der Bundeskanzlerin - „aktive Rolle ist ok“, Deutschland als Verhandlungsort - oder dann der Hinweis, das Auswärtige Amt soll es selber entscheiden? Wie bringen wir die Dinge zusammen?

Zeuge Marcus von Essen: Also, wenn ich die noch mal sehen könnte, um dann zu sehen, wo die Kanzlerin den Strich gezogen hat, dann - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Also, die hat in der Tat die grüne Tinte auch unter dem Verhandlungsort. Uns ging es bei der Vorlage insbesondere darum: Was ist die deutsche Rolle? Können wir eine deutsche Rolle haben? Das ist eine Frage natürlich, mit der wir die Kanzlerin befassen mussten: Ist das okay, wenn wir uns da als Deutschland exponieren?

Die Federführung dafür lag natürlich beim Auswärtigen Amt. Und insofern finde ich das konsistent. Die Kanzlerin geht für beides mit: für eine aktive Rolle und sogar als Verhandlungsort. Aber die letztliche Entscheidung, was da wie gerade am sinnvollsten ist und politisch am geeignetesten, die wollten wir dem Auswärtigen Amt überlassen. Also insofern: So verstehe ich meine Gruppenleiterin da.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Also, für mich auch eine interessante Erfahrung, dass die Kanzlerin hier sozusagen eine Meinung kundtut, die dann von der Abteilung oder dem Referat quasi wieder einkassiert wird. Oder würden Sie es - -

Zeuge Marcus von Essen: Das ist jetzt Ihre Interpretation. Ich interpretiere das anders: dass alle Optionen offen sind und die Kanzlerin da mitgeht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Kam so was öfter vor, dass sozusagen unklare Markierungen - - dann letztendlich das Referat für Klarheit gesorgt hat?

Zeuge Marcus von Essen: Das würde ich jetzt nicht kommentieren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Marcus von Essen: Nein, das machen wir nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Sie haben dann weiter in diesem Zusammenhang in einer E-Mail - das war sozusagen in ähnlichem Zeitraum - erwähnt, dass Staatssekretär Berger aufgeschlossen für Deutschland als Verhandlungsort war und Staatssekretär Michaelis eher skeptisch. Wie würden Sie aus Ihrer Erinnerung heraus diese Einschätzungen nochmals mit Gründen versehen



Nur zur dienstlichen Verwendung

können? Gab es da eine intensivere Diskussion auch mit dieser Ebene?

Zeuge Marcus von Essen: Also, das ist die Information, die ich weitergetragen habe. Die muss mir aus dem Auswärtigen Amt zugetragen sein, dass da die Meinungsbildung auch noch nicht abgeschlossen ist. Das bezieht sich dann auch noch mal auf die Vorlage. Wir können ja nicht alleine entscheiden: Wir sind jetzt der Verhandlungsort. - Also, das möchte ich noch mal hinzufügen. Denn das war komplett offen, und es gab andere Partner. Und auch in diesem Fall: Dahinter steht die Abwägung der Nutzen und Risiken. Und die Diskussion war zu dem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen im Auswärtigen Amt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Aber letztendlich, glaube ich, hat das Auswärtige Amt dann versucht, den Ball weiterzugeben, und Oslo ins Gespräch gebracht. Wie war aus Ihrer Sicht da die Reaktion der Partner, der Afghanen, der Amerikaner für diesen Vorschlag?

Zeuge Marcus von Essen: Da würde ich jetzt, glaube ich, zu weit gehen, wenn ich jetzt versuchen würde, mich da an die Reaktionen zu erinnern. Die Norweger waren immer sozusagen mit im Gespräch, und wir hatten ursprünglich geplant, dies im Tandem zu machen. Da gibt es auch in Oslo - - Norwegen hat da grundsätzlich eine internationale Rolle, die sie hier ausfüllen als Mediatoren bei Verhandlungen. Und wir unterstützen.

In meiner Erinnerung gingen die Szenarien dann - wo wird was gemacht und wer in welcher Rolle? - in den Monaten hin und her. Am Ende des Tages fand es dann in Doha statt; denn auch die Taliban hatten natürlich da Präferenzen, und die lagen nicht zwangsläufig beim Austragungsort Berlin sozusagen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Hat es aus Ihrer Sicht Einfluss gehabt auf sozusagen das Gewicht Deutschlands, die Rolle Deutschlands, dass wir letztendlich bei diesem Werben um eine Führungsrolle nicht zugegriffen haben?

Zeuge Marcus von Essen: Zu dem Zeitpunkt, in dem wir die Kanzlerin damit befasst haben, war das Werben und das Format, das war noch offen. Und wie gesagt, es war offen in Verbindung mit dem weiteren Vorgehen und dem weiteren Werben, hier international gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Insofern war es da für eine Bewertung noch zu früh. Es war offen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Vielen, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zu Grün. Das Wort hat die Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich glaube, wir sind schon bei ganz vielen Stellen ein bisschen weitergekommen. Ich würde noch mal gerne zu dem Punkt, den der Kollege auch gerade aufgegriffen hat, zurückkommen, sozusagen: Wie entfaltet sich die Richtlinienkompetenz als Soft Power im Zusammenspiel der Ressorts? Wenn Sie da vielleicht noch mal - - Wir können ja leider Ihren damaligen Abteilungsleiter, Herrn Hecker, nicht mehr befragen, weil er leider verstorben ist. Aber vielleicht können Sie auch nach bestem Wissen und Gewissen uns einmal sehr kleinteilig auch beschreiben, wie dann aus einem „aktive Rolle ist ok“ sozusagen - - was beim Auswärtigen Amt ankommt.

Zeuge Marcus von Essen: Also, auf der Vorlage steht, dass meine Gruppenleiterin das Auswärtige Amt unterrichtet hat. Insofern müssen Sie die Frage dann eventuell an diese Person stellen. Denn ich habe diese Informationen nicht mehr weitergegeben in meiner Erinnerung. Für mich war damit sozusagen der Vorgang übernommen worden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich weiß nicht, ob wir mit ihr sprechen, aber - - Genau.

Sie haben vorhin gesagt, Sie haben Ihre Arbeit auch verstanden als „das Unwahrscheinliche wahrscheinlicher machen“, dass Sie sich mit bestimmten Szenarien, also zum Beispiel, wenn das Unwahrscheinliche nicht passiert und man eben diesen Prozess nicht weiter entzerren kann, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sich da nicht mit befasst haben und dass Sie dann eher das Verteidigungsministerium in der Pflicht gesehen hätten, sozusagen Eventualfallplanungen zu machen für das Szenario, dass eben eine Streckung der NATO-Präsenz nicht möglich ist. Und da frage ich mich ein bisschen, warum, weil es ja ein ressortübergreifendes deutsches Engagement in Afghanistan gab, also auch jenseits der militärischen Präsenz Eventualfallplanungen für andere Ressorts ja auch angemessen gewesen sein könnten. Insbesondere zu so einem frühen Zeitpunkt hätte man sie auch einleiten können.

Deswegen frage ich mich ein bisschen, warum Sie damals, als Sie schon verstanden haben, dass diese Entzerrung sehr schwierig sein wird und dass damit bestimmte Grundvoraussetzungen vor Ort nicht mehr gut gegeben sind, warum Sie das nicht zum Anlass genommen haben, auch Handlungsempfehlungen für - ich sage das jetzt mal so - den Worst Case in den Raum zu stellen.

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich möchte da nicht das BMVg in die Pflicht genommen wissen, sondern es war eine Abgrenzung der Zuständigkeiten, auch im Rahmen eines ressortgemeinsamen Ansatzes. Und die Frage „Wie bereiten wir uns auf Eventualszenarien und Planungen eines Abzugs vor?“ war halt primär keine Frage, mit der ich mich beschäftigt habe, sondern ich habe mich damit beschäftigt: Wie sind die Befindlichkeiten in Afghanistan? Was sind die politischen Entwicklungen? Und was sind unsere Ansatzpunkte hier, auf den Truppenabzug einzuwirken?

Dazu gibt es dann natürlich die andere Seite: Wie bereiten wir uns auf den Truppenabzug vor? Aber das sind dann auch, wenn es - es gibt ja auch immer gemeinsame Gesprächsunterlagen, die dann erstellt werden, und Zulieferungen aus verschiedenen Bereichen des Kanzleramtes - - nicht eine Frage, mit der ich mich intensiv beschäftigt habe, um Ihnen die Frage jetzt beantworten zu können abschließend.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat sich denn Ihrer Meinung nach - Sie haben uns ja schon gute Tipps für weitere Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen gegeben - mit

ressortübergreifenden Eventualfallplanungen beschäftigt?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich glaube, das habe ich schon mal beantwortet, vielleicht nicht - - In meinem Zeitraum waren diese Eventualplanungen noch nicht im Vordergrund der Debatte, und sie sind dann sicherlich im weiteren Verlauf hinzugekommen. Es gibt - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich da kurz direkt reingehen darf, weil wir nicht so viel Zeit haben: Sie hatten das auch vorhin schon ähnlich ausgeführt, dass Sie keinen Anlass gesehen haben, selber sozusagen in diese Richtung einzugreifen. In der nachträglichen Betrachtung ist das aber trotzdem erstaunlich, weil eben der Truppenabzug der Vereinigten Staaten zu dem Zeitpunkt ja klar war und gleichzeitig auch klar war, dass dann ein großer Verlust an Sicherheit vor Ort damit einhergeht, ob das jetzt eine Gesamtübernahme ist, ob das ein Bürgerkrieg ist usw.

Das heißt, in der nachträglichen Betrachtung würde man sagen: Es gab einen Anlass, auch schon im Zeitraum, wo Sie im Bundeskanzleramt waren, eine solche Eventualfallplanung anzustoßen. Würden Sie das im Nachhinein auch so bewerten? Oder sagen Sie, wir hätten damals das Doha-Abkommen mit seinem strategischen Outcome nicht - - also auch im Nachhinein war es richtig, da keine ersten Planungen anzustoßen?

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, im Nachhinein ist man immer schlauer und kann sagen: Wir haben sozusagen verschiedene Handlungspfade, die wir hätten aufmachen müssen. - Ich kann jetzt - - Von meiner Arbeit, die ich getan habe, und meinen Zuständigkeiten will und kann ich nicht ausschließen, dass es schon Planung oder Erwägung oder Absprache im NATO-Kreis war: Wie geht man mit dem Szenario eines Truppenabzugs der Amerikaner um, und was bedeutet das für uns? Das hat es ganz sicherlich gegeben. Aber sie waren bei meinen Erwägungen noch nicht im Vordergrund, und sie waren zu diesem Zeitpunkt in meiner Erinnerung noch nicht im Vordergrund unserer Diskussionen zu Afghanistan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ein wichtiges Datum an dieser Stelle, das ich schon noch mal nennen möchte, ist sozusagen diese 145-Tage-Schiene, wo wir gesagt haben: Wie stellen wir uns drauf ein? - Und es gab zudem die Frage: Was ist die Mindestpräsenz - also, da kommen wir zu diesem Point of no Return -, was ist die Mindestpräsenz auch der Koalitionstruppen und vor allen Dingen der Amerikaner, um weiter eine dauerhafte oder eine kontinuierliche Truppenpräsenz oder dann einen Abzug anders zu gestalten? Von dieser Schwelle waren wir zu dem Zeitpunkt, Frühjahr 2020, noch entfernt, weit entfernt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre der perfekte Moment gewesen, um das eine oder andere vorzubereiten. Aber wie Sie es richtig gesagt haben: Im Nachhinein ist man immer schlauer.

Mir erschließt sich noch nicht - das mal zur Erklärung -, warum sozusagen die Bundesregierung - und wir haben es jetzt aus Ihrem Haus heute gehört, aber auch aus anderen Häusern - so lange davon ausgegangen ist, dass dieses Abzugsdatum der Amerikaner wirklich auch noch geändert werden kann. Das will ich Ihnen nur zur Erklärung sagen.

Eine letzte Frage habe ich noch. Es gibt einen Entwurf zu einem Strategiepapier - das ist in den Akten unter MAT A BKAm-3.36, Blatt 7 bis 14 -, und das haben Sie gemeinsam mit dem Referatsleiter verfasst. Es wurde vom Referat 232 mit einigen Ergänzungen und Anpassungen mitgezeichnet. Wir konnten zu diesem Vorgang keine weiteren Dokumente in den Akten finden. Zwei Fragen: Wer hat das Aufsetzen eines solchen Strategiepapiers angestoßen? Woher kam die Initiative, und was ist daraus geworden?

Zeuge Marcus von Essen: Das Initiativpapier in meiner Erinnerung ging auf Anfrage des Abteilungsleiters damals zurück, und zwar erbat er Initiativpapiere zu den wichtigsten Themen innerhalb der Abteilung, also nicht nur Afghanistan, sondern verschiedene Länder: Was sind die aktuellen Herausforderungen und Fragen? Ich sehe jetzt, dass das Papier, das auch noch unter mei-

ner Mitwirkung hier im Änderungsmodus entstanden ist, eines ist. Was daraus geworden ist, das weiß ich nicht; denn ich hatte dann zu dem Zeitpunkt das Kanzleramt verlassen.

Ich sehe, dass es auf Seite 25 im selben Schriftstück dann noch mal eine Fortschreibung dieses Papiers gegeben hat, an der ich dann nicht mehr beteiligt war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Frage zum Thema Problem-betrachtung. Würden Sie rückwirkend sagen, dass im Untersuchungszeitraum, wo Sie auch noch im Bundeskanzleramt waren, die Problem-betrachtung bei Ihnen zum Beispiel im Referat, aber auch im Rest der Bundesregierung, wo es ja auch viele Gemeinsamkeiten gab in der Problem-betrachtung, nah dran war an dem, wie im Parlament darüber gesprochen wurde oder sogar in der Öffentlichkeit?

Zeuge Marcus von Essen: Es fällt mir, ehrlich gesagt, schwer, das zu beurteilen und hier zu einer Bewertung zu kommen. Ich glaube, es war klar: Die USA sind in dieser Zeit mit dem Doha-Abkommen vorgeprescht. Es wird nicht leicht. Ich glaube, da sind wir in der Bewertung sehr, sehr einig. Also, das würde ich schon irgendwie vermuten, dass man an dieser Stelle versuchen sollte, positiv auf - - das versuchen rauszuholen aus dieser Situation, was geht, was möglich ist, um diese schwierige Ausgangslage zu verbessern. Das würde ich auch annehmen, dass das ein Konsens ist.

Und die weitere Analyse „Wie stellt sich das mit Blick auf eine Mandatsverlängerung, die dann ja auch noch mal erfolgt sein muss, hinaus?“ kann ich dann nicht mehr abschließend beurteilen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine letzte Frage noch, Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte Frage noch. - Sehr wichtig für die Frage, welche Zukünfte man sich für Afghanistan zu diesem Zeitpunkt vorstellen kann, war ja die Einschätzung des Akteurs Taliban. Wie haben Sie in Ihrer täglichen Arbeit versucht, die Taliban als



Nur zur dienstlichen Verwendung

wichtigen Akteur in diesem Konflikt zu verstehen?

Zeuge Marcus von Essen: Das kann in meiner Position nur aufgrund der nachrichtendienstlichen Berichterstattung und der Berichterstattung des Auswärtigen Amtes erfolgen. Für alles andere hatte ich keine Kapazitäten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr von Essen, der Kollege Stegner hat eben Ihre Antworten als Ergebnis einer vorherigen Runde zusammengefasst, dass er zur Kenntnis genommen hat, dass keine Probleme bei der Abstimmung zwischen den Ressorts in Ihrer Zeit festzustellen waren.

Ich habe in einer Zeugenbefragung vom 29.09. im Untersuchungsausschuss hier gefunden - das ist MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540 -, dass im Januar 2020, also zu Ihrer Zeit, unter der Leitung des Bundeskanzleramts und der Beteiligung mehrerer Ressorts ein Zwist zur unterschiedlichen Lagebewertung in Afghanistan behoben werden musste. Zuvor hatten der BND und auch die im BMVg für das Militärische Nachrichtenwesen Verantwortlichen die Lage und die Durchhaltefähigkeit der afghanischen Streitkräfte schon im Herbst 2019 als sehr negativ eingeschätzt. Gegen diese Einschätzung soll die Unterabteilung Militärpolitik und Einsatz im BMVg, SE II 1, heftigen Protest eingelegt haben. Und diese Frage wurde dann eben im Januar 2020 unter Leitung des Kanzleramts behoben. In diesem Zusammenhang soll es bei einigen Beteiligten zu erheblichen Frustrationen gekommen sein.

Meine Frage ist: Waren Sie bei dieser Besprechung im Januar 2020 selbst anwesend? Was können Sie uns dazu sagen? Wer hat hier Frustrationen davongetragen? Und wer hat hier gegen wen den Konflikt behoben? Und was wurde entschieden? Und wie belastete dieses Treffen oder

diese Konfliktbehebung während des Untersuchungszeitraums das weitere Afghanistanengagement?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ich war an keiner Unterredung zu einer derartigen Konfliktbeilegung beteiligt. Sie zitieren, es betrifft den militärpolitischen Bereich, nicht den außenpolitischen. Die gemeinsamen Ressortrunden, die wir ja unter Staatssekretärsleitung im Kanzleramt hatten, denen ich dann beiwohnte, die führten - - da ist mir kein derartiger Dissens zu diesem Zeitpunkt und zu einem anderen aufgefallen.

Natürlich gibt es im Rahmen der einzelnen Lagebeurteilungen zwischen Nachrichtendienst und BMVg oder anderen Unterschiede. In meiner Erinnerung betraf es da aber jeweils immer die Lage in einzelnen Distrikten oder die Durchhaltefähigkeit im Terrain an konkreten einzelnen Punkten, die nicht auf einen irgendwo strukturellen Dissens hindeuteten, der hätte behoben werden müssen oder behoben wurde. Auf jeden Fall war ich an so was nicht beteiligt.

Joachim Wundrak (AfD): Aber es ist doch schon erstaunlich, dass auf der einen Seite BND, zum Bundeskanzleramt zählend, und Militärisches Nachrichtenwesen, zum BMVg zählend, einen Zwist haben zu den politischen Seiten der jeweiligen Häuser. Und das ist Ihnen nicht vorgekommen, oder ist das - -

Zeuge Marcus von Essen: Nein. Also, es geht ja hier um das Durchhaltevermögen der - - und die Sicherheitslage in den Provinzen. Und dass es dort je nach unterschiedlicher Beobachtungslage - die einen arbeiten mit den afghanischen Streitkräften zusammen, die anderen machen eine Lageanalyse auf der Basis der ihnen vorliegenden Informationen - zu Unterschieden kommen kann, finde ich nicht ungewöhnlich. Es wäre eher ungewöhnlich, wenn es die nicht geben würde.

Aber ich kann mich, wie gesagt, nicht erinnern an einen derartigen Dissens, der da zu Frustrationen geführt hat. Und ich war auch an dieser Streitbeilegung dann nicht beteiligt, also unser Referat nicht eingebunden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Gut, dann wechseln wir das Thema. - Uns liegt ein mit Ihnen abgestimmter Vermerk vom 02.03.2020 vor, der offenbar Sprechpunkte für ein Pressegespräch zur Afghanistanpolitik der Bundesregierung bereitstellt; das ist MAT A BKAm-3.09 VS-NfD, Blatt 7. Hier wird formuliert:

Deutschland ist dabei wichtig,
dass in den kommenden Verhandlungen

- Klammern auf: gemeint sind die im Doha-Abkommen vom 29.02.20 festgelegten innerafghanischen Verhandlungen zwischen Republik und Taliban -

auf dem aufgebaut wird, was
Afghanistan in den vergangenen
Jahren im Bereich Menschenrechte
und Rechtsstaatlichkeit erreicht hat.

Bei der Sichtung des Beweismaterials haben wir dann aufmerksam den Bericht zur Menschenrechtslage in Afghanistan gelesen, den die Botschaft in Kabul über den Berichtszeitraum 2017 bis 2019 verfasst hat. Und hier ist in einem doch frappierenden Gegensatz zu dem von Ihnen mitgezeichneten Vermerk von erheblichen Menschenrechtsverletzungen und jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechenden Regierungspraxis in Afghanistan unter Präsident Ghani die Rede. Ich darf aus dem Bericht der Kabuler Botschaft zitieren - das ist MAT A AA-7.03 VS-NfD, Blatt 7 -:

Journalisten beklagen eine **wachsende Kontrolle des Staates über die Berichterstattung** sowie Behinderung von Recherchearbeit durch Regierungsmitarbeiter. Präsident Ghani und seine gesamte Regierung sind nicht bereit, sich den Fragen von Journalisten im Rahmen öffentlicher Pressekonferenzen zu stellen. Einflussnahme und Drohungen durch Parlamentarier, Ministerien, Sicherheitsorgane und lokale Machthaber sind an der Tagesordnung und betreffen in besonderem Maße weibliche Journalistinnen.

Und erschwerend könnte man hier noch ausführen, dass die Präsidentschaftswahlen, von denen hier schon die Rede gewesen ist, vom Herbst 2019 ja eine ungeheuer niedrige Wahlbeteiligung zutage förderten - ich habe irgendwas von 20 Prozent oder niedriger gelesen - und viele Beobachter erhebliche Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen im Land festgestellt haben.

Herr von Essen, weshalb sind Sie bei der Vorbereitung zu diesem Pressegespräch über die Afghanistan-Politik der Bundesregierung - - warum haben Sie Formulierungen mitgetragen, die von den in Afghanistan gemachten Fortschritten in puncto Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sprachen, obwohl diese doch nachweislich selbst von Mitgliedern der von Deutschland mit ungeheurem Aufwand unterstützten Regierung Ghani nicht eingehalten wurden? Wusste man das im Kanzleramt nicht besser? Oder haben Sie etwas mitgetragen, von dem Sie wussten, dass es nicht so der Wirklichkeit entsprach?

Zeuge Marcus von Essen: Ist das ein Pressegespräch, oder ist das ein Zettel für den Sprecher der Bundesregierung? Darf ich das mal sehen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist ein Sprechzettel, der zunächst einmal die Vereinbarung zwischen den USA und den Taliban als Schritt skizziert für eine Friedenslösung in Afghanistan im Sinne dessen, was ich auch versucht habe aufzufassen, dass es ein Weg nach vorne ist, den wir zumindest mal konstruktiv kommentieren. Und danach folgt eigentlich ein Aber; denn:

Entscheidend ist, dass die Taliban die Gewalt weiter reduzieren.

Dann folgt:

Für einen umfassenden innerafghanischen Friedensprozess sind jetzt direkte Gespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung essentiell.

Und dann folgt: Es



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ... wichtig, dass in den kommenden Verhandlungen auf dem aufgebaut wird, was ... in den vergangenen Jahren im Bereich der Menschenrechte ... erreicht

wurde. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass es da Defizite gab, die erwähnt wurden. Aber die Message ist hier eigentlich eher, dass es nicht eine Vorstellung sein kann, dass wir mit einer Regierungsform enden, die denen der Taliban nähersteht als denen der afghanischen Republik. Darauf würde ich das beziehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, jetzt wechselt das Fragerecht ein letztes Mal zur FDP. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Schönen guten Tag auch von meiner Seite! Vielen Dank, dass Sie hier sind. - Ich möchte verschiedene Frage-themen - - Und eines davon ist die Frage auch noch mal der Koordination. Der Zeuge, der vor Ihnen da war, hatte eine Staatssekretärsrunde erwähnt, die am Anfang monatlich und später zweimonatlich zu Afghanistan und dann auch zu Mali stattgefunden hat. Waren Sie an der Vorbereitung und Durchführung dieser Staatssekretärsrunde beteiligt zu der Zeit, als Sie da waren im Kanzleramt?

Zeuge Marcus von Essen: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Welche Rolle hatte denn das Kanzleramt in dieser Runde, vor allem auch im Sinne von - - wenn es jetzt irgendwelche Konflikte oder so gegeben hat oder unterschiedliche Meinungen zwischen den Ressorts? Könnten Sie das vielleicht ausführen?

Zeuge Marcus von Essen: Wir waren als Kanzleramt vor allen Dingen die Einladenden. Wenn ich mich recht entsinne, rotierte der Vorsitz, aber es fand immer im Kanzleramt statt. Und da ist es unsere Aufgabe, zumindest zu sehen, auf dieser hohen Ebene in regelmäßigen Abständen die jeweiligen Staatssekretäre oder ihre Vertreter und Vertreterinnen zusammenzubringen für einen Austausch zur aktuellen Lage in Afghanistan. Und dann berichten die Ressorts jeweils aus ihrer

Perspektive: das BMZ zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, das AA zur politischen Entwicklung, BMVg und BND zur Sicherheitslage. Das gilt zunächst mal einem Informationsaustausch und -abgleich. Nicht zwangsläufig wird das einberufen, weil es einen Konflikt zu lösen gibt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War es denn auch Aufgabe dieses Gremiums, Lagebilder abzugleichen? Also, das haben Sie ja gerade gesagt: abgleichen. Aber ich meine, wir haben ja vorher schon auch aus Materialien gehört, dass es auch eben zum Teil unterschiedliche Lagebilder gab. Wie ist man mit solchen Situationen in Ihrer Zeit umgegangen?

Zeuge Marcus von Essen: Also, ja, es ging darum, diese Lagebilder abzugleichen. Aber da müsste ich auf meine Schilderung von vorhin verweisen, dass man in den Staatssekretärsrunden, an denen ich teilgenommen habe, unterschiedliche Einschätzungen zu Dynamiken in verschiedenen Provinzen, zur Widerstandskraft der afghanischen Sicherheitskräfte, ja - - aber im gesamten Lagebild ich mich nicht daran erinnern kann, hier Zeuge eines Dissenses gewesen zu sein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, anderes Thema. - Also, ich halte Ihnen MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 31, vor; das ist von Ihnen verfasst worden. Da steht ein Satz drin, den zitiere ich:

Die Eliten des Landes haben mal wieder zu viel Zeit damit verbracht, sich um Macht und Ressourcen zu streiten, anstatt die dringendsten Problem des Landes (Sicherheit, Entwicklung, COVID-19) anzugehen.

Angesichts von Korruption und ineffizienten staatlichen Strukturen: Wie viel Vertrauen hatte die Bundesregierung darin, dass die afghanische Regierung die innerafghanischen Verhandlungen stringent umsetzen und das Land konstruktiv führen und sich den Taliban widersetzen würde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus von Essen: Na ja, auch für die dort zitierten Eliten ging es ja um etwas, und zwar um den Erhalt der afghanischen Republik. Insofern: Vertrauen, dass sie es effizient, zielführend in unserem Sinne machen, so weit würde ich nicht gehen an dieser Stelle. Aber die Frage ist: Wen unterstützen wir, wenn nicht die afghanische Regierung in ihren Verhandlungen mit den Taliban?

In diesem Sinne: Ja, das war ja die schon einige Male zitierte Vorlage. Es ging darum: Wann besinnen sie sich darauf, ein Verhandlungsteam zusammenzustellen und angesichts des fortschreitenden Truppenabzugsszenarios - die Zeit lief - auf die Taliban sozusagen in Doha irgendwie zuzugehen und sich auch so aufzustellen, dass sie effektiv verhandeln konnten?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Also Sie haben das für belastbar genug gehalten.

Zeuge Marcus von Essen: Die Vorlage macht, glaube ich, auch die weiteren Schwächen deutlich. Aber was wäre der Umkehrschluss gewesen? Zu sagen: „Ihr braucht nicht mehr verhandeln“? Zu sagen: „Wir bieten uns nicht mehr an, um diesen Prozess zu unterstützen“? - Das war zu diesem Zeitpunkt, würde ich sagen, keine wünschenswerte Option.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): „Wünschenswert“, also, wir hatten hier schon ein paar mal auch das Wort „Wunschdenken“ oder so. Also, das - - Ja, genau. Also, es ist eben die Frage, wie stark man da darauf setzen konnte. Aber Sie haben ja dazu jetzt ausgeführt.

Noch ein weiteres Thema. Ich halte Ihnen vor: MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 34 f., vom 25. Mai 2020. Darin heißt es:

BMVg: befürwortet Verknüpfung von mil. und pol. Entwicklung. Laut USA-Taliban Abkommen soll vollständiger Abzug Ende Apr. 2021 erfolgen. Für vollständigen/geordneten Abzug müsste im Juni Umsetzung auch bei Bw erfolgen. Entscheidung wird zurückgehalten.

Können Sie sich erklären, was das bei Hinweis, dass die Entscheidung ja bis Juni fallen müsste, mit dem Zurückhalten bedeuten könnte?

Zeuge Marcus von Essen: Das habe ich versucht auszuführen. Aber ich wäre dankbar, wenn ich das Schriftstück mal sehen könnte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Danke. - Das ist ein Schriftstück für die letzte Staatssekretärsrunde im kleinen Kreis, die angesichts der Entwicklungen in Afghanistan gehalten wurde zwischen BMVg, AA und BMZ unter Beteiligung auch des Kanzleramtes. Und hier werden die Positionen wiedergegeben, die uns von den einzelnen Ressorts kommuniziert wurden.

Ich kann diesen Passus insofern interpretieren, als dass dieses Treffen vor dem NATO-Rat, der im Juni stattfand, und weiteren Gesprächen im NATO-Kreis stattfand und zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen werden sollte über das weitere Vorgehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber das war ja Ende Mai, und im Juni musste ja die Entscheidung getroffen werden, wenn ich das richtig verstanden habe. Das war ja sehr kurzfristig.

Zeuge Marcus von Essen: „Für vollständigen/geordneten Abzug müsste im Juni Umsetzung auch bei Bw erfolgen“, also bei der Bundeswehr erfolgen. Das ist das, was uns hier kommuniziert wurde.

„Entscheidung wird zurückgehalten“, interpretiere ich, nochmals, mit Bezug auf die anstehenden Gespräche im NATO-Kreis und die 145-Tage-Frist, die dort gesetzt wurde für weitere Vorbereitung und ein Review dessen, inwieweit tatsächlich politische Fortschritte und militärischer Rückzug miteinander verkoppelt bleiben können oder nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann letzte Frage von meiner Seite: Am 6. Juni 2020 gibt es ein Strategiepapier Afghanistan, und da steht



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch Ihr Name mit drauf. Und da findet sich der Satz - MAT A BKAmT-3.36 VS-NfD, Blatt 12; ich zitiere -:

Für DEU als Rahmennation im Norden: **einem vorzeitigem Abzug unserer Partner im Vorgriff auf weiteren US-Abzug (rush-to-exit) vorbeugen** (bilaterale Ansprache von „Wackelkandidaten“).

Können Sie sich erklären, was für Wackelkandidaten das sein könnten in diesem Zusammenhang?

Zeuge Marcus von Essen: Die Mission in Afghanistan, Resolute Support Mission, basierte auf der zentralen Operationsbasis und verschiedenen regionalen Speichen, hat man das genannt, und wir haben in der Speiche Masar im Norden sozusagen die Führung gehabt. Und im Rahmen des hier skizzierten Ansatzes ist es da dann konsistent, zu sagen: Wir leiten an dieser Stelle noch nichts ein, weil wir für ein reduziertes Tempo beim Abzug eintreten. Aber wir brauchen dafür auch die Partner, die mit uns dort im Rahmen des militärischen Einsatzes präsent sind und aktiv sind. Denn wenn die sich zurückziehen, dann funktioniert diese Strategie nicht, dieses Werben, zu versuchen: Wir müssen noch nicht die Schritte einleiten, die in ein Szenario münden, das wir nicht haben wollen.

Wer diese Wackelkandidaten im Einzelnen waren, entzieht sich meiner Erinnerung, meiner Kenntnis. Das sind diejenigen Länder im Rahmen des NATO-Einsatzes, die mit uns dort oben im Norden tätig waren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und warum wollte man da vorbeugen? Also was war da so der Gedanke dahinter?

Zeuge Marcus von Essen: Dass die - - Na ja, die Präsenz in der Speiche vor Ort basiert auf jeweils spezifisch eingebrachten Fähigkeiten und Kapazitäten der NATO-Partner. Und wenn einer geht, müssen alle gehen. Also, das heißt, man ist gegenseitig aufeinander angewiesen, und da muss man versuchen, natürlich da auch kohärent und gemeinsam vorzugehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und jetzt mal - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt würde ich gerne eingreifen - ich habe Ihnen schon ein bisschen Zugabe gegeben -, wenn Sie einverstanden sind, und damit diese Runde beenden -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und feststellen - die Linksfraktion hat sich schon Richtung Plenum verabschiedet -, dass damit die Fragen gestellt sind.

Die Befragung ist noch nicht endgültig beendet. Sie kriegen das Protokoll zugesandt mit der Möglichkeit, Korrekturen vorzunehmen und das Protokoll zu autorisieren. Erst dann wird das endgültig. Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie hier gewesen sind.

(Joachim Wundrak (AfD):
Hatten Sie nicht drei
Runden angekündigt?)

- Nein. Wir hatten vorhin miteinander besprochen: zwei Runden.

(Joachim Wundrak (AfD):
Mit mir wurde aber nicht
gesprochen!)

- Wir haben vorhin mitgeteilt, dass die Fraktionen der Auffassung sind, überwiegend, dass wir mit zwei Runden zurechtkommen. Ich bin vorhin rumgegangen und habe das gesagt.

(Joachim Wundrak (AfD):
Aber nicht mit mir!)

- Wenn Sie mögen, kriegen Sie noch zwei Fragen. So können wir das machen. Aber wir haben eigentlich - - Bitte. Wir müssen in circa fünf Minuten die Sitzung trotz alledem schließen. Sie können Ihre zwei Fragen gerne noch stellen. Bitte.

Joachim Wundrak (AfD): Wir können auch danach weitermachen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Wunsch besteht in den anderen Fraktionen nicht. Aber wir wollen das nicht diskutieren. Sie können die Fragen nutzen, wenn Sie - -

Joachim Wundrak (AfD): Okay. Dann stelle ich noch eine Frage - der Kompromiss.

Die „Washington Post“ veröffentlichte im Dezember 2019 die sogenannten „Afghanistan Papers“ mit niederschmetternden Enthüllungen aus dem Kraftzentrum der US-amerikanischen Afghanistanpolitik. Der „Spiegel“ schrieb damals unter dem Titel „Der Krieg und die Lügen“ - ich zitiere -:

In den „Afghanistan Papers“ ist nun so schonungslos wie nie zuvor nachzulesen, in welchem Ausmaß die Öffentlichkeit über das Desaster in Afghanistan getäuscht und belogen wurde.

Haben Sie diese „Afghanistan Papers“ zur Kenntnis genommen? Wenn ja, wie haben Sie sie gedeutet? Und inwiefern hat diese Lektüre Ihre Arbeit im Untersuchungszeitraum beeinflusst oder sogar bestimmt?

Zeuge Marcus von Essen: Ich kann mich an das Aufkommen der „Afghanistan Papers“ erinnern. Ich würde übertreiben, wenn ich sage, ich habe sie alle gelesen. Sie bestätigen im Endeffekt das Bild eines sehr, sehr schwierigen Partners, das sowohl bei militärischem wie auch entwicklungspolitischem und außenpolitischem Engagement ein sehr vorsichtiges und kontrolliertes Vorgehen erfordert. Aber dass es in Afghanistan beim Staatsaufbau und den Protagonisten vor Ort leicht war, hat sich, glaube ich, niemand in der Bundesregierung vorgestellt.

Joachim Wundrak (AfD): War das jetzt Ihre persönliche Meinung? Oder gab es eine Meinung im Ressort und abgestimmt mit den anderen Ressorts zu diesen Papers und zu der Analyse der Situation?

Zeuge Marcus von Essen: Das war jetzt meine persönliche Meinung; denn im Ressortkreis eine Frage der Beantwortung und Auswertung der

„Afghanistan Papers“ und der darin und von Ihnen gerade skizzierten Vorwürfe - - da eine Auswertung vorzunehmen, obliegt den Fachministerien.

Im Ergebnis bin ich sicher, hier nicht zu übertreiben, wenn ich sage, dass alle beteiligten Ressorts sicherlich darin übereinstimmen, dass wir hier eine sehr, sehr schwierige Konstellation und auch eine sehr, sehr schwierige Regierung als Partner haben.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Vorsitzender, in Anbetracht der Situation stelle ich jetzt die Befragung ein. Ich bitte aber trotzdem, meine kritische Bemerkung zum Vorgehen an der Stelle zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nehme ich zur Kenntnis. - Ich stelle ansonsten fest, dass die Befragung für heute abgeschlossen ist - ich habe das mit dem Protokoll schon erwähnt -, und teile Ihnen noch mit, dass die nächste öffentliche vorweihnachtliche Beweisaufnahmesitzung am 15. Dezember 2022 um 12 Uhr stattfindet.

Ich schließe die Sitzung, bedanke mich und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 19.55 Uhr)